

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE

01/22
JANUAR / FEBRUAR

AMNESTY JOURNAL

WWW.AMNESTY.DE/JOURNAL



Im Netz

Menschenrechte im digitalen Zeitalter

Spurensuche im bosnischen Wald

Dragana Vučetić und Ramiz Nukić sammeln Beweise für den Genozid in Srebrenica

Raubkunst in Museen

Bénédicte Savoy ist die Seismografin des verlorenen Schatzes

AMNESTY
INTERNATIONAL



TITEL: DIGITALE RECHTE

Macht der Algorithmen: Sie sind überall	12
Gesichtserkennung: Reclaim Your Face!	16
Überwachungskapitalismus: Wie dich deine Daten verraten	18
Online-Monopole: Regulierung von Internetplattformen	21
Angriffe in Pakistan: Digitale Heuschrecken	22
Empowerment in Nigeria: Hauptsache gut vernetzt	24
Ethik im Internet: Ungewissheit, Diskriminierung und geschützte Räume	26

POLITIK & GESELLSCHAFT

Genozid von Srebrenica: Unterwegs mit Spurensuchern	30
Mapuche in Chile: »Indigene Rechte und viel mehr«	34
Krimtataren: 16 Jahre Strafkolonie für nichts	38
Podcasts: Antirassismus auf die Ohren	42
Gesellschaftlicher Umbruch: Was Individualität und Identität verbindet	44
Graphic Report: Niger – Kinder schützen!	46
Diskriminierung von Kastenlosen: Ein unabänderlicher Status	50
Ausbeutung in Südkorea: Eine TV-Serie und die Realität	52

KULTUR

Kunst gegen Ausbeutung in Südamerika: Viel Stoff	56
Koloniale Raubkunst: Bénédicte Savoy forscht in Berlin	60
Fotoprojekt zu HIV: Bilder, die von einer Last befreien	62
Türkisch-israelischer Pop: Über Grenzen hinweg	64
Geschichtsbild der Colonia Dignidad: Zwei Blicke zurück	66
Buch über »Drecksarbeit«: Die Kehrseite des Konsums	68
Film »Kabul Kinderheim«: Kino als Ort der Freiheit	70

RUBRIKEN

Panorama 04 Einsatz mit Erfolg 08 Spotlight: Klimakrise 36
Was tun 48 Porträt: Hayrigül Niyaz 54 Dranbleiben 55
Rezensionen: Bücher 69 Rezensionen: Film & Musik 71
Briefe gegen das Vergessen 72 Aktiv für Amnesty 74
Kolumne: Eine Sache noch 75 Impressum 75



12

Die großen Unbekannten. Algorithmen prägen unseren Alltag und bestimmen unseren Blick auf die Welt. Sie können Fortschritt bewirken, aber auch zu Gewalt führen. Nur wenn wir ihre Wirkung verstehen, können wir unsere Rechte im digitalen Raum schützen.



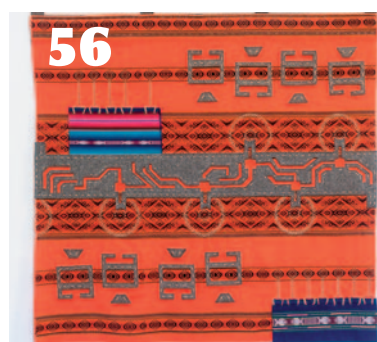
22

Wie im Krimi. In Pakistan wurden im Jahr 2017 Menschenrechtsverteidiger_innen digital angegriffen, um ihre Arbeit zu überwachen und ihnen zu schaden. Amnesty dokumentierte den Fall. Ist er auch Stoff für eine Kriminalerzählung? Allerdings.



44

»Für den Einzelnen, durch den Einzelnen.« Amnesty erhielt den Friedensnobelpreis im Jahr 1977. Ein Jahr, das nach Ansicht von Philipp Sarasin einen gesellschaftspolitischen Epochenwechsel markiert. Was das eine mit dem anderen zu tun hat, erklärt der Schweizer Historiker im Gespräch.



56

Webfehler im System. Die Berliner Künstlerin Marcela Moraga thematisiert seit Jahren in ihren Arbeiten die Ausbeutung von Rohstoffen in Südamerika und den Kampf indigener Gemeinschaften gegen die Zerstörung ihres Lebensraums.



64

Ein Tropfen Glück. Arabesk wird in der Türkei ebenso wie in Israel gehört. Was den Fans in beiden Ländern nicht bewusst sein dürfte: Die Künstler_innen der orientalisch anmutenden Popmusik beeinflussen sich gegenseitig – politischen und kulturellen Differenzen zum Trotz.



16

Bitte recht freundlich!

Sie stellen zahlreiche Gefahren für die Menschenrechte dar: Fragen und Antworten zu biometrischen Verfahren und zur Gesichtserkennung.

Weitersuchen, weiterarbeiten.

Die forensische Anthropologin Dragana Vučetić identifiziert im ostbosnischen Tuzla die Toten von Srebrenica. Der Überlebende Ramiz Nukić sammelt in den Wäldern Knochen von Ermordeten. Ihre Arbeit ist wichtig für die Aufklärung des Genozids.



30



52

Raue Realität.

Die Netflix-Serie »Squid Game« erfährt international enorme Resonanz. Sie spiegelt die Situation von Beschäftigten und Gewerkschafter_innen in Südkorea wider, wenn auch überzeichnet.



Seismografin des verlorenen Schatzes.

Die französische Wissenschaftlerin Bénédicte Savoy fordert die Rückgabe geraubter kolonialer Kulturgüter und eine transnationale Forschungszusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

60



Unser Titelbild wurde gezeichnet von Lennart Gäbel.

EDITORIAL GOLD, BRONZE UND VIEL NEUES

Zum zwölften Mal wurde der International Creative Media Award (ICMA) vergeben, der zeitgenössisches Grafikdesign prämiert. Eingereicht wurden diesmal 406 Arbeiten aus 21 Ländern, und wieder einmal ist das Amnesty Journal unter den Preisträgern.

Mit Bronze ausgezeichnet wurde unsere Ausgabe 06/2020 zum Thema »Gutes selbst gemacht – Engagement im Corona-Jahr«. Die Titelseite zeigte eine Werkzeugwand mit allerlei Dingen, die man für humanitäre Hilfe und Menschenrechtsaktivismus benötigt. Entstanden war die Ausgabe in Zusammenarbeit mit den Amnesty-Magazinen aus Österreich und der Schweiz. Der Glückwunsch geht also nicht nur an die Illustratorin Anna Gusella, sondern auch an Amnesty in unseren Nachbarländern!



Noch mehr freut uns die ICMA-Auszeichnung in Gold für die Gestaltung unseres Schwerpunkts zum Thema Corona in der Ausgabe 02/2021. Lea Berndorfers Illustrationen begleiteten die Titelgeschichte »Gesundheit für alle – Medizinische Versorgung ohne Privilegien«. Ihr gilt diese Auszeichnung ebenso wie unserem Layouter Heiko von Schrenk.



Damit wir auch im nächsten Jahr wieder Preise abräumen können, haben wir uns einige Neuerungen einfallen lassen. Aufmerksame Leser_innen werden in dieser Ausgabe neue Schrifttypen, neue journalistische Formate und auch die eine oder andere Umstellung entdecken. So sollen am Anfang des Heftes Fotos besser zur Geltung kommen und der Generalsekretär von Amnesty International Deutschland, Markus N. Beeko, hat ab sofort das letzte Wort. Oder, um es in seinen Worten zu sagen: Er möchte »eine Sache noch« anmerken. Wir sind gespannt, wie Ihnen die Neuerungen gefallen, und wünschen ein schönes Jahr 2022.



Maik Söhler ist verantwortlicher Redakteur des Amnesty Journals.

Foto: Gordon Welters

BEI MINUSGRADEN AN DER BELARUSSISCH-POLNISCHEN GRENZE

Wochenlang spitzte sich die humanitäre Lage an der Grenze zwischen Belarus und Polen zu:

Bei eisigen Temperaturen campierten dort im November Männer, Frauen und Kinder in provisorischen Lagern (Foto). Viele von ihnen waren Kurd_innen aus dem Nordirak. Polnische Grenzbeamte gingen mit Gewalt, Tränengas, Wasserwerfern und illegalen Pushbacks gegen die Flüchtlinge vor. Mehrere Menschen starben. Ende November wurden die Lager geräumt. Im Dezember hielten sich nach Medienangaben noch mehr als tausend Flüchtlinge in Belarus auf. Die EU wirft Präsident

Alexander Lukaschenko vor, er habe die Flüchtlinge mit einem Touristenvisum einreisen lassen und ihnen in Aussicht gestellt, sie könnten von Belarus aus in die

EU gelangen, um auf diese Weise Vergeltung für EU-Sanktionen zu üben. Amnesty kritisierte sowohl die Misshandlung und Instrumentalisierung von Flüchtlingen durch Belarus als auch die EU-Politik. »Einige Länder missbrauchen die Situation als Vorwand, um den Schutz von Asylsuchenden zu schwächen und ihre migrationsfeindliche Agenda durchzusetzen«, sagte Franziska Vilmar, Fachreferentin für Asyl von Amnesty International in Deutschland.

Foto: Leonid Shcheglov/BelTA/AP/pa







KRITIK AN KATAR NIMMT ZU

Ein knappes Jahr vor dem Anpfiff der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar wird auch in Deutschland die Kritik an der Menschenrechtssituation in dem Golfstaat wieder lauter. Auf der Jahreshauptversammlung des FC Bayern München kam es zu lautstarken Protesten gegen das Katar-Sponsoring des deutschen Fußballklubs. Auch Amnesty International kritisiert in einem neuen Bericht, dass Reformen in Katar nur unzureichend umgesetzt werden und menschenrechtswidrige Praktiken fortbestehen. Amnesty fordert von Katar, das Kafala-System vollständig abzuschaffen, das Arbeitgeber_innen unverhältnismäßig weitreichende Befugnisse einräumt, und Arbeitsmigrant_innen (im Bild) besser zu schützen. Katja Müller-Fahlbusch, Amnesty-Expertin für den Nahen Osten und Nordafrika, sagte: »Jede_r Arbeitsmigrant_in hat ein Recht darauf, bei der Arbeit fair behandelt zu werden und Gerechtigkeit und Entschädigung zu erhalten, wenn Rechte missachtet werden.«

Foto: Hamad I Mohammed / Reuters

Den vollständigen
Bericht finden
Sie hier:



PUTSCHVERSUCH UND PROTEST IM SUDAN

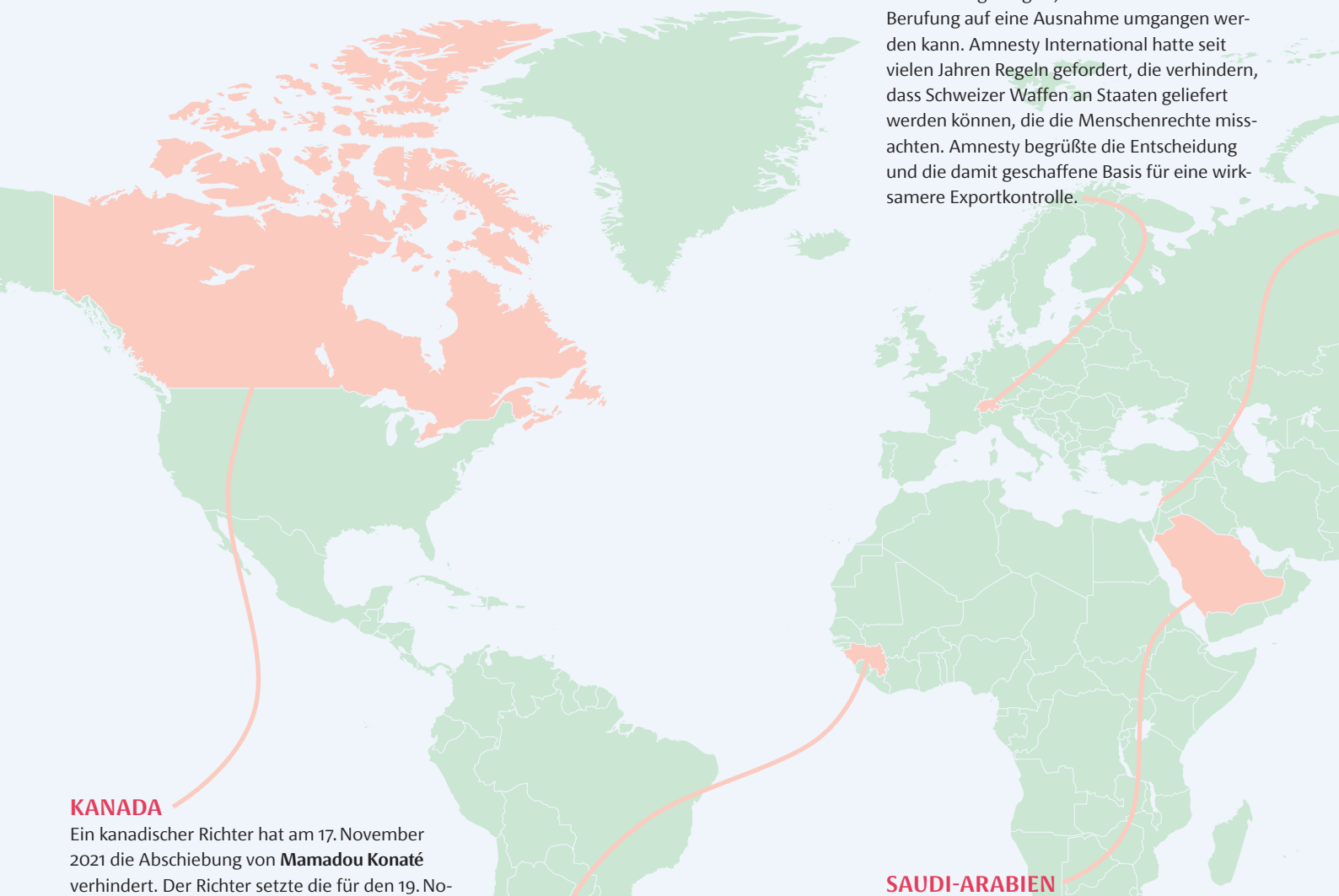
Auch zwei Monate nach dem Putschversuch des Militärs brodelt es im Sudan. Ende Oktober 2021 hatten Sicherheitskräfte in der Hauptstadt Khartum Premierminister Abdalla Hamdok und zahlreiche weitere zivile Regierungsangehörige festgenommen. Dem Putschversuch gingen Spannungen zwischen zivilen Mitgliedern und Armeevertretern in der gemeinsamen Übergangsregierung voraus. Die Zivilbevölkerung setzte sich zur Wehr (im Bild: Demonstrantinnen Ende Oktober in Khartum). Bei den Protesten gab es Tote und Verletzte. Die Demonstrationen dauern an, obwohl die Militärs Hamdok Ende November wieder als Premierminister einsetzten. Teile der Protestbewegung fordern eine Übergangsregierung ohne Militärbeteiligung. »Die sudanesische Bevölkerung hat das Recht auf friedlichen Protest, auf Freiheit und Sicherheit, auf ein faires Gerichtsverfahren und auf vieles mehr, was das Militär nicht untergraben darf«, sagte Sarah Jackson, stellvertretende Regionaldirektorin für Ostafrika von Amnesty International.

Foto: Marwan Ali/AP/pa



EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: www.amnesty.de/erfolge



KANADA

Ein kanadischer Richter hat am 17. November 2021 die Abschiebung von **Mamadou Konaté** verhindert. Der Richter setzte die für den 19. November geplante Abschiebung aus – bis zum Abschluss von Konaté's Asylverfahren. Er kann zunächst in Kanada bleiben, es besteht aber die Gefahr einer Abschiebung zu einem späteren Zeitpunkt. Konaté ist Bürger der Elfenbeinküste, lebt seit sechs Jahren in Kanada und arbeitete dort während der Corona-Pandemie als Hausmeister in Gesundheitseinrichtungen. Er hatte sich am Arbeitsplatz mit Covid-19 infiziert. 2020 hatten die Regierungen Kanadas und der kanadischen Provinz Quebec Programme gestartet, um Asylsuchenden, die während der Pandemie im Gesundheitswesen arbeiteten, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu gewähren. Mamadou Konaté bedankte sich bei Amnesty für die Unterstützung.

GUINEA

Am 7. September wurde **Oumar Sylla** aus dem Gefängnis freigelassen. Im Zuge des Militärputschs am 5. September 2021 hatten die neuen Machthaber_innen die Generalstaatsanwaltschaft angewiesen, seine Freilassung zu veranlassen. Der Demokratieaktivist, auch bekannt als Foniké Mengué, war am 29. September 2020 in der guineischen Hauptstadt Conakry festgenommen und inhaftiert worden, während er friedlich gegen die neuerliche Kandidatur des Präsidenten Alpha Condé für die bevorstehende Wahl protestierte. Am 10. Juni 2021 verurteilte ihn ein Gericht zu drei Jahren Gefängnis. In der Haft verschlechterte sich sein Gesundheitszustand so stark, dass er mehrfach in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste. Nach der Freilassung dankte Oumar Sylla Amnesty International für die Unterstützung.

SCHWEIZ

Das Schweizer Parlament hat im Oktober eine wichtige Entscheidung getroffen, was den **Waffenexport** betrifft. In Zukunft ist es verboten, Waffen in Länder zu exportieren, die die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen oder in einen Bürgerkrieg verwickelt sind. Nach dem Ständerat, der bereits im Juni aktiv geworden war, stimmte nun der Nationalrat einer Regelung zu, die nicht wie bisher unter Berufung auf eine Ausnahme umgangen werden kann. Amnesty International hatte seit vielen Jahren Regeln gefordert, die verhindern, dass Schweizer Waffen an Staaten geliefert werden können, die die Menschenrechte missachten. Amnesty begrüßte die Entscheidung und die damit geschaffene Basis für eine wirksamere Exportkontrolle.

SAUDI-ARABIEN

Ali al-Nimr, der als Teenager festgenommen und nach einem unfairen Verfahren zum Tode verurteilt worden war, kam am 27. Oktober 2021 aus der Haft frei. Ali al-Nimr war 17 Jahre alt, als man ihn im Februar 2012 festnahm. Er gehört der schiitischen Minderheit an und hatte für gleiche Rechte und Freiheiten in Saudi-Arabien demonstriert. Nach seiner Festnahme war er von Sicherheitsbeamten gefoltert und gezwungen worden, ein »Geständnis« zu unterschreiben. Ein auf »Terrorismus« spezialisiertes Sonderstrafgericht verurteilte ihn im Mai 2014 zum Tode. Im Rahmen einer weltweiten Kampagne riefen Hunderttausende Unterstützer_innen von Amnesty International die saudischen Behörden dazu auf, Al-Nimr freizulassen. Im Februar 2021 wandelte das Sonderstrafgericht das Todesurteil zunächst in eine zehnjährige Haftstrafe um, nun folgte die Freilassung.

LIBANON

Die syrischen Geflüchteten **Ahmad Al Waked**, **Tarek Al A'lo** und **Fares Al Zo'bi** sind seit Oktober frei. Die drei Männer waren im September am internationalen Flughafen von Beirut wegen »illegaler Einreise« festgenommen worden und befanden sich seither ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft. Zeitweise drohte ihnen die Abschiebung nach Syrien. Nachdem ein Menschenrechtsanwalt und Amnesty International anhaltend Druck auf die libanesischen Behörden ausgeübt hatten, erhielten Ahmad Al Waked, Tarek Al A'lo und Fares Al Zo'bi ihre Pässe zurück und können in einem Drittland Asyl beantragen. Der Menschenrechtsanwalt bestätigte, dass die Arbeit von Amnesty zur Freilassung der Geflüchteten beigetragen und sie vor der Abschiebung nach Syrien bewahrt habe.

INDONESIEN

Saiful Mahdi wurde am 13. Oktober freigelassen. Der Hochschuldozent hatte eine WhatsApp-Nachricht gesendet, in der er das Prüfungsverfahren einer Universität kritisiert hatte. Im April 2020 war er wegen »Verleumdung« zu einer Haftstrafe und einer Geldstrafe von zehn Millionen Rupiah (umgerechnet etwa 600 Euro) verurteilt worden, obwohl er nur sein Recht auf Meinungsfreiheit ausgeübt hatte. Nach einem Amnestiebeschluss im Oktober wurden alle Anklagen gegen Mahdi fallen gelassen. Auch **Syamsul und Samsir Bahri** aus der Provinz Nordsumatra droht keine Haft mehr. Ein Berufungsgericht bestätigte im Oktober die Entscheidung einer unteren Instanz, sie lediglich auf Bewährung zu verurteilen. Die beiden Umweltaktivisten, bei denen es sich um Vater und Sohn handelt, waren im Februar der Körperverletzung beschuldigt und in Gewahrsam genommen worden. Die Anschuldigungen waren offenbar konstruiert und richteten sich gegen ihr politisches Engagement.

BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN – UPDATES

Mit den Briefen gegen das Vergessen (siehe Seite 72) können sich alle gegen Unrecht stark machen – allein zu Hause oder gemeinsam mit anderen. In jedem Amnesty Journal rufen wir dazu auf, an Regierungen oder andere Verantwortliche zu schreiben und sich für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Was aus ihnen geworden ist, erfahren Sie hier.

UKRAINE



Foto: Amnesty Ukraine

In der Ukraine gibt es seit Juli eine Gesetzesänderung: Täter häuslicher Gewalt müssen nun Geldstrafen bezahlen oder gemeinnützige Arbeit verrichten. Bei einem wiederholten Verstoß verschärft sich die Strafe. Für Angehörige von Militär und Polizei galten bisher nur interne Disziplinarvorschriften, künftig sind auch sie nach dem allgemeinen Verfahren für Gewalttaten haftbar. Amnesty bewertet die Gesetzesreform als großen Erfolg, über den sich auch **Oksana Mamchenko** freuen dürfte. Sie und ihre Kinder waren 20 Jahre lang häuslicher Gewalt ausgesetzt; zudem nahm der zuständige Polizeibeamte den Täter systematisch in Schutz, sodass es lange nicht einmal zu einer Anzeige kam. Erst als er mit eigenen Augen sah, wie ihr Mann sie schlug, nahm der Polizist Oksana Mamchenko ernst. Die Aktivistin setzt sich zusammen mit vielen anderen dafür ein, dass die Ukraine ein Land wird, in dem Menschen frei von häuslicher Gewalt leben können. (April 2021)

ALGERIEN



Foto: privat

Der algerische Journalist **Khaled Drareni** ist im März nach einem Jahr Haft freigekommen. Die Anklage gegen ihn wurde allerdings nicht fallen gelassen. Der Journalist war im März 2020 bei einer Demonstration festgenommen und kurz darauf wegen »Gefährdung der nationalen Einheit« und »illegaler Versammlung« zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Khaled Drareni wird allein wegen seiner journalistischen Arbeit verfolgt. 2019 hatte er über landesweite Proteste gegen die algerische Regierung und die Hirak-Bewegung berichtet, die sich für Freiheit und ein Ende der Repression im Land einsetzt. So geriet er ins Visier der Behörden und wurde wiederholt inhaftiert. Amnesty hatte sich im Rahmen des Briefmarathons und der Briefe gegen das Vergessen für Drarenis Freilassung eingesetzt. Unterstützer_innen verschickten zahlreiche E-Mails und Briefe. Amnesty fordert weiterhin, dass alle Anklagen gegen ihn fallen gelassen werden. (Januar 2021)

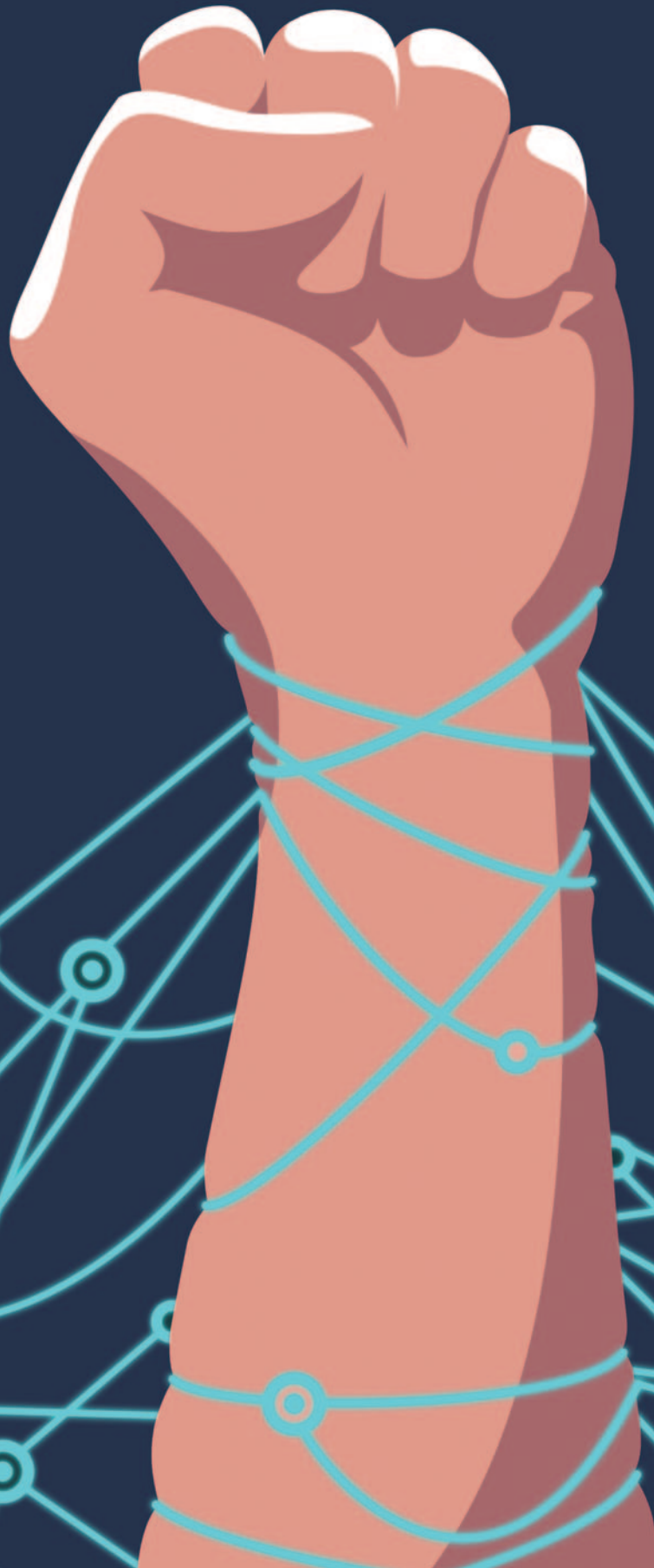
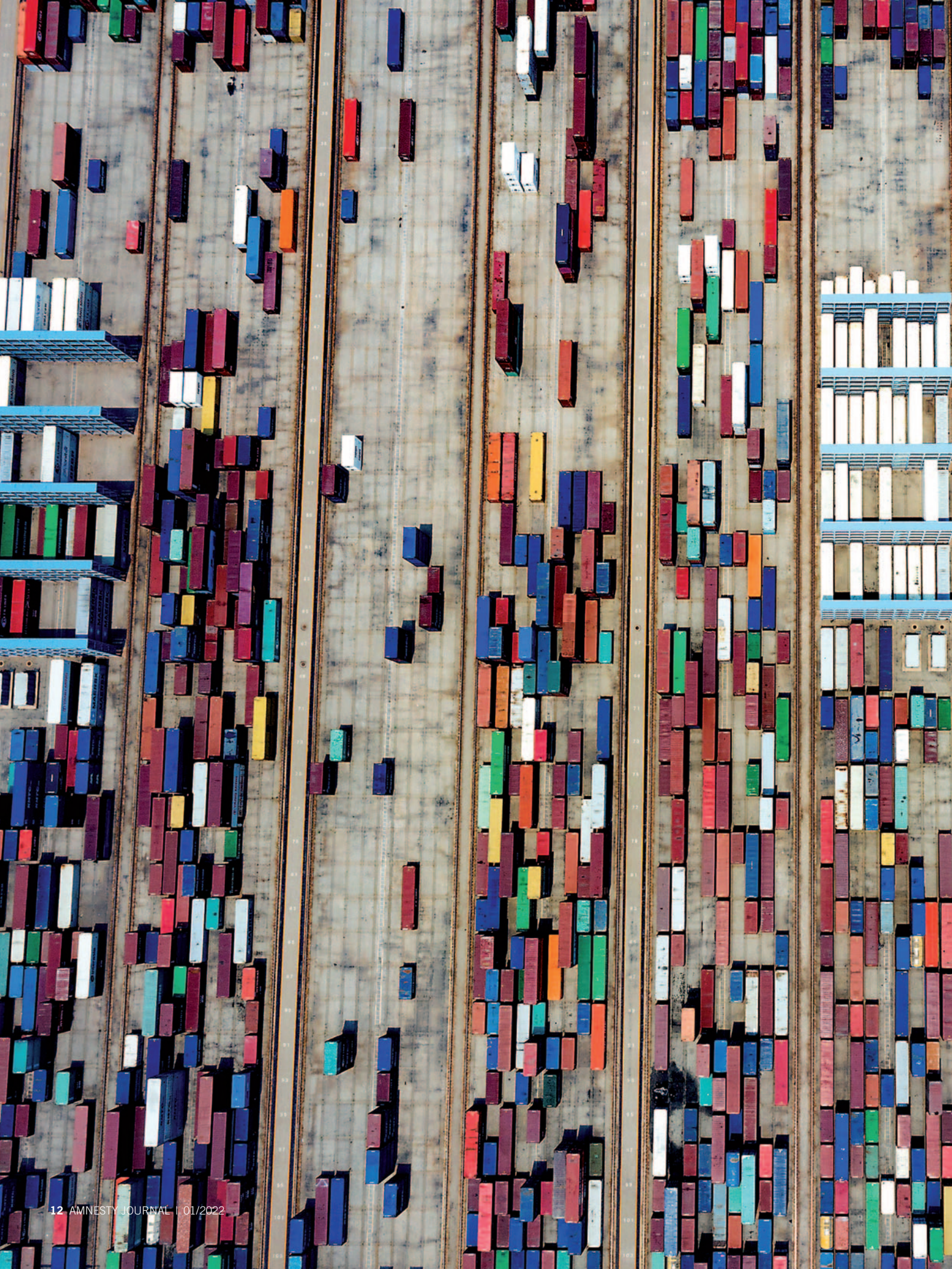


Illustration:
Lennart Gäbel

Digitale Rechte

Gesichtserkennung und biometrische Verfahren gefährden Grund- und Freiheitsrechte. Algorithmen sorgen für systematische Diskriminierung und institutionellen Rassismus. Unsere Daten werden längst wie ein Rohstoff vermarktet. Willkommen im Netz der personalisierten Werbung und der Überwachung, wo sich Konzerne Monopole errichtet haben, denen Mensch und Gesetz egal sind. Und willkommen im Netz der Möglichkeiten, wo schnellere Kommunikation, freies Wissen und digitales Empowerment zu Hause sind. Wo und wie auch immer wir uns im Netz bewegen, starke digitale Rechte müssen dazugehören.



Die großen Unbekannten

Algorithmen prägen unseren Alltag und bestimmen unseren Blick auf die Welt. Sie können Fortschritt bewirken, aber auch zu Gewalt führen. Nur wenn wir ihre Wirkung verstehen, können wir unsere Rechte im digitalen Raum schützen.

Von Julia Lauter

Sie bekommen einen Brief. Das Finanzamt schreibt Ihnen, sie hätten sich Geld vom Staat erschlichen und müssten Zehntausende Euro zurückzahlen. Am Anfang glauben Sie noch an ein Missverständnis. Sie sind sich sicher, dass Sie nichts falsch gemacht haben. Aber niemand glaubt Ihnen. Ihr Lohn wird gepfändet. Sie müssen einen Kredit aufnehmen. Sie fallen in ein tiefes Loch, vernachlässigen den Haushalt und die Erziehung Ihres Kindes. Ihnen wird das Sorgerecht entzogen. Sie sind am Ende. Und das alles, weil ein Algorithmus Sie fälschlicherweise als Sozialbetrüger_in eingestuft hat.

Was wie der Beginn eines Science-Fiction-Dramas klingt, geschah in den Niederlanden: Zwischen 2013 und 2019 wurden dort rund 20.000 Eltern bezichtigt, den Staat um Zuschüsse zur Kinderbetreuung betrogen zu haben. Grund dafür war ein algorithmisches Entscheidungssystem, das Risikoprofile von Antragsteller_innen anlegte.

Dabei wurde schon eine nicht-niederländische Staatsbürgerschaft als Risikofaktor gewertet. Den Beamt_innen, die die Profile sichteten, reichten schon kleinste Ungereimtheiten, um den Betroffenen die Zuschüsse zu streichen und Geld zurückzufordern. Eine algorithmische Entscheidung bewirkte institutionellen Rassismus und sorgte für einen politischen Skandal. In der Folge trat im Januar 2021 die gesamte niederländische Regierung zurück.

Der Vorfall in den Niederlanden ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie unser Leben von halb- oder vollautomatisierten Entscheidungen auf Grundlage unserer persönlichen Daten abhängt. Die meiste Zeit über wirken unsere Begegnungen mit algorithmischen Entscheidungen unauffällig: In digitalen Netzwerken bestimmen sie, welche Beiträge wir sehen. Sie entscheiden, welche Ergebnisse Suchmaschinen anzeigen und welche Werbeangebote uns unterbreitet werden.

Dieses »Profiling«, bei dem personenbezogene Daten automatisiert ausgewertet werden, kann dazu beitragen, dass genau jene Lampe zum Kauf vorgeschlagen wird, die wir gerade suchen. Aber es kann auch dazu führen, dass wir als kre-

ditunwürdig bewertet werden oder dass wir höhere Versicherungsprämien zahlen müssen oder, wie in den Niederlanden, zu Unrecht beschuldigt werden.

»Astronomische Gewinne«

Beide Seiten – die personalisierte Nutzung digitaler Dienste und die Preisgabe sensibler Daten – sind untrennbar miteinander verbunden. Algorithmische Entscheidungen durchdringen und prägen unseren Alltag, ohne dass wir deren Mechanismen nachvollziehen können. Nur die Firmen und Institutionen, die sie entwickeln und mit ihnen arbeiten, wissen, wie die Entscheidungen getroffen werden, welche Faktoren eine Rolle spielen und welche nicht. Algorithmen sind die großen Unbekannten in unserem Alltag. Und sie können eine Gefahr für unsere Rechte sein.

»Ich bin Facebook beigetreten, weil ich glaubte, dass es das Potenzial hat, das Beste in uns hervorzubringen. Aber ich bin heute hier, weil ich glaube, dass die Produkte von Facebook Kindern schaden, Spaltung schüren und unsere Demokratie schwächen.« Mit diesen Worten eröffnete

Frances Haugen im Oktober 2021 ihre Aussage vor dem US-Senat.

Die frühere Facebook-Managerin war gekommen, um gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber auszusagen. »Das Unternehmen weiß, wie man Facebook und Instagram sicherer machen kann, will aber die notwendigen Änderungen nicht vornehmen, weil es seine astronomischen Gewinne über die Menschen stellt.« Und das ist gefährlich, weil Plattformen wie Facebook, Instagram und Twitter eine enorme Informationsmacht haben.

Die jüngsten Veröffentlichungen über Facebook zeichnen das Bild eines Unternehmens, das um jeden Preis die Nutzer_innen auf seinen Plattformen halten will – und dafür die Sicherheit ganzer Gesellschaften aufs Spiel setzt. In Myanmar hatten Analysen bereits 2018 gezeigt, dass Hassreden und Falschinformationen auf Facebook mit Angriffen auf Angehörige der Rohingya einhergingen: Die Inhalte der Plattform führten zu Gewalt in der realen Welt, Zehntausende Menschen starben bei der gewaltsamen Vertreibung, 750.000 verloren ihre Heimat.

Auch in Sri Lanka und Indien verbreiteten sich in den vergangenen Jahren gewaltverherrlichende und hasserfüllte Inhalte wie Lauffeuer. In Äthiopien, wo ein bewaffneter Konflikt zwischen der Zentralregierung und der Tigray People's Liberation Front ausgebrochen ist, führten Falschmeldungen und Hassreden zu ethnischer Gewalt mit vielen Toten.

Die Whistleblowerin Haugen bestätigte in ihrer Aussage vor dem US-Senat und zuletzt auch vor dem EU-Parlament, dass Facebook weiß, dass seine Darstellung von Inhalten gefährlich ist. Zwar versuche das Netzwerk, problematische Inhalte von der Plattform zu entfernen. Doch ohne durchschlagenden Erfolg, wie Haugen erklärte: »Die Algorithmen sind nicht effektiv und filtern maximal zehn Prozent der problematischen Beiträge heraus.«

Zudem flössen 87 Prozent des Budgets, das Facebook für die Klassifizierung von Fehlinformationen aufwende, in den Schutz des US-Marktes, während nur 13 Prozent für den Rest der Welt vorgesehen sind. Und das, obwohl die nordamerikanischen Nutzer_innen nur zehn Prozent der täglich aktiven Nutzer_innen des Online-Netzwerks ausmachten.

»Eine aggressive, hasserfüllte, kontroverse politische Kampagne zu fahren, ist fünf- bis zehnmals billiger als eine, die mit Empathie und Mitgefühl zu tun hat«, sagte Frances Haugen vor dem EU-Parlament.

Das führe dazu, dass die Plattform Verständnis und Entgegenkommen untergrabe und damit die Grundlage der Demokratie angreife. Facebook weist die Vorwürfe zurück. Der Konzern benannte sich kurz darauf in »Meta« um und stellte mit dem »Metaverse« eine Plattform für virtuelle Realität vor, auf der Nutzer_innen als Avatare interagieren können. Man könnte auch sagen: Statt Aufklärung bietet Facebook eine alternative Wirklichkeit an.

Selbstlernende Algorithmen

Natürlich erzeugen digitale Plattformen und ihre Algorithmen nicht nur Diskriminierung, Hass und Gewalt. In der Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) steckt auch ein großer Nutzen für die Menschheit. Unter diesem nicht trennscharfen Begriff werden allgemein Profiling, automatisierte Entscheidungen und Technologien des Maschinellen Lernens zusammengefasst – Anwendungen also, bei denen Maschinen komplexe Kombinationsleistungen erbringen.

Selbstlernende Algorithmen lassen PKWs automatisiert fahren oder übersetzen Texte in Sekundenschnelle. Man kann mit ihnen Bilder und Videos aus Kriegsgeschehnissen auswerten und Rechtsverstöße dokumentieren; Software hilft Mediziner_innen bei der Verschreibung des passenden Antibiotikums oder berät Landwirt_innen bei der Auswahl des Saatgutes oder des optimalen Erntezeitpunktes.

Während der Covid-Pandemie helfen weltweit Kontaktverfolgungssysteme bei der Eindämmung der Gesundheitskrise, indem sie aus unterschiedlichen Daten digitale Netze erzeugen, die potenzielle Infektionen erkennen und die Gesundheitssysteme vor Überlastung schützen. So hilfreich diese Systeme sind, sie zeigen auch, warum diese Techniken, wenn überhaupt, nur unter strengen Auflagen eingesetzt werden sollten. Denn sie greifen in unser Recht auf Privatsphäre, Gesundheit, Bildung, Freizügigkeit, Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit ein.

»Im besten Fall wird die digitale Revolution die Menschen befähigen, verbinden, informieren und Leben retten. Im schlimmsten Fall wird sie entmachten, trennen, fehlinformieren und Leben kosten«, sagte Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, bei der Vorstellung ihres Berichts über Risiken der Künstlichen Intelligenz im September 2021. Angesichts des schnellen und kontinuierlichen Wachstums der KI-Anwendungen sei es eine drängende Menschenrechtsfrage, die immense Lücke in der Rechenschaftspflicht darüber, wie

»Wir brauchen
Regulierungen für den
Einsatz von KI.«
Merel Koning, Amnesty

Daten gesammelt, gespeichert, geteilt und verwendet werden, zu schließen, erklärte Bachelet. Das Risiko der Diskriminierung im Zusammenhang mit KI-Entscheidungen sei sehr real. Sie forderte ein Moratorium für den Einsatz besonders risikoreicher KI-Anwendungen.

Die Frage ist, wie das konkret aussehen könnte. Den meisten Nutzer_innen ist klar, dass der Reichtum und die Macht von Konzernen wie Facebook und Google auf ihren persönlichen Daten basiert. Empörung gab es viel, aber kaum praktikable Gegenvorschläge. Doch nun kommt Bewegung in die festgefahrene Situation.

Im Dezember 2020 stellte die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket vor, das den rechtlichen Rahmen für Online-Plattformen und den Umgang mit Digitalkonzernen regeln sollte, den Digital Services Act und den Digital Markets Act. Bei der Vorstellung verglich die zuständige Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager das Vorhaben mit dem Aufstellen der ersten Ampel. Mit zunehmendem »Verkehr« im digitalen Raum müsse die Politik nun Ordnung ins Chaos bringen.

Zum einen sollen Plattformen wie Facebook illegale Inhalte schneller löschen, den Nutzer_innen die Möglichkeit für rechtlichen Einspruch geben, Werbung unmissverständlich kennzeichnen sowie die Funktion ihrer Algorithmen verständlich machen. Zum anderen soll die Vormachtstellung der Monopolisten Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft fallen: Vorinstallierte Anwendungen und Programme sollen verboten werden, die eigenen Dienste bei Suchfragen nicht mehr bevorzugt präsentiert und Daten verschiedener Portale eines Anbieters nicht ohne Zustimmung der Nutzer_innen zusammengeführt werden dürfen.

So ambitioniert das Vorhaben ist, so wenig greifbar ist die Umsetzung bisher: Was genau sollen die Konzerne offenlegen müssen? Welche Behörden kontrollieren die Regeln? Und: Was ändert es, wenn die Nutzer_innen zwar die Algorithmen der Plattformen kennen, es aber keine vergleichbaren Alternativen gibt, die ihre Rechte besser schützen? Hören wir tatsächlich auf zu »googeln«, wenn der Konzern sein Geschäftsgebaren offenlegt oder

Protest gegen Rassismus, der auf algorithmische Entscheidungssysteme im Sozialsystem zurückgeht. Amsterdam, Mai 2021.

Foto: Romy Arroyo Fernandez/NurPhoto/pa



wird das nur ein weiteres Kästchen sein, das wir in Zukunft mit schlechtem Gewissen vor der Nutzung weglassen?

Viele Leerstellen

Im April 2021 schlug die EU-Kommission darüber hinaus den Artificial Intelligence Act (AIA) vor, der schädliche Folgen automatisierter Entscheidungsalgorithmen verhindern soll. Danach sollen KI-Anwendungen nach den von ihnen ausgehenden Risiken klassifiziert und entsprechend stärker überwacht und reguliert werden. Doch auch dieser Vorstoß habe viele legale Leerstellen, erklärt Merel Koning vom Tech-Team von Amnesty International: »Es ist gut, dass die EU diese Rolle einnimmt. Wir brauchen dringend Regulierungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz«, sagt die Anwältin. »Doch leider sind die vorgeschlagenen Regeln nicht annähernd da, wo sie sein sollten – es fehlt ihnen an Menschenrechtsgarantien.«

Auch der AIA-Vorschlag krankt daran, dass nicht klar ist, wer die Umsetzung überwacht und beaufsichtigt. KI-Systeme,

die als besonders risikoträchtig klassifiziert werden, sollen zwar »hinreichend transparent« entwickelt werden; was als transparent gilt, bleibt aber schwammig. Auch können Designer_innen, Entwickler_innen und Nutzer_innen von KI-Systemen weiterhin nicht für ihre Produkte zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem enthält der Vorschlag kein Verbot des Einsatzes von selbstlernenden Algorithmen im öffentlichen Sektor.

Besonders für die »präventive Verbrechensbekämpfung« – wenn die Polizei auf Grundlage von Daten die Wahrscheinlichkeit errechnet, mit der Menschen die nächsten Straftäter_innen oder ein Ort der nächste Tatort ist – sind in dem Vorschlag großzügige Ausnahmen vermerkt, wie Koning kritisiert.

Ihrer Meinung nach sollten diese staatlichen KI-Anwendungen strenger reguliert werden. »Die Programme, die in den Niederlanden und ganz Europa zur präventiven Verbrechensbekämpfung laufen, sind beängstigend. Sie werden sehr schnell eingeführt, es gibt keine Sicherheitsvorkehrungen und keine Regeln,

wie mit den erstellten Profilen umgegangen werden soll«, sagt Koning. »Dabei ist doch eine der wichtigsten Säulen unserer freien Gesellschaft, dass man nicht unschuldig verurteilt wird.«

Was derzeit in Brüssel diskutiert wird, ist eine Chance – darauf, dass unsere Rechte in Zukunft nicht noch weiter von intransparenten technischen Anwendungen beschnitten werden. Doch um sie nutzen zu können, müssen die Bürger_innen begreifen, was auf dem Spiel steht. Nur wer sich die Einschränkungen bewusst macht, wird dagegen seine Stimme erheben und die politisch Verantwortlichen zum Handeln bewegen können. ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app

Amnesty-Bericht
zum Thema:



Bitte recht freundlich!

Sie stellen zahlreiche Gefahren für die Menschenrechte dar:
Fragen und Antworten zu biometrischen Verfahren und
zur Gesichtserkennung. **Von Ingrid Bausch-Gall**

Wie funktioniert Gesichtserkennung?

Gesichtserkennung dient meist zur Identifizierung von Personen. Anhand bestimmter Merkmale des Gesichts kann eine Person ausgemacht werden. Dabei wird ein Bild des Gesichts mit Bildern in einer Datenbank verglichen. So soll festgestellt werden, ob die Person bereits in der Datenbank erfasst ist. Die verwendeten Datenbanken enthalten meist Millionen von Gesichtsbildern, die entweder von Melde- und Strafverfolgungsbehörden stammen oder von Homepages, Facebook oder anderen öffentlich zugänglichen Quellen kopiert wurden, zumeist ohne Zustimmung der betreffenden Personen. Bereits die Erstellung der Datenbanken verletzt oft das Recht auf Privatsphäre.

Was haben biometrische Verfahren und Gesichtserkennung gemeinsam, was unterscheidet sie?

Methoden der Gesichtserkennung gehören zur Erfassung und Auswertung biometrischer Daten. Zusätzlich zur Gesichtserkennung erfassen umfassendere biometrische Methoden geometrische Daten über Körperbau oder Bewegungsmuster von Personen. Diese Methoden liefern exaktere Ergebnisse als die Gesichtserkennung und lassen sich auch dann anwenden, wenn eine Person verumumt ist oder das Gesicht wegdreht.

Gibt es aktuelle Beispiele dafür, wo Gesichtserkennung angewandt wird?

Am 27. April 2021 hat die Polizei in Moskau die Wohnungen der Journalisten Alexej Korosteljow, Oleg Owcharenko und Alexander Rogoz aufgesucht und

sie zu ihrer Teilnahme an einer Demonstration am 21. April für Alexej Nawalny befragt. Bei der Demonstration wurden Teilnehmende gefilmt und diese Filme anschließend mit Gesichtserkennungsmethoden ausgewertet. So lässt sich sehr schnell feststellen, wer wann wo war und mit wem er oder sie gesprochen hat. Die Journalisten wurden als Teilnehmende an der Demonstration identifiziert. Alle waren als Journalisten akkreditiert. Dennoch drohen ihnen nun Gefängnisstrafen.

Immer mehr Länder nutzen Gesichtserkennung zur Überwachung des öffentlichen Raums. Diese Technologie wird von der Polizei und von privaten Firmen genutzt.

Welche Gefahren drohen für die Menschenrechte?



Per Kamera alles im Blick?
Gdansk, Polen, April 2020.
Foto: Michal Fludra / NurPhoto / pa

Gesichtserkennung kann auch für legitime Ziele eingesetzt werden, etwa um Straftäter_innen zu finden. In vielen Bereichen erfolgt jedoch eine anlasslose automatische Überwachung im öffentlichen Raum. Die überwachten Personen wissen nicht, dass sie beobachtet werden. Wenn Gesichtserkennung bei Demonstrationen eingesetzt wird, ist es problemlos möglich festzustellen, wer teilgenommen und mit wem sich die Person dort getroffen hat. Dies kann dazu führen, dass sich Menschen nicht mehr trauen, an Demonstrationen teilzunehmen. Dies bezeichnet man als »chilling effect«, und er bedroht die Ausübung des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die Meinungsfreiheit.

Gesichtserkennung kann von autoritären Regierungen gezielt eingesetzt werden, um Menschenrechtsverteidiger_in-

nen zu überwachen. Zivilgesellschaftliches Engagement wird in einem Land extrem erschwert, wenn die Regierung exakt weiß, wer wo ist und wer sich wann mit wem trifft. Die Methoden der Gesichtserkennung sind fehleranfällig. Wenn sie perfekt funktionierten, wären sie in der Lage, ganze Gebiete zu überwachen und die Identität von Hunderttausenden Menschen gleichzeitig zu erfassen. Dies wäre in allen Fällen menschenrechtlich problematisch. Durch das Gefühl, ständig überwacht zu werden, leiden Freiheitsrechte, individuelle Entfaltung und politische Teilhabe.

Behandelt Gesichtserkennung alle Gesichter gleich?

In Datenbanken werden besonders viele Gesichter weißer Männer aufgenommen, deutlich weniger Gesichter von Frauen, Kindern und People of Colour. Da die Algorithmen mit Methoden der Künstlichen Intelligenz und der Statistik arbeiten, führt das zu einer deutlich höheren Falscherkennungsrate bei diesen Personen. Sie werden in der Folge häufiger von der Polizei kontrolliert und verdächtigt. Insbesondere schwarze Frauen sind davon betroffen. Das ist eine eindeutige Form der Diskriminierung.

Gesichter lassen sich zudem durch bestimmte Schlüsselmerkmale wie Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit oder Geschlecht gezielt erkennen. Vorurteile und strukturelle Ungleichheiten können durch die Anwendung bestimmter Algorithmen verstärkt werden, da die Systeme von Menschen entwickelt und trainiert werden. Auch dies führt zu Diskriminierung.

Mit Gesichtserkennung ist öffentlich experimentiert worden. Mit welchem Ergebnis?

Experimente mit diesen Systemen haben gezeigt, dass sie oft mangelhaft funktionieren. Bei einem Test am Bahnhof Berlin-Südkreuz wurde etwa jede 200. Person fälschlich als polizeilich gesuchte Person identifiziert. Für Betroffene führt das zu Verdächtigungen und unangemessenen Kontrollen, für die Polizei zu einer Überlastung. Daher wurde in den US-amerikanischen Städten Boston, Portland und San Francisco der Einsatz von Gesichtserkennung in der Polizeiarbeit verboten.

Was fordert Amnesty?

Amnesty International sieht in jeder anlasslosen Massenüberwachung einen massiven Eingriff in die Privatsphäre. Die Anwendung von Gesichtserkennung

In mehreren US-Städten ist Gesichtserkennung in der Polizeiarbeit verboten.

im öffentlichen Raum ist nach Auffassung von Amnesty nicht verhältnismäßig, da sie ohne einen Verdacht alle anwesenden Menschen erfasst und analysiert. Amnesty fordert daher ein vollständiges Verbot der Gesichtserkennung zu Zwecken der Identifizierung. Um Diskriminierung entgegenzuwirken und der Vielfalt in der Gesellschaft gerecht zu werden, fordert Amnesty eine unabhängige Überprüfung aller Algorithmen der verwendeten Systeme sowie Entwickler-teams, die die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln.

Eine weitere Gefahr besteht in der Verbreitung von Technologie zur Gesichtserkennung. Europäische Unternehmen konnten Gesichtserkennungs- und andere Überwachungstechnologie ohne staatliche Exportkontrolle in Länder verkaufen, in denen diese gegen marginalisierte Bevölkerungsgruppen zum Einsatz kommt. Damit ist das Risiko schwerer Menschenrechtsverletzungen. Amnesty fordert ein grundsätzliches Verbot der Entwicklung, der Produktion, des Verkaufs und des Exports von Gesichtserkennungstechnologie zu Identifizierungszwecken, das sowohl für staatliche Institutionen als auch für private Akteure gilt. Solange dieses Verbot nicht wirksam ist, müssen Staaten den Export solcher Technologien rigoros verhindern. Unternehmen müssen darüber hinaus verpflichtet werden, vor einem etwaigen Export im Rahmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten umfassende Risikoanalysen durchzuführen.

Gibt es Erfolge beim Einsatz gegen die Gesichtserkennung?

Ein kleiner Erfolg wurde inzwischen erreicht: Am 6. Oktober 2021 hat das EU-Parlament dazu aufgerufen, biometrische Massenüberwachung zu verbieten. ♦

Ingrid Bausch-Gall ist in der Amnesty-Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte im digitalen Zeitalter aktiv.

<https://amnesty-digital.de>
<https://reclaimyourface.eu>

Wie dich deine Daten verraten

Eine kleine Geschichte des Überwachungskapitalismus. Oder wie aus Daten ein Rohstoff der Vermarktung wurde und wie sich das wieder ändern lässt.

Ein Essay von Uwe Oestermeier

Die US-Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff bezeichnet mit dem Begriff »Überwachungskapitalismus« eine Spielart des Kapitalismus, der persönliche Daten zum Rohstoff der Vermarktung macht. Dazu gehören Daten über Produktvorlieben, Kaufverhalten, Bonität, Interessen, sexuelle Orientierung, politische Einstellungen, soziale Identität sowie intime Gesundheitsdaten, Suchanfragen und Kontakte.

Wo die digitale Sphäre mit dem physikalischen Raum verschmilzt, kommen noch Orts-, Biometrie-, Kamera- und Sensordaten in Fahrzeugen, Smartphones, sogenannten Smart Cities und dem Internet der Dinge hinzu.

Ein Geflecht von privatwirtschaftlichen Plattformen, Händler_innen und Werbefirmen nutzt diese Daten, um Milliarden Menschen einer fast totalen Überwachung und einem ständigen Wettbewerbs- und Bewertungsdruck zu unterwerfen. Die Geschichte dieser historisch beispiellosen Wirtschaftsform lässt sich grob in drei Phasen einteilen.

Entstehung (2000–2007)

Als die Dotcom-Blase im März 2000 platzte, standen die Google-Gründer Larry Page und George Brin vor einem

Dilemma. Sie hatten ihre Suchmaschine gratis angeboten und deren Wachstum mit Verlusten erkaufte. Nun drängten nervös gewordene Wagniskapitalgeber auf ein tragfähiges Geschäftsmodell. 1998 hatten Page und Brin noch argumentiert, »dass werbefinanzierte Suchmaschinen von Natur aus auf die Werbetreibenden und nicht auf die Bedürfnisse der Verbraucher ausgerichtet sein werden«.

Page und Brin gaben dem Druck nach. Am 23. Oktober 2000 erschien die erste Anzeige auf Google. 2002 führte Google ein Bezahlmodell ein, wonach die Werbetreibenden nur zahlen mussten, wenn die Werbung auch angeklickt wurde (pay per click). Dieses Bezahlmodell war ein wichtiger Wettbewerbsvorteil gegenüber der traditionellen Anzeigenwerbung und wurde beispielsweise von der Werbefirma DoubleClick schon länger genutzt.

Page und Brin gingen einen entscheidenden Schritt weiter. Sie kombinierten dieses Bezahlmodell erstmals mit Online-Auktionen, die auf mathematischen Verhaltensvorhersagen beruhten. Google versteigerte die Werbeplätze jedoch nicht einfach an die Meistbietenden. Stattdessen wurden die besten Werbeplätze den Firmen zugewiesen, deren Werbung den größten Gewinn erwarten ließ, weil Nutzer_innen darauf reagierten. Die unscheinbare Formel »Profit = Preis pro Klick mal Klickwahrscheinlichkeit« setzte eine unerbittliche Marktlogik in Gang: Je

besser Googles Prognosen wurden, desto höher wurden die Einnahmen.

Persönliche Daten wurden zu einer Art Goldstaub, dessen Abbau erst im industriellen Maßstab wertvoll wird. Immer neue Rohstoffquellen wurden erschlossen, um festzustellen, was Menschen wann wie und wo machen. Werbefreie Dienste wie Google Mail (2004) und Google Maps (2005) lieferten umfassende Personenprofile. Eine Zeit lang konnte Google sein Erfolgsrezept geheim halten, aber spätestens als Sheryl Sandberg 2007 von Google zu Facebook wechselte, wanderte das Know-how auch zu dem 2004 von Mark Zuckerberg gegründeten Online-Netzwerk. Das Netzwerk erfasste neben dem individuellen Verhalten auch Verbindungen zwischen Menschen, wodurch neue Formen gezielter Werbung angeboten werden konnten, etwa über Telefonnummern oder Menschen mit ähnlichen Vorlieben.

Die USA und ihre Verbündeten hatten nach 9/11 ebenfalls ein vitales Interesse an den Daten. Sie sicherten sich den Zugang über Gesetze, deren Reichweite und

Viele Menschen scrollen pro Tag mehr als 170 Meter auf ihren Handys.



Illustration: Sébastien Thibault / agoodson.com

Ausmaß erst mit den Enthüllungen Edward Snowdens im Jahr 2013 klar wurden.

Entfesselung (2007–2016)

Google und Facebook nutzten ihre steigenden Werbeeinnahmen, um innovative Firmen aufzukaufen. 2006 erwarb Google YouTube und 2007 DoubleClick. DoubleClick hatte die gezielte Online-Werbung perfektioniert, indem Nutzer_innen über Webseiten hinweg mit Cookies verfolgt wurden. Damit legte Google den Grundstein für das sogenannte Real Time Bidding, bei dem während des Ladens der Webseiten unbemerkt in Millisekunden Werbeplätze an Dutzende von Bieter_innen versteigert werden. Auch Facebooks Kauf der Netzwerke Instagram (2012) und WhatsApp (2014) folgte der Devise »Kaufen ist besser als konkurrieren«. Damit wurden gleichzeitig neue wichtige Datenquellen zur Vernetzung von Personen wie Kontaktdaten und Telefonnummern erschlossen.

Der Wettbewerb um die begrenzte Ressource Aufmerksamkeit wurde immer härter. Ständig optimierte Algorithmen und Funktionen brachten Nutzer_innen dazu, immer länger auf den jeweiligen Plattformen zu bleiben, um mehr Werbung zu sehen und vor allem mehr Daten zu liefern. Als besonders wirkungsvoll erwiesen sich zum Beispiel »Likes«, das endlose Scrollen durch Aufregertemen und automatisch abgespielte personalisierte Inhalte.

Durchbrüche im Bereich der Künstlichen Intelligenz, die immer größere Datenmengen mit Methoden des maschinellen Lernens analysierten, wurden dabei zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor. YouTube konnte nach eigenen Angaben die Nutzungsdauer um 50 Prozent steigern, indem es 2012 seine Empfehlungsalgorithmen umstellte. Statt der Anzahl der Klicks wurde eine möglichst hohe Verweildauer zur Zielgröße des Algorithmus. Auch Facebooks Newsfeed-

Algorithmus basiert seit 2011 auf Methoden des maschinellen Lernens und zieht Zigtausende Faktoren in Betracht, um die Nutzer_innen möglichst lange an die Plattform zu binden.

Das maschinelle Lernen erhöhte die Datenmenge und die Nutzungszeiten drastisch, wovon wiederum die Online-Auktionen profitierten. Viele Menschen verbringen täglich mehrere Stunden auf YouTube und Facebook-Diensten und scrollen pro Tag mehr als 170 Meter auf ihren Handys. Google, Facebook und Amazon vereinen nach aktuellen Schätzungen 90 Prozent des Wachstums aller US-Online-Werbeausgaben auf sich.

Gegenbewegung (ab 2016)

Der Wahlsieg Barack Obamas und der arabische Frühling wurden noch als positive Auswirkungen von Online-Netzwerken

Google, Facebook und Twitter verstärkten Desinformation und Hass.

länger an anderen Werbeformen, die nicht mehr direkt auf einzelne Personen zugeschnitten sind. Mit der Zusammenfassung von Personen in bestimmte Gruppen wollen sie ihr Geschäftsmodell retten. An den Anreizstrukturen der Aufmerksamkeitsökonomie würde sich damit aber nicht viel ändern.

Die Kritik der Google-Gründer Page und Brin an werbefinanzierten Geschäftsmodellen erwies sich als erstaunlich weit-sichtig. Heute stellt der Überwachungs-kapitalismus Milliarden Menschen vor das Dilemma, dass sie ihre Menschen-rechte auf soziale und kulturelle Teilhabe nur ausüben können, wenn sie Verletzungen anderer Menschenrechte in Kauf nehmen. Denn personalisierte Werbung verletzt unsere Rechte auf Privatsphäre und Nichtdiskriminierung.

In der Aufmerksamkeitsökonomie untergraben algorithmisch verstärkte Verschwörungstheorien, Desinformation und Hassbotschaften die Meinungs- und Pressefreiheit und die Informationssuche. Plattformen wie Facebook sind in der Lage, Wahlen zu beeinflussen, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Amnesty International hat deshalb 2019 in einer umfassenden Dokumentation darauf hingewiesen, dass die Daten-giganten die Menschenrechte und die Demokratie gefährden.

Anders als Google und Facebook glauben machen wollen, ist personali-sierte Werbung nicht alternativlos. Die Suchmaschine DuckDuckGo war von Beginn an profitabel, obwohl sie nur mit Werbung für Suchbegriffe arbeitet. Auch das Bezahlmodell von WhatsApp hat vor der Übernahme durch Facebook gut funktioniert.

Wenn man Internetsuche und ver-netzte Kommunikation als öffentliche und gemeinnützige Infrastrukturen be-trachten würde, kämen zudem Steuer-bzw. Gebührenfinanzierung sowie Spen-den-, Stiftungs- und Genossenschafts-modelle infrage. All diese Alternativen sind zum Scheitern verurteilt, solange die Gewinne der Datenkartelle deren Macht weiter zementieren. ♦

Uwe Oestermeier ist in der Amnesty-Themen-koordinationsgruppe Menschenrechte im digitalen Zeitalter aktiv.



Illustration: Sébastien Thibault / agoodson.com

gefeiert. Doch mit dem Skandal um Cambridge Analytica veränderte sich die öffentliche Wahrnehmung; Daten von Millionen Nutzer_innen waren offensichtlich missbraucht worden. Journalistische Recherchen zeigten, dass die zielgenaue Datenanalyse von Donald Trump und den Brexiters nicht nur genutzt wurde, um Wähler_innen zu mobilisieren, sondern auch, um Fehlinformationen zu streuen und Gruppen gezielt vom Wählen abzuhalten. Wissenschaftler_innen warnten, dass Google, Facebook und Twitter Desinformationen, Hass, Filterblasen, Echo-kammern und damit die Polarisierung der Gesellschaft verstärken.

Tim Cook, Chef des Konzerns Apple, nutzte die Gelegenheit, um Dienste des eigenen Unternehmens als datenschutzfreundliche Alternative zu präsentieren. Er sprach von einem datenindustriellen Komplex, der Gesellschaften zerstöre. Was er dabei verschwieg: Google zahlt Apple bis heute Milliarden dafür, dass Google als Suchmaschine voreingestellt ist. Und es war Apple, das 2012 eine eindeutige Werbekennzeichnung für jedes

Smartphone einführte und damit eine umfassende Verfolgung ermöglichte. Als Apple im Jahr 2021 erstmals den Benutzer_innen die Gelegenheit gab, selbstbestimmt mit dieser Form des Trackings umzugehen, lehnten 80 Prozent schlichtweg ab.

Auch in Politik und Gesellschaft formierte sich die Gegenbewegung. Google und Facebook waren und sind Gegenstand zahlreicher Kartell- und Wettbewerbsklagen in den USA und der EU. Facebook konnte bislang weder seine Pläne für eine digitale Währung noch ein Instagram für Kinder umsetzen. Google musste seine ambitionierten »Smartcity«-Pläne in Toronto aufgeben. Die Gewinne wurden nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil: Als Facebook fünf Milliarden Dollar Strafe wegen des Cambridge-Analytica-Skandals zahlen musste, führte dies an der Börse zu einem Kursgewinn von zehn Milliarden Dollar.

Die Zukunft ist offen

Gegenwärtig sind in Europa und den USA eine Reihe von Gesetzen geplant, die die Auswüchse des Überwachungskapitalismus korrigieren sollen. Da dies absehbar war, arbeiten Google und Facebook schon

Und jetzt: Werbung! Und zwar für Regulierung

Die Gesetzgebung der EU hat die großen Internetplattformen so lange unreguliert wachsen lassen, bis sie zu mächtig werden konnten. Schluss damit!

Ein Kommentar von Lena Rohrbach

Menschenfressende Pferde zähmen, eine neunköpfige Hydra ausschalten und einen riesigen Rinderstall ausmisten – das waren die »Herkulesaufgaben«, die der gleichnamige griechische Held bewältigen musste, um in den Olymp aufgenommen zu werden. An einer solchen Aufgabe versucht sich derzeit auch die EU: Facebook und Google sollen gezähmt, manipulierende Algorithmen ausgeschaltet und übergriffige Geschäftspraktiken der Internetplattformen »ausgemistet« werden.

Im Vergleich zur Zähmung der Tech-Giganten erscheinen die Aufgaben des mythologischen Herkules fast leicht. Denn die EU-Gesetzgebung hat die großen Plattformen so lange unreguliert wachsen lassen, bis sie zu monopolistischen Torhütern des Internets werden konnten. Sie diktieren uns nun, unter welchen Online-Bedingungen wir unsere Meinung ausdrücken und uns informieren können.

Dass die technologische Entwicklung die gesetzliche Regulierung überholt, ist im Zeitalter der Digitalisierung leider zum Normalzustand geworden. Ob bei staatlicher Überwachung, Künstlicher Intelligenz in Waffensystemen oder eben

bei Facebook und Co.: Erst wenn die Bedrohungen der Menschenrechte unübersehbar werden, wird mit einer Regulierung begonnen.

Höchste Zeit also, den Plattformen mit den derzeit verhandelten Gesetzen Digital Services Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA) klare Grenzen zu setzen. Der Digital Services Act soll beispielsweise den Umgang mit illegalen Inhalten, personalisierter Werbung, Datenschutz und algorithmischen Empfehlungssystemen regeln. Für die meisten dieser Herausforderungen gibt es leider kaum gute Vorbilder. So fehlt es in den USA weitgehend an landesweiten Regeln für Plattformen. Staaten wie China oder Vietnam hingegen haben solche Dienste zwar gut im Griff – aber eben zu gut: Zensur und die Verfolgung regierungskritischer Nutzer_innen sind an der Tagesordnung.

Die Aufgabe der EU ist deshalb zugleich eine historische Chance. Europa kann und muss im vielzitierten »Systemwettbewerb« einen neuen Weg gehen. DSA und DMA könnten dann auch international zum Vorbild werden und eine Alternative zu Laissez-Faire-Kapitalismus oder autoritärer Kontrolle aufzeigen.

Dafür muss sich die EU an den Menschenrechten orientieren, denn diese gelten online ebenso wie offline. Besonders die Rechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit, Privatsphäre und der Schutz vor Diskriminierung bedürfen gesetzlicher Durchsetzung. Dafür braucht die EU eine Portion Optimismus und Mut.

So fordern etwa Amnesty Internatio-

nal und andere NGOs sowie einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments ein konsequentes Verbot personalisierter Werbung, die auf der umfassenden Überwachung unseres Surfverhaltens beruht. 98 Prozent des Facebook-Umsatzes speist sich aus Werbung, bei Google sind es immerhin noch mehr als 80 Prozent. Um diese Werbung gezielt anzuzeigen, überwachen die Plattformen das Verhalten der Nutzer_innen bei jedem Klick. Facebook müsste sich nach einer Änderung neue Einnahmemodelle suchen – etwa kontextbasierte Werbung, also eine Anzeige für Katzenfutter neben einem Artikel über Katzen.

Ob die EU sich zu einem Verbot von Überwachungswerbung durchringen kann, scheint derzeit leider fraglich. Doch der Schutz der Menschenrechte im digitalen Zeitalter ist nicht die Aufgabe der betroffenen Internetnutzer_innen, die sich durch unverständliche und lange AGBs und Datenschutzeinstellungen klicken müssen, sondern der Politik. Nachhaltige Änderungen wird nur ein klares Verbot des Geschäftsmodells »Überwachungswerbung« bringen. Es kann den Zuckerbergs dieser Welt zugemutet werden, ihr Geld zukünftig auf eine Weise zu verdienen, die die Menschenrechte nicht verletzt. ♦

Lena Rohrbach ist Referentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter bei Amnesty International in Deutschland.

Europa kann und muss im vielzitierten »Systemwettbewerb« einen neuen Weg gehen.

Digitale Heuschrecken

In Pakistan wurden im Jahr 2017 Menschenrechtsverteidiger_innen digital angegriffen, um ihre Arbeit zu überwachen und ihnen zu schaden. Amnesty dokumentierte den Fall in einem Bericht. Ist er auch Stoff für einen Krimi? Allerdings. Wir haben einen Krimiautor gebeten, sich der Sache anzunehmen. **Von Ralf Oberndörfer**

Wie sich ein Virus über die Hardware ausbreitet, zeigt dieses Foto. Wie es dorthin gelangen kann, erzählt unser Kurzkrimi.

Foto: imago images/ UIG

Stellen Sie sich vor, Sie sitzen an Ihrem Schreibtisch und sehen aus dem Fenster. Aber die Welt, die Sie sehen, ist nicht mehr die Welt, wie sie zuvor war. Jemand hat Ihr Fenster manipuliert. Es ist jetzt ein Bildschirm, auf dem Sie nur noch das zu sehen bekommen, was man Ihnen zeigen will.

Stellen Sie sich vor, Sie laden abends Freund_innen ein, um über Ihre politische Arbeit zu reden: Schwierige Themen, riskante Themen. Und da sitzt ein Gast auf dem Sofa, der fragt sie aus und macht sich heimlich Notizen. Dieser Gast trägt eine Maske. Nicht so ein billiges Ding, das man sich mit einem Gummiband einfach überzieht. Die Maske ist ein nahtlos angepasstes zweites Gesicht. Es ist für Sie geformt worden. Sie und niemand sonst sollen mit dieser Person reden und Fragen beantworten.

Sie kaufen im Supermarkt ein Paket Reis, ein Sonderangebot von Ihrem Lieblingsreis, über das Sie sich freuen. Aber wenn Sie nach Hause kommen und das Paket öffnen, befällt Ungeziefer Ihre Küche, setzt sich in jede Ritze, in jedes Gefäß. Der Reis im Supermarkt war ein Angebot speziell für Sie: Ihre ganz persönliche Falle.

Klingt das gruselig? Das soll es auch sein. Es soll Ihnen Angst machen. Eines

Tages sitzen Sie wie immer vor Ihrem Bildschirm. Sie versuchen gerade, die Welt zu retten. Sie wollen ein Lebenszeichen von einem Mann finden, der zu denselben politischen Themen arbeitet wie Sie, aber seit Monaten verschwunden ist. Obwohl Sie beschäftigt sind, merken Sie, dass Sie nicht allein sind. Hinter Ihnen stehen zwei Monster und legen Ihnen ihre Klauen auf die Schulter: Misstrauen und Angst. Mit jedem maskierten Gast, der versucht, sich in Ihre vier Wände einzuschleichen, werden die Monster ein wenig größer. Sie wissen nicht mehr, ob Sie dem Blick aus dem Fenster noch trauen können. Sie beriechen und betasten jedes Paket im Supermarkt, bevor Sie es in den Korb legen. Sie haben keinen Appetit mehr.

Wir reden hier über das Internet, über Online-Netzwerke, nicht über Partys, über gefälschte Profile, nicht über Masken. Nicht über Lebensmittel, sondern über Links, hinter denen sich Datenpakete verbergen, die in der Lage sind, Ihre gesamte Arbeitsinfrastruktur zu vertilgen wie eine Horde Heuschrecken. Es geht um

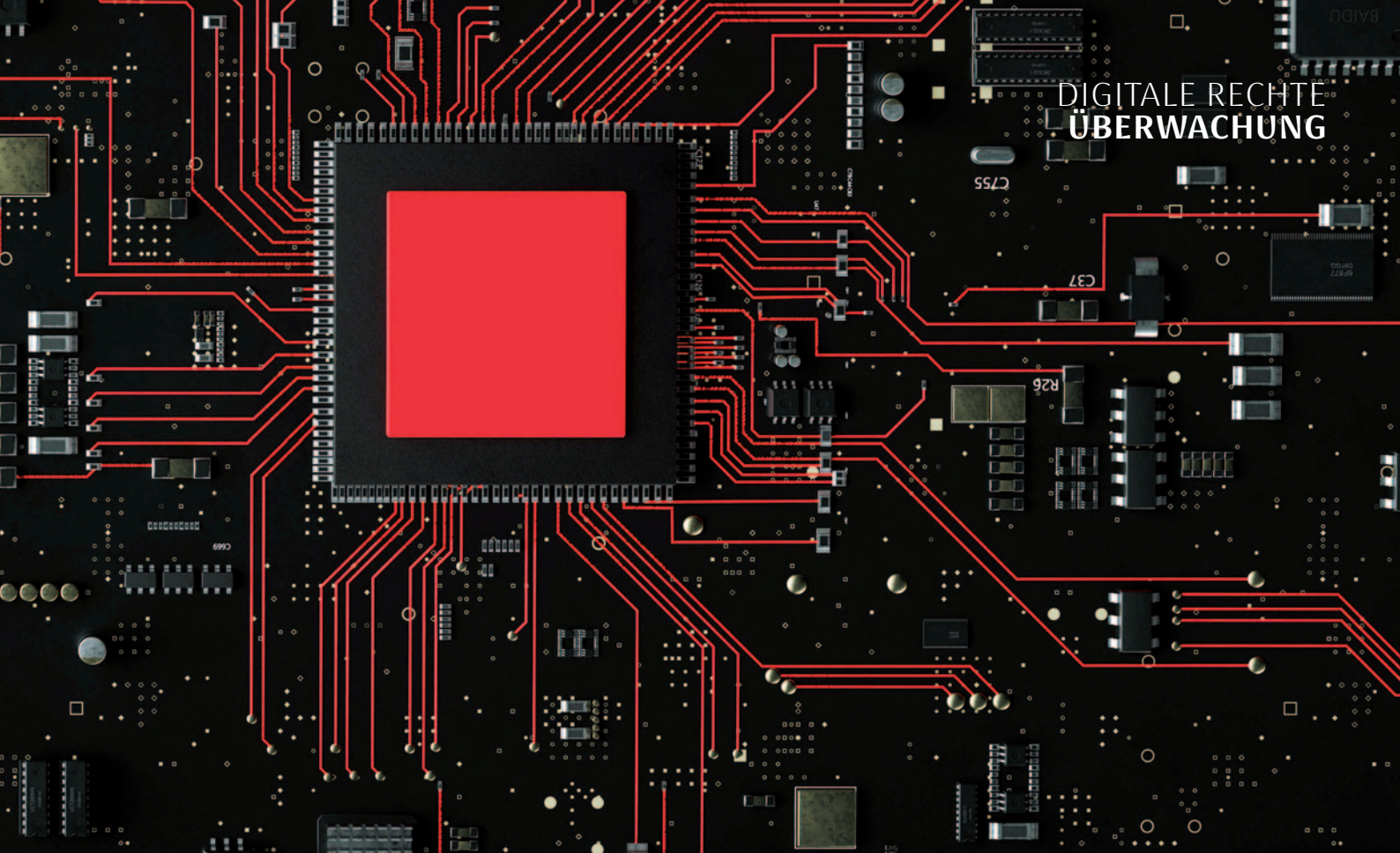
Die Programme heißen wie Superschurken im Comicstrip: Crimson oder TheOneSpy.

Spionagesoftware, die die Kontrolle über Ihr Handy oder Ihren Computer übernimmt. Die Programme haben Namen wie Superschurken in einem Comicstrip: Crimson oder TheOneSpy. Irgendwo sitzt jemand, der diese Programme schreibt. Irgendwo züchtet jemand Heuschrecken für Ihre Küche.

Vollständige Kontrolle mit Fehlern

Online-Netzwerke werben mit interessanten Kontakten, kostenlosen Informationen und unendlicher Freiheit. Heute markieren sie die Stellen, an denen sich die Gitterstäbe jenes goldenen Käfigs kreuzen, den wir uns gebaut haben. Herrliche Zeiten für alle, die von vollständiger Kontrolle träumen. Mittlerweile kann man für jede_n Nutzer_in im Internet einen individuellen goldenen Käfig errichten. Aber manchmal passieren dabei Fehler. Der Gast mit der Maske im Wohnzimmer hat sich direkt neben die Heizung gesetzt. Die Maske schmilzt, und die Konturen des echten Gesichts werden sichtbar. Auf der manipulierten Fensterscheibe taucht ein Fingerabdruck auf, so klar und deutlich wie der Dienststempel einer Militärbehörde.

Ein Computer ist eine Maschine, die Dateien herstellt. Manche Dateien schreiben Sie selbst, andere schreibt der Computer automatisch. Die Verlaufsprotokolle Ihrer Internetnutzung erstellt der Compu-



ter. Auch im Netz passiert vieles ohne Ihr Zutun. Wenn Sie sich zum zweiten Mal bei einer Website anmelden, erinnert sich diese an den Namen, unter dem Sie sich angemeldet haben. Wenn Sie sich auf einer gefälschten Website anmelden, gelangen die Betreiber_innen der Website an Ihr Passwort. Wenn Sie auf einen präparierten Link klicken, befällt Spionagesoftware Ihren Computer. Malware nennt man sie, ein Wort gebildet aus »malus« (schlecht) und Software.

Die Menschen, die heimlich Heuschrecken züchten, also Malware schreiben, um politische Aktivist_innen mit den Waffen der Einschüchterung kleinzuwickeln, wissen, wie sie ihre Spuren verwischen müssen. Aber im Jahr 2017 waren ein paar von ihnen unvorsichtig. Einer hatte übersehen, dass seine echte Email-Adresse automatisch in eine Website kopiert worden war, auf der sich Menschen treffen, die darüber diskutieren, wie man richtig gute, also richtig fiese Malware schreibt. Ein anderer zeigte für einen Augenblick Spuren seiner Arbeit im Netz, die geheim bleiben sollten. In der Packung mit dem kontaminierten Reis lag ganz unten der Fitzel einer Rechnung für Heuschreckenfutter, die sich zurückverfolgen ließ. Jetzt war es Zeit für den Auftritt des/der mutigen Ermittler_in. Im Fall der Aktivistin, die 2017 Opfer eines Angriffs wurde, war es eine ganze Reihe

von digitalen Detektiv_innen, die Beweise auf drei Kontinenten zusammentrugen.

Eine lange und sehr technische Schnitzeljagd führte von Pakistan über Kanada nach Frankreich, über Deutschland, Großbritannien und Kalifornien wieder zurück nach Pakistan. Auf dem Weg lagen mehrere Websites, die man als Durchschnittsuser_in besser nicht besucht. Die Recherchen enttarnten ein Netzwerk, zu dem der unvorsichtige Heuschreckenzüchter ebenso gehörte wie Mitarbeiter_innen einer Abteilung, die in Pakistan für die Öffentlichkeitsarbeit sämtlicher Sicherheits- und Militärbehörden zuständig ist.

In manchen Ländern können Sie im Supermarkt eine Pumpgun kaufen, im Netz gibt es Spionageprogramme an so manchem Kiosk. Einige Programme sind legal und werden für kriminelle Zwecke verändert. Einige Programmierer_innen leben davon, Heuschrecken zu züchten. Einige digitale Detektiv_innen arbeiten bei Softwarefirmen, die wollen, dass die Branche nach Recht und Gesetz agiert. Der Hersteller einer App, die Telefonanrufe heimlich abhört und aufnimmt, wirbt für diese als Schutzvorrichtung, mit der Eltern ihre Kinder kontrollieren können. Für ein autoritäres Regime sind alle Bürger_innen unmündig. Es muss sie überwachen und vor sich selbst schützen.

Als das Netzwerk der Einschüchterung

aufgeflogen war, gab es keinen Showdown. Es war nur ein Etappensieg. Es hagelte keine Kugeln, sondern offene Briefe und Handlungsaufforderungen. Amnesty International ließ keine Fäuste sprechen wie Angelina Jolie oder Humphrey Bogart, sondern internationale Vereinbarungen: die UN-Erklärung zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen von 1998; dazu die UN-Resolution von 2014, die besonders Aktivist_innen schützt, die sich für Frauenrechte einsetzen. Die gezielte Attacke hatte sich gegen Diep Saeeda aus Pakistan gerichtet. Durch falsche Links mit angeblichen Informationen über ihren verschleppten Mitstreiter Raza Khan wollte man sie in eine Falle locken.

Niemand darf die Monster Misstrauen und Angst auf Menschenrechtsaktivist_innen hetzen. Verschleppungen und Techniken digitaler Einschüchterung müssen aufhören. Justiz und Politik müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. ♦

Ralf Oberndörfer ist Krimiautor, Jurist und arbeitet als freiberuflicher Rechtshistoriker in Berlin, www.histox.de.

Hier geht es zum
Amnesty-Bericht:



Hauptsache gut vernetzt

Die Organisation She Code Africa bietet in Nigeria kostenlose Programmierkurse an. Damit bringt sie Frauen in die IT-Branche und stärkt ihr Selbstbewusstsein. **Von Frank Odenthal**

Ich bin auf dem Land aufgewachsen«, sagt Ruth Ikegah. »Meine Familie hatte keinen Computer.« Erst in der High School in der nigerianischen Stadt Lagos habe sie einen Laptop bekommen. Den musste sie sich mit einigen Mitschülern teilen. Ihre Mitschülerinnen hatten andere Interessen. »Es waren nur wenige Mädchen in meiner Klasse, die sich für Computer und Informationstechnologie interessierten.«

Doch bei Ruth Ikegah weckte der Laptop Begeisterung. Schnell wollte sie tiefer einsteigen: die Programme darauf nicht nur nutzen, sondern am liebsten selbst programmieren. Ikegah erzählt, dass sie versucht habe, sich die Programmiersprache Python in Eigenregie beizubringen. Das habe aber nicht sonderlich gut geklappt. Eine Freundin machte sie dann auf das Mentor_innenprogramm von She Code Africa aufmerksam. Dort erlebte sie zum ersten Mal, dass sie nicht allein war, sondern dass es viele andere Frauen gab, die ihr Interesse an Informationstechnologie teilten.

»Sich mit anderen Frauen austauschen zu können, über Probleme sprechen zu können, die besonders Frauen betreffen, fand ich ungemein hilfreich«, sagt Ikegah. »Es stärkt das Selbstbewusstsein, wenn man erkennt, dass man mit seinen Schwierigkeiten nicht allein ist und es anderen Frauen ähnlich geht.« Vor allem bestätigte sich, was sie schon immer vermutet hatte: dass Frauen genauso gut programmieren können wie Männer. »Einem Computercode sieht man nicht

an, ob er von einer Frau oder einem Mann programmiert wurde.«

Frauen sind im IT-Bereich bis heute unterrepräsentiert – nicht nur in Nigeria. Die digitale Welt kann für viele Frauen jedoch befreiend wirken und sie stärken. Schließlich bietet sie unzählige Möglichkeiten der Vernetzung. Außerdem ist es für Frauen und Mädchen leichter, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, wenn sie einen anspruchsvollen Beruf ausüben und damit ihr eigenes Geld verdienen.

Hier setzt das Programm She Code Africa an: Es ermutigt junge Frauen, sich mit Informationstechnologien zu beschäftigen und im IT-Bereich Fuß zu fassen.

»Es ging uns darum, jungen Frauen eine Plattform zu bieten«, sagt Ada Nduka Oyom, die die Initiative 2016 in Lagos gründete. Ihr Engagement für She Code Africa ist ehrenamtlich. Das gilt auch für ihre inzwischen 26 Kolleg_innen. Ada Nduka Oyom verdient ihr Geld als Managerin bei Google und ist dort für das sub-



saharische Afrika zuständig. Ihre Initiative ist mittlerweile an 30 Orten aktiv – nicht nur in Nigeria, sondern auch in Ghana, Kenia, Ruanda und Kamerun. Es ist ein Netz aus Freiwilligen, das jungen Frauen, die sich für IT-Berufe interessieren, in den Städten, aber auch im ländlichen Raum eine Anlaufstelle bietet.

»Viele junge Frauen wollten sich nicht nur vernetzen, sondern fragten konkrete Weiterbildungen im IT-Bereich nach«, sagt sie. »Also haben wir neben Workshops vor Ort auch Onlinekurse angeboten.« Besitzen die Frauen keinen eigenen Computer, versucht She Code Africa ihnen einen zur Verfügung zu stellen.

Gerade auf dem Land ist der Zugang zu Informationstechnologie in Nigeria oftmals schwierig. Zwar sind Mobiltelefone weit verbreitet, aber anspruchsvollere Geräte, wie Laptops oder Smartphones, mit denen man das Internet nutzen und sich mit der digitalen Welt vernetzen kann, stehen nicht allen Menschen zur Verfügung. Und dennoch finden einige junge Frauen ihren Weg, um erste Programmierversuche zu starten. »Manche Mädchen berichten, sie würden mühsam versuchen, mit ihren Handys zu programmieren«, sagt Ada Nduka Oyom. Die 26-Jährige kennt das Gefühl, keinen Zugang zur nötigen Hardware zu haben. Sie ist mit drei Geschwistern aufgewachsen. Erst gegen Ende ihrer Schulzeit stand ihr ein Laptop zur Verfügung,

den sie sich aber mit ihren Geschwistern teilen musste.

Die Kurse von She Code Africa sind für die Teilnehmerinnen kostenlos. Entsprechend groß ist die Nachfrage. »Wir haben im Schnitt rund 500 Bewerberinnen für unsere Programme«, sagt Ada Nduka Oyom. »Bei den beliebtesten Angeboten sind es deutlich mehr.« Deshalb gebe es eine Obergrenze, die je nach Kurs bei 200 oder auch nur bei 30 Frauen liegt. Am populärsten ist das Mentor_innenprogramm. Frauen und Männer, die den Sprung in die IT-Branche geschafft haben, stehen den Teilnehmerinnen Rede und Antwort und geben hilfreiche Tipps, wie eine Karriere in diesem Bereich gelingen kann.

Neben Online-Schulungen führt die Initiative auch regelmäßig Veranstaltungen vor Ort durch, zuletzt einen »Hackathon«, bei dem sich Frauen gemeinsam Wissen rund um das Programmieren von Onlineshops und das Geldverdienen im Netz erarbeitet haben. Auch Wochenend-Crashkurse erfreuen sich großer Beliebtheit, sagt Ada Nduka Oyom. »Und ab dem nächsten Jahr wollen wir hybride Kurse anbieten, die teils online und teils in Präsenzschulungen stattfinden sollen.«

Der fehlende Zugang zu geeigneten Geräten ist nicht die einzige Hürde für Frauen in der IT-Branche. »Es gibt noch zu viele Zugangsschranken«, sagt Ada Nduka Oyom, zum Beispiel die, immer wieder auf das Geschlecht angesprochen zu wer-

»Meine Familie hatte keinen Computer.«

Ruth Ikegah,
Programmiererin

den. »Damit suggeriert man den Frauen, sie werden gefördert, weil sie Frauen sind, nicht weil sie qualifiziert sind. Man gibt ihnen zu verstehen, eigentlich verdienen sie keinen Job in der IT-Branche.« Hinzu komme, dass oftmals weibliche Vorbilder fehlten.

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Hürde für junge Frauen auf Jobsuche sind sexuelle Belästigungen. »Jede fünfte Frau, die sich bei uns für eine Schulung bewirbt, berichtet, sie habe bei der Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen gemacht«, sagt Ada Nduka Oyom. Umso wichtiger ist es, dass Mädchen und junge Frauen die Möglichkeit haben, sich zu vernetzen und gegenseitig zu stärken.

Ruth Ikegah hat ihre Ausbildung bei She Code Africa genutzt, um in der IT-Branche Fuß zu fassen. Sie arbeitet inzwischen als Python-Programmiererin und technische Redakteurin für ein US-Softwareunternehmen. Und für She Code Africa steht sie als Mentorin zur Verfügung und unterrichtet Open-Source-Programmierung. ♦



Frauen bei Workshops von She Code Africa. Lagos, Nigeria, 2019.

Fotos: She Code Africa



»Wir wissen, dass mit unseren
Daten gehandelt wird«:
Undatiertes Selfie in New York, USA.
Foto: Oscar Bjarnason / Cavan Images / laif

»Die Privatsphäre hat eine wichtige Funktion für unsere Autonomie«

Warum sind uns die privaten Daten überhaupt so wichtig?
Die Medienwissenschaftlerin **Petra Grimm** spricht über Ungewissheit,
Diskriminierung und geschützte Räume im Netz.

Wann hatten Sie zuletzt Angst vor Eingriffen in Ihre Privatsphäre?

Ich würde nicht von Angst reden, sondern eher von Bedenken. Die habe ich häufig, wenn ich mich im Internet bewege. Wir sind dort permanent mit Situationen konfrontiert, in denen es um den Schutz persönlicher Daten geht. Wenn ich online etwas bestelle und Daten von mir preisgebe, weiß ich nicht, was damit passiert. Die Erfassung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist intransparent, das führt zu einem mulmigen Gefühl.

Es sind also weniger konkrete Bedenken als eine allgemeine Stimmung der Ungewissheit?

Wir wissen schon, dass mit unseren Daten gehandelt wird. Aber die konkreten Folgen können wir kaum abschätzen und haben deshalb ein ungutes Gefühl. Auch wenn wir von informierter Einwilligung sprechen, wissen wir, dass kaum jemand die AGB liest und man uninformiert vielen Dingen zustimmt. Weil es praktikabel ist, geben wir nach und machen ein Häkchen. Solange die Geschäftsmodelle im Internet darauf ausgelegt sind, Daten abzugreifen und zu kommerzialisieren, werden wir als Nutzer_innen auch nicht in der Lage sein, unsere Privatheit konsequent zu schützen.

Warum ist uns Menschen die Privatsphäre überhaupt so wichtig?

Die Privatsphäre hat eine wichtige Funktion für unsere Autonomie. Wenn wir eine Privatsphäre haben, können wir letztlich verhindern, von anderen manipuliert zu werden. Sie schützt uns davor, von anderen dominiert oder bloßgestellt zu werden. Nehmen wir das Beispiel Citizen Score in China [siehe Amnesty Journal 03/2019]. Während Bürger_innen überwacht werden, werden sie permanent kontrolliert. Die Menschen verfügen nicht mehr über die selbstbestimmte Fähigkeit, zu handeln. Sie werden mit Diskriminierung konfrontiert, wenn sie etwas tun, das nicht der Norm entspricht.

Das heißt, wir begeben uns automatisch in eine Abhängigkeit, wenn wir auf unsere Privatsphäre verzichten?

Wir sind manipulierbar, wenn zum Beispiel Persönlichkeitsprofile von uns erstellt werden, die auf psychologischen Eigenschaften basieren. Anbieter_innen nutzen die Profile, um uns zum Kauf zu motivieren – von Dingen, von denen wir vorher nicht wussten, dass wir sie überhaupt wollen. Die Privatsphäre trägt dazu bei, dass wir uns in einem geschützten Raum austauschen können. Dort sprechen wir über Dinge, die vielleicht nicht

für die Öffentlichkeit bestimmt sind und die uns gefährden könnten.

Da wären wir wieder beim Schutz vor Diskriminierung.

Richtig. Schauen Sie sich zum Beispiel die Online-Netzwerke an. Wenn Sie auf Facebook oder Instagram sind, sollen Sie dort Privates von sich preisgeben. Jugendliche beispielsweise werden dazu gebracht, Dinge preiszugeben, um Aufmerksamkeit und Anerkennung zu bekommen. Das ist dem System immanent, anders würde es gar nicht funktionieren. Es kann aber auch zur Folge haben, dass andere sich über sie lustig machen, bösartige Kommentare schreiben oder Schlimmeres. Indem ich Dinge von mir preisgeben soll, mache ich mich verwundbar.

Wobei wird das in Online-Netzwerken freiwillig tun.

Diese Freiwilligkeit würde ich bezweifeln, weil die sogenannten sozialen Medien nach bestimmten Prinzipien funktionieren: Es geht um Wettbewerb und darum, sich mit anderen zu vergleichen.

Und unter welchen Umständen ist der unfreiwillige Eingriff in die Privatsphäre gerechtfertigt?

In den achtziger Jahren haben wir über das Thema gesprochen, als es darum ging, Gewalt im häuslichen oder familiären Bereich zu unterbinden. Es ist nicht mehr privat, wenn ich in der Ehe oder in der Familie Gewalt anwende. Die Frage ist, wo der private Bereich endet. Denken Sie auch an Kinderpornografie oder Missbrauch, da sind wir nicht mehr im privaten, sondern im strafrechtlichen Bereich.

Ist es also dann gerechtfertigt, wenn es um die Sicherheit anderer geht?

Es geht nicht nur um Sicherheit. Ich würde sagen, es hat auch etwas mit Würde zu tun.

Eingriffe in die Privatsphäre können lebensbedrohlich sein, zum Beispiel für Menschenrechtsverteidiger_innen in repressiven Staaten. Dort dient die Privatsphäre der Sicherheit...

Ich muss mit der Privatsphäre auch Akteur_innen schützen, die sich in einem nicht demokratischen Staat politisch organisieren. Ob Eingriffe gerechtfertigt sind, hängt letztlich vom Zweck ab.

Wäre ein Internet denkbar, das ethischen Ansprüchen gerecht wird?

Ich habe immer wieder für ein alternatives Facebook plädiert: eine Internetplattform, die nicht aus finanziellen Gründen betrieben wird, sondern aus Gründen des Gemeinwohls.

Wie sähe solch ein Facebook in der besten aller möglichen Welten aus?

Es würde sicherstellen, dass ich Transparenz darüber habe, was mit meinen Daten passiert. Außerdem müsste es mode-

riert werden. Es dürfte dort keine Gruppen geben, die rechtsextreme Propaganda verbreiten. Vielmehr müsste eine demokratische, freiheitliche Kommunikationsstruktur vorherrschen. Der Austausch müsste ein echter Dialog sein und dürfte nicht aus Demütigungen und Verletzungen bestehen. Man könnte auch sagen: Facebook müsste zivilisiert werden.

Das klingt auch nach mehr Kontrolle – ein neues ethisches Dilemma?

Am besten wäre eine Art Selbstkontrolle.

Das heißt?

Dass Nutzer_innen schon ein gewisses Werteverständnis gegeben ist und man nicht gleich mit Aggressionen reagiert, wenn einem etwas nicht gefällt. Es müsste selbstverständlich sein, seine Gefühle zu kontrollieren und maßvoll zu reagieren, also einen Beitrag nochmal in Ruhe zu lesen und sich zu überlegen, wie man dem Argument des anderen mit Gegenargumenten begegnen kann. Ich denke an einen ethischen Dialog oder Diskurs, in dem das Gegenüber mit einer gewissen Wertschätzung behandelt wird.

Da wären wir wieder bei der Autonomie der Nutzer_innen, von der Sie anfangs sprachen. Geht mit ihr auch eine große Verantwortung einher?

Wir müssten auch verantwortungsbewusster werden. Es müsste den einzelnen Nutzer_innen klar sein, dass die Kommunikationsinhalte im Netz nicht folgenlos sind. Diese Selbstreflexion ist notwendig. Sie muss eingeübt werden. Um es mit Aristoteles zu sagen: Wenn Sie einen Charakter ausbilden wollen, genügt der theoretische Austausch nicht. Da ist das eigene Handeln gefragt.

Sehen Sie die Schulen in der Pflicht?

Das wäre eine Aufgabe der Pädagogik, ja. Man muss zuerst lernen, mit anderen kommunikativ umzugehen. Und es geht um die Frage, wie ich den anderen wertschätzen und achten kann. Wir müssen außerdem lernen, wie ich mir eine Meinung bilde, ohne mir einfach aus dem Bauch heraus etwas zu überlegen, sondern mir bewusst darüber werde, wie ich zu meiner Meinung komme. ♦

Petra Grimm, Jahrgang 1962, ist Professorin für Medienforschung und Kommunikationswissenschaft. Sie leitet das Institut für Digitale Ethik an der Hochschule der Medien in Stuttgart.



Foto: HdM Stuttgart



Für Werbung und Profite tracken Facebook und Google unsere Handlungen. Sie erstellen immer detailliertere Profile über ihre Nutzer_innen. Die Interactive Media Foundation, die mit Amnesty zusammenarbeitet, hat ein Portal erstellt, in dem du herausfinden kannst, was das eigentlich genau bedeutet.

„Your Data Mirror“ erklärt, welche deiner persönlichen Daten gesammelt werden und was das für dich und unsere Gesellschaft bedeutet. Finde heraus, wie du dich und andere schützen kannst. So übernimmst du Verantwortung und verteidigst die Menschenrechte im Netz.

Hol dir deine Meinung zurück auf yourdatamirror.com

ein Projekt der Interactive Media Foundation mit inhaltlicher Unterstützung von Amnesty International



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



**WAS MACHEN
FACEBOOK UND GOOGLE
MIT UNSEREN
DATEN?**





Bei ihrer Arbeit in Tuzla, Oktober 2021:
die forensische Anthropologin Dragana Vučetić.

Weitersuchen, weiterarbeiten

Die forensische Anthropologin Dragana Vučetić identifiziert im ostbosnischen Tuzla die Toten von Srebrenica. Der Überlebende Ramiz Nukić sammelt in den Wäldern Knochen von Ermordeten. Ihre Arbeit ist wichtig für die Aufklärung von Massenmorden.
Von Keno Verseck (Text) und Jasmin Brutus (Fotos)

Zehntausende menschliche Knochen hat die Anthropologin Dragana Vučetić schon in den Händen gehabt, Tausende Skelette von Ermordeten wieder zusammengesetzt. Sie macht das seit 16 Jahren, empfindet aber keine Routine. Man kann sich nicht an das Grauen gewöhnen, sagt sie.

Diesmal liegen im Untersuchungsraum die Überreste einer Frau, eines kleinen Kindes und eines Säuglings. Sie wurden auf einem Friedhof im ostbosnischen Ort Bratunac gefunden, wenige Kilometer nördlich von Srebrenica. Die drei wurden während des Bosnienkrieges ermordet und verscharrt.

Die Anthropologin zieht ein hellblaues Arbeitshemd an, streift Latexhandschuhe über und schüttet den Inhalt eines Plastiksackes vorsichtig auf einen Autopsietisch: ein größerer Schädel, die Hälfte eines kleineren Schädels, Dutzende Knochen, Erd- und Pflanzenreste, kleine Textilfetzen. Die Überbleibsel des Säuglings sind separat verpackt. Nun muss Vučetić die Knochen sortieren, fotografieren, vermessen, das geschätzte Alter und Geschlecht der Personen bestimmen und eine Entnahme von Knochen-DNA vorbereiten, damit eine Identifizierung der Toten möglich ist.

Vorsichtig beginnt sie, die Knochen zu untersuchen. Sie erkennt, dass es sich bei der erwachsenen Person tatsächlich um eine junge Frau handelt, wohl um die 25 Jahre alt. Bei dem Kind vermutet sie ein

Alter von fünf bis sechs Jahren. Stück für Stück ordnet sie die Knochen auf den beiden Autopsietischen an, säubert manche, prüft andere auf mögliche Verletzungen.

Nach zwei Stunden liegen die Knochen jeweils zu einer Skelettforngeordnet. Ernst schaut Vučetić auf die beiden Skelette, während sie ihre Handschuhe abstreift. Es ist ein seltsamer Moment. Schmerzhaft, aber auch hoffnungsvoll: Am Anfang war nur ein Knochenhaufen. Nun liegen dort die Silhouetten zweier Menschen. Vielleicht wird bald klar, wer sie waren und wie sie starben. Nun bekommen sie, Schritt für Schritt, ihre Identität zurück.

Das Podrinje Identification Project

Dragana Vučetić, 42 Jahre alt, arbeitet als forensische Anthropologin am Podrinje Identification Project (PIP) in der ostbosnischen Großstadt Tuzla. Dort werden seit 2004 die Opfer des Völkermordes von Srebrenica und die Opfer anderer Massenmorde in Ostbosnien während des Krieges in den Jahren 1992 bis 1995 identifiziert. Das Projekt wurde von der Internationalen Kommission für vermisste Personen (ICMP) ins Leben gerufen, die 1996 für die verschwundenen Opfer des Bosnienkrieges gegründet worden war und die inzwischen weltweit in Kriegs-, Konflikt- oder Katastrophengebieten tätig ist.

Am PIP Tuzla wurden dank vergleichender DNA-Analysen von Ermordeten und ihren überlebenden Angehörigen

**»Warum wird das so oft geleugnet? Wir haben doch die Fakten.«
Dragana Vučetić**

bisher rund 7.000 vermisste Personen aus Ostbosnien identifiziert, die meisten von ihnen Opfer des Völkermordes von Srebrenica. Dabei töteten Soldaten der bosnisch-serbischen Armee und Kämpfer aus Serbien, angeführt vom damaligen General Ratko Mladić, im Juli 1995 binnen weniger Tage mehr als 8.000 Menschen, fast ausschließlich bosniakische Männer und Jungen. Es war das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Europa seit dem Holocaust und dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die Arbeit des PIP ist von unschätzbare Bedeutung: Einzig durch sie können Angehörige verschwundener Ermordeter die sterblichen Überreste ihrer Liebsten zurückerhalten und bestatten; oft erfahren sie auch, wo und wie sie getötet wurden. Viele können erst danach mit dem Tod der Angehörigen abschließen – oft nach Jahren oder Jahrzehnten qualender Ungewissheit über das Schicksal ihrer Verwandten. Und die Arbeit des PIP ist auch von internationaler Bedeutung: Die Technologie der Extraktion von Knochen-DNA und der Abgleich mit DNA von Familienangehörigen wurde erstmals in Tuzla eingesetzt und perfektioniert. Sie kommt



Dragana Vučetić untersucht Knochen, Tuzla, Oktober 2021.

Ramiz Nukić
im Oktober 2021
in Kamenice.



inzwischen weltweit bei der Identifizierung von Vermissten zur Anwendung.

Das PIP lieferte und liefert wichtiges Anklagematerial für die Prozesse gegen Kriegsverbrecher vor dem Jugoslawien-Tribunal in Den Haag und vor Gerichten in Bosnien-Herzegowina. Nicht zuletzt aber ist die Arbeit des PIP auch wichtig, um der Völkermordleugnung etwas Unwiderlegbares entgegenzusetzen. Denn in der Republika Srpska, dem serbisch dominierten Landesteil Bosnien-Herzegowinas, und in Serbien gehört die Leugnung oder systematische Relativierung des Völkermordes von Srebrenica wie auch die Verherrlichung von Kriegsverbrechern in wachsendem Maße zur Staatsräson.

Viele Leugner_innen behaupten, es habe in Srebrenica nur zwei- bis dreitausend bosniakische Opfer gegeben. Viele von ihnen seien Soldaten gewesen und im Kampf gefallen oder hätten Suizid begangen. Von Genozid – wie ihn der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) festgestellt hat – könne keine Rede sein. Zugleich habe es in und um Srebrenica Tausende serbische Opfer gegeben, über die niemand rede.

Dragana Vučetić war 15 Jahre alt und Schülerin, als der Völkermord in Srebrenica begangen wurde. Sie ist Serbin, geboren in der Kleinstadt Šabac. Der Ort liegt nur 100 Kilometer nördlich von Srebrenica und nur 30 Kilometer östlich der bosnischen Grenze. Dennoch, erzählt Vučetić, habe sie damals fast nichts vom Krieg

»Ich wollte meinen Vater und meine Brüder suchen.« Ramiz Nukić

im Nachbarland mitbekommen. Er sei in ihrer Familie und in ihrer Umgebung kaum ein Thema gewesen.

Sie träumte davon, Archäologin zu werden und in Ägypten großartige Entdeckungen zu machen. Tatsächlich studierte sie Archäologie und Anthropologie in Belgrad und erforschte für ihre Diplomarbeit Bronzezeitfunde in der Nähe ihrer Heimatstadt. Entdeckungsreisen nach Ägypten ergaben sich nicht. Stattdessen hörte sie 2003 von der Internationalen Kommission für vermisste Personen und dem Podrinje Identification Project in Tuzla. Dort suchte man forensische Anthropolog_innen. Tuzla war nur zweieinhalb Stunden Fahrt von Zuhause entfernt. Sie bewarb sich und wurde genommen. Sie ahnte nicht, wie radikal sich ihr Leben dadurch ändern sollte.

Anfangs musste sich Vučetić über die Einzelheiten des Völkermordes von Srebrenica informieren. »Ich hatte vorher keine Ahnung«, sagt sie. »Es war sehr verstörend, zu erfahren, wie viele Menschen ermordet wurden. Bis heute fällt es mir schwer, zu verstehen, warum das passiert ist und wieso es immer noch so oft gelehnet wird. Wir haben doch die Fakten.«

Sie erinnert sich an ihren ersten Einsatz bei der Öffnung eines Massengrabes. Es war im Sommer 2004 nahe des Dorfes Blječeva, elf Kilometer nördlich von Srebrenica. Dort wurden damals etwa 250 ermordete Männer und Jungen exhumiert. »Beim Anblick der vielen Toten wurde mir plötzlich das Ausmaß dieses Verbrechens klar«, erzählt Vučetić. »Die Leichen waren noch nicht vollständig verwest, es roch sehr stark. Nach der Arbeit möchtest du die Bilder vergessen und nicht mehr nachdenken, aber dieser Geruch bleibt in deiner Nase. Diese Anfangszeit war hart. Es war die Zeit, in der ich erwachsen wurde.«

Rucksäcke, Trinkflaschen, Messer

Nur einige hundert Meter Luftlinie entfernt von dem Ort, an dem Vučetić ihr erstes Massengrab sah, lebt der Bauer Ramiz Nukić. Er hätte in Blječeva verscharrt sein können. Aber er hat überlebt. Und er ist zurückgekehrt an den Ort seiner Kindheit und Jugend, an den Ort des Völkermordes. Er wohnt in einem einsam gelegenen Haus am Hang eines Hügels, inmitten von Wald und Heuwiesen, zusam-

men mit seiner Frau. Oft kommen seine sechs erwachsenen Kinder und seine Enkel aus den umliegenden Dörfern zu Besuch.

Nukić hat nach der Jahrtausendwende, als Bosniak_innen wieder in ihre einst »ethnisch gesäuberten« Heimatgegenden in Ostbosnien zurückkehren konnten, nicht nur sein zerstörtes Haus wieder aufgebaut. Der Überlebende sucht seitdem auch nach den Toten. Sobald er Zeit hat, fährt er in die umliegenden Wälder und durchkämmt sie nach alter Kleidung und Schuhen, nach den wenigen Gegenständen, die die Ermordeten dabei hatten, Rucksäcke, Trinkflaschen, Messer – und auch nach Knochen. Kleidung und Gegenstände holen Mitarbeiter des Srebrenica Memorial ab, der Gedenkstätte des Völkermordes. Für Knochen kommen Mitarbeiter des PIP aus Tuzla. Sie dokumentieren die Funde an Ort und Stelle kriminalistisch, dann werden die Knochen zum PIP gebracht.

Die Überreste von etwa 300 Menschen hat Nukić inzwischen gefunden. Er hat nie ein Anatomielehrbuch studiert und kann dennoch menschliche von tierischen Knochen unterscheiden und sie oft sogar Körperteilen zuordnen. »Er ist ein außergewöhnlicher Mann«, sagt Dragana Vučić. »Selbst wir Experten können einzelne Knochen im Wald nur schwer erkennen, denn oft sind sie kaum von Stöcken zu unterscheiden. Aber Nukić hat ein gutes Auge.«

Der 60-Jährige kennt die Gegend in- und auswendig. Im März 1993 musste die Familie Haus und Hof verlassen und in die nahegelegene Enklave Srebrenica ziehen. In der Nacht des 11. Juli 1995, wenige Stunden nach dem Fall der Enklave und dem Einmarsch der Truppen Mladićs, war Nukić unter den rund 15.000 Männern und Jugendlichen, die flüchteten und sich auf den »Todesmarsch von Srebrenica« begaben, um das befreite Gebiet in Tuzla zu erreichen, 70 Kilometer nordwestlich.

Am Morgen des 12. Juli 1995 geriet die Kolonne in einen Hinterhalt, wenige hundert Meter vom einstigen Wohnort der Familie Nukić entfernt. Im Granatenhagel starben Hunderte Menschen. Ramiz Nukić überlebte und lief mit dem Rest der Kolonne tagelang weiter. Seinen Vater und zwei seiner Brüder hat er in den Wirren des Hinterhalts verloren. Sie wurden, wie er später erfuhr, gefangengenommen und erschossen.

Im Jahr 2002 kehrte er zurück an seinen Geburtsort, an den Schauplatz des Völkermordes. Er fand Ermordete im Keller seines zerstörten Hauses. Und baute es wieder auf, um darin zu wohnen. Wie

konnte er das aushalten? »Ich bin zurückgekehrt, weil ich keinen anderen Platz zum Leben hatte«, sagt Nukić. »Aber der eigentliche Grund war, dass ich meinen Vater und meine Brüder suchen wollte.«

Eine Botschaft an die Welt

An einem nasskalten Tag im Spätherbst steigt Nukić auf seinen Traktor und fährt zu jenem Hügel des Hinterhalts vom 12. Juli 1995. Dann geht er mit einem Stock in der Hand durch den Wald und untersucht die Laubschicht nach Gegenständen und Knochen. Diesmal findet er nichts. Aber er zeigt Schuhe, einen Pullover, eine Blechdose und ein Knochenstück, die er in den Tagen zuvor entdeckt und an der

Identität des bosnischen Staates geht. Auch bezahlt ihn niemand für seine Suche. Nukić und seine Frau leben in ärmlichen Verhältnissen. Sie züchten Schafe und könnten Unterstützung gebrauchen. Doch Nukić klagt nicht. Er sagt: »Ich werde weitersuchen, solange ich kann.«

Auch Dragana Vučić sagt, sie werde in Tuzla so lange weiterarbeiten, wie es nötig sei. Sie ist eine eher stille Frau. Sie spricht ungern über ihre Rolle bei der Identifizierung der Toten, sondern betont, dass es um Teamarbeit gehe. Manchen Überlebenden bedeutet es viel, dass sie als Serbin Aufklärung leistet, sie empfinden es als Hoffnungsschimmer angesichts der unter vielen Serb_innen ver-



Ramiz Nukić im Wald,
Oktober 2021
nahe Kamenice.

Fundstelle versteckt hat, bis sie abgeholt werden.

Nukić sucht und sucht, seit fast zwei Jahrzehnten. Er würde es sonst wohl nicht aushalten, dort zu leben. Seinen Vater und seine Brüder hat er nicht gefunden. Ihre Überreste wurden 2008 in einem weit entfernten Massengrab entdeckt. Dennoch macht er weiter. Er möchte all jenen helfen, die verzweifelt auf die Überreste ihrer geliebten Angehörigen warten.

Niemand sonst in Ostbosnien sucht privat so unermüdlich und seit so langer Zeit nach den Opfern des Völkermordes. Viele Medien in Bosnien haben über Ramiz Nukić berichtet, einige hochrangige Politiker besuchten ihn. Aber keine Regierung hat ihn je ausgezeichnet – obwohl die Erinnerung an den Völkermord von Srebrenica zentral ist, wenn es um die

breiteten Leugnung des Völkermordes. Vučić mag es nicht, wenn man ihre Herkunft betont. »Ich bin in erster Linie Mensch, Frau und Teil eines Teams, das nicht auf die Ethnie schaut«, sagt sie.

Wie geht sie mit der Leugnung des Völkermordes um? »Manche Leute lassen sich nicht von den Fakten überzeugen, die wir am PIP wissenschaftlich erbringen«, sagt sie. »Wichtig ist, dass wir unsere Arbeit für die überlebenden Familien fortführen. Und dass wir eine Botschaft an die Welt und auch an uns selbst senden: Nicht zu vergessen, was passiert ist.« ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app

»Indigene Rechte und viel mehr«

Die chilenische Regierung hat über den Süden des Landes, wo viele Angehörige der Mapuche leben, den Ausnahmezustand verhängt. Für Besserung könnte eine neue Verfassung sorgen, an deren Entstehung die Menschenrechtsaktivistin **Natividad Llanquileo Pilquimán** beteiligt ist. Ein Gespräch über zu wenig Land, zu viel Polizei und eine große Hoffnung.

Interview: Elias Dehnen

Im Oktober verhängte der chilenische Präsident Sebastián Piñera über vier südliche Provinzen den Ausnahmezustand. Welche Folgen hat das für die vielen indigenen Mapuche-Gemeinden?

Wir sehen uns schon länger mit einer erhöhten Präsenz von Sondereinheiten der Polizei konfrontiert. Neben schwer bewaffneter Polizei ist nun auch das Militär im Süden präsent. Im November wurden zwei Mapuche-Aktivist_innen getötet. Es ist kein Zufall, dass dies in den Gebieten passiert ist, in denen wir Land zurückfordern. Piñera verteidigt die Interessen der Holzindustrie. Einige der Forstunternehmen gehören den reichsten Familien Chiles. Ihre Expansionspläne zu fördern, scheint wichtiger zu sein, als die Menschenrechte zu schützen. Gerade für Kinder und Jugendliche hat die erhöhte Polizei- und Militärpräsenz traumatische Folgen. Viele Eltern berichten, dass ihre Kinder unter Schlafstörungen leiden. Immer wieder kommt es zu willkürlichen Personenkontrollen und Festnahmen. Derzeit befinden sich mehr als 40 indigene Menschenrechtsaktivist_innen in Haft. Menschenrechtsorganisationen haben festgestellt, dass Angehörige der Mapuche unverhältnismäßig lange in Untersuchungshaft gehalten werden.

Wie konnte der Konflikt derart eskalieren?

Es ist der chilenische Staat, der den Konflikt mit den Mapuche sucht. Als zuerst

Spanien – ohne Erfolg – und später Chile unser Gebiet kolonisieren wollte, sprach man von einer »Befriedung« oder »Zivilisierung« der südlichen Gebiete. Dieses Narrativ geistert noch immer durch die Köpfe vieler Chilen_innen. Doch das Gegenteil war der Fall: Stück für Stück wurde uns Land weggenommen. Viele Angehörige indigener Bevölkerungen wurden dadurch systematisch in die Armut gedrängt. Die politische Elite hat Chile immer als einheitlichen Staat dargestellt, es hieß: »Hier gibt es keine indigenen Völker.« Die Mapuche wurden als Relikt der Vergangenheit betrachtet, in der Schule besprach man höchstens unsere Folklore – Kleidung, Spiele und Musikinstrumente. Chile wollte sich als moderner Staat präsentieren, und wir waren dabei ein Hindernis. Bis heute hat die chilenische Gesellschaft ihren Rassismus gegenüber den Indigenen nicht überwunden.

Weshalb sind alle politischen Versuche, den Konflikt beizulegen, bisher gescheitert?

Es gab viele Treffen zwischen Angehörigen der Mapuche und Vertreter_innen der jeweiligen Regierungen. Doch Abkommen wurden immer wieder missachtet. Dabei verfügt die Regierung über alle Ressourcen, um die Forderungen der Indigenen nach Landrückgabe zu erfüllen. Was fehlt, ist politischer Wille. Die staatliche Institution Corporación Nacional de Desarrollo Indígena (CONADI) ist dafür zuständig, ursprüngliche Territorien der Mapuche zu kaufen und den indigenen Gemeinschaften zurückzugeben. Das ist eine gute Idee, doch im Jahr 2020 ließ die CONADI öffentliche Gelder ungenutzt,

weil es der Institution wegen der Corona-Einschränkungen nicht gelang, ihrem Mandat nachzukommen.

Gemeinsam mit 155 anderen gewählten Repräsentant_innen erarbeiten Sie derzeit einen Entwurf für eine neue chilenische Verfassung. Ein Grund zur Hoffnung?

Wir sind optimistisch, müssen aber auch realistisch bleiben. Um einen Prozess der Teilhabe zu garantieren, sind die fünf bis acht Monate, die uns noch bleiben, sehr kurz. Wir wollen das Beste daraus machen. Chile hat 2008 das Übereinkommen über indigene und in Stämmen lebende Völker (ILO 169) ratifiziert. Dort ist ein Menschenrechtskatalog aufgeführt, auf den wir uns berufen können, etwa wenn es um Land- und Eigentumsansprüche geht. Wir starten also nicht bei Null. Viele Politiker_innen wollten bisher nichts davon wissen, das könnte sich mit der neuen Verfassung ändern. Wir wollen unsere Rechte jetzt auch effektiv geltend machen. Dafür muss definiert werden, welche Mechanismen und Gerichte die Einhaltung unserer Selbstbestimmungsrechte zukünftig sicherstellen.

Welche Erfahrungen haben Sie bisher in der Verfassungsgebenden Versammlung gemacht?

Es ist ein harter Prozess. Zehn indigene Gruppen mit insgesamt 17 Vertreter_in-

»Chile hat seinen Rassismus gegenüber Indigenen nicht überwunden.«



»Immer wieder kommt es zu willkürlichen Kontrollen und Festnahmen«: Polizeieinsatz in Santiago, 4. November 2021.

Foto: Esteban Felix / AP / pa

nen haben dort eine Stimme. Sieben davon sind Mapuche, jeweils mit heterogenen Positionen. Niemand von uns kann eine alleinige Repräsentation beanspruchen. Dazu kommt, dass uns einige Wege, zu politischen Vereinbarungen zu kommen – etwa durch Hinterzimmergespräche – befremden. Doch wir sehen auch positive Entwicklungen. Viele Menschen, die an der Erarbeitung der neuen Verfassung mitwirken, kommen aus zivilgesellschaftlichen Bewegungen: Angefangen von Lehrern und Anwältinnen über Hausfrauen bis hin zu Sozialarbeitern sind viele neu in der Politik und bringen frischen Wind herein. Kein politischer Block in der Versammlung hat eine Mehrheit, weshalb man auf uns zugehen muss. Nur eine kleine Gruppe von Erzkonservativen möchte die jetzige Verfassung behalten und blockiert, wo sie nur kann. Und konservative Medien versuchen, die öffentliche Meinung über die Verfassungsgebende Versammlung negativ zu beeinflussen.

Was sind Ihre Hauptforderungen?

Chile muss ein multinationaler Staat werden. Das heißt, dass wir Indigene rechtlich anerkannt werden. Es geht uns

nicht nur um kulturelle und sprachliche Aspekte, sondern auch um unsere Gebietsansprüche. Denn eine Nation ohne eigenes Territorium ist keine Nation. Nur so können wir ein Leben nach unseren Traditionen führen. Wir wollen unser Recht auf Selbstbestimmung effektiv wahrnehmen.

Wie sähe das konkret aus?

Wir werden bestimmen, welchen Bildungsweg unsere Kinder durchlaufen und welches Gesundheit- und Rechtssystem wir entwickeln. Zentral ist auch, dass wir im Einklang mit der Umwelt leben wollen. Es wird diskutiert, ob der Natur wie in anderen südamerikanischen Verfassungen eigene Rechte zugesprochen werden. Für uns ist maßgebend, dass unsere Lebensgrundlagen nicht weiter zerstört werden. Ein konkretes Beispiel sind die Pinien- und Eukalyptusplantagen. Wer sie gesehen hat, wird wissen, wovon ich spreche: Alles rundherum stirbt ab, die Vegetation geht ein, das Wasser verschwindet, und es herrscht Dürre. Doch die Forstunternehmen behaupten, sie würden den Regionen Fortschritt und Arbeitsplätze bringen. Dabei sind die

Arbeitsbedingungen oft schlecht und die Arbeitsprozesse stark technologisiert, so dass nur wenige und prekäre Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sollten nicht vergessen, dass wir uns in einem Klimanotstand befinden. Wenn die Menschen die Natur weiter ausbeuten wie bisher, werden wir alle die Auswirkungen der Krise immer stärker zu spüren bekommen. Es geht also um viel mehr als den Schutz indigener Rechte. ♦

Natividad Llanquileo Pilquimán, geboren 1984, ist Rechtsanwältin und gehört den Mapuche an, der größten indigenen Gemeinschaft Chiles.

Als Menschenrechtsaktivistin ist sie Teil der Verfassungsgebenden Versammlung, die bis Mitte 2022 eine neue chilenische Verfassung erarbeitet.

Foto: privat





»Nie dagewesenes zivilgesellschaftliches Engagement«: Klimaprotest am 5. November 2021 in Glasgow. Foto: Ewan Bootmanx/NurPhoto/imagio images

KONFERENZ DER APPELLE

Die Eröffnungsreden der Staats- und Regierungschefs der bislang größten Klimakonferenz COP26 in Glasgow waren ambitioniert. Der britische Premier und Gastgeber Boris Johnson forderte die Länder dazu auf, den Klimaschutz ernster zu nehmen und zu handeln, denn »Versprechen werden nicht mehr sein als blabla.« Mit »blabla« zitierte er die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg.

An die COP, die von einem nie dagewesenen zivilgesellschaftlichen Engagement begleitet wurde, hatte Amnesty zuvor fünf Kernforderungen gestellt: 1,5-Grad-Grenze einhalten, schnellerer Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, höhere Beiträge wohlhabender Länder zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen im Globalen Süden, mehr Geld für am stärksten Betroffene, mehr Bildung und öffentliche Beteiligung beim Klimaschutz.

Zumindest das 1,5-Grad-Ziel wurde in der Abschlusserklärung bekräftigt, allerdings sind die geplanten Maßnahmen ungenügend. Kein Land hat Klimaziele benannt, die für die 1,5-Grad-Grenze reichen, China will sogar erst 2030 damit beginnen, die Emissionen zu senken. Immerhin planen die USA und China, beim Klimaschutz zu kooperieren.

Außerdem wurden Regeln für einen internationalen CO₂-Handel beschlossen. Zur Kompensation der Betroffenen von Klimaschäden soll »ein Dialog geschaffen werden« – eine schwammige Formulierung, die hinter den Forderungen der Hauptbetroffenen zurückbleibt. Wichtig-

ter Punkt des Abschlusspapiers ist die Anpassung nationaler Klimaziele bereits 2022, drei Jahre früher als vorgesehen.

Auf der COP26 entstanden mehr neue Initiativen denn je, etwa zum Schutz des Waldes, zur Senkung der Methanemissionen und zum Ende des Verbrennungsmotors bis 2040. Letztere wurde von 100 Staaten unterzeichnet – nicht aber von Deutschland. Erstmals wurde in einer Abschlusserklärung das Ende der fossilen Brennstoffe erwähnt. Doch wurde in letzter Minute die Formulierung zum Kohleausstieg abgeschwächt, auf einen Ausstieg aus anderen fossilen Energien konnte man sich nicht einigen. COP-Präsident Alok Sharma entschuldigte sich dafür öffentlich. Es blieb eine Konferenz der Appelle, nicht der Entscheidungen. ♦

Patrick Loewenstein

**»Die Klimakatastrophe
steht weiter vor der Tür«
UN-Generalsekretär
António Guterres**

Amnesty-Bericht zu Klimafolgen für
Madagaskar: [Amnesty.de/Madagaskar](https://www.amnesty.de/Madagaskar)

»EIN KATASTROPHALER MISSERFOLG«

Chiara Liguori ist Klimaexpertin von Amnesty International in London. Sie nahm Anfang November an der Klimakonferenz COP26 in Glasgow teil. Über die Ergebnisse eines Gipfels, an den sich große Erwartungen gerichtet hatten.

Interview: Patrick Loewenstein

Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Klimakonferenz?

Die Abschlusserklärung ist vollkommen ungenügend. Es gab zwar Fortschritte im Vergleich zu früheren Konferenzen, aber die Staaten haben sich erneut nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Es wurden keine effektiven Maßnahmen zur realen CO₂-Reduktion getroffen. Auch im Hinblick auf die Menschenrechte war die COP ein katastrophaler Misserfolg: Es fehlen Garantien der Rechte all jener, die unter den Folgen der Klimakrise am meisten leiden. Insbesondere Indigene und Frauen bekommen die Auswirkungen zu spüren.

Gibt es nichts Positives?

Doch, das Engagement für einen unabhängigen Beschwerdemechanismus für Leidtragende der Klimakrise. Positiv ist auch die Absichtserklärung, die Emissionsziele bis 2030 weiter zu senken.

Wie war die COP im Vergleich zu früheren Konferenzen?

Die Erwartungen an die Staaten waren höher als bei allen Konferenzen nach Paris (COP21). Es ging um klare Verpflichtungen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Das ist nicht passiert. Zivile Organisationen forderten im Vorfeld eine gleichwertige Teilnahme von Menschen aus allen Ländern, und die britische Regierung hatte versichert, dass die COP26 die inklusivste aller bisherigen Konferenzen werden würde. Das wurde nur in Teilen umgesetzt, da Repräsentant_innen der Zivilgesellschaft sowie Indigene hohe Hürden zu überwinden hatten, um Veranstaltungen besuchen und einen Beitrag zu den Verhandlungen leisten zu können.

Haben Sie mit politisch Verantwortlichen über die Kernbotschaften von Amnesty gesprochen?

Delegierte von Amnesty haben sich mit Regierungen getroffen, dabei ging es vor allem um einen adäquaten Umgang mit Menschenrechten im Hinblick auf die Regulierung des CO₂-Marktes. Das bedeutet finanzielle Kompensation für ärmere Länder, die unter den Folgen der Klimakrise am meisten leiden. Repräsen-



Foto: Amnesty

tant_innen des Globalen Nordens waren allerdings wenig geneigt, etwas zu unternehmen. Im Abschlusspapier steht lediglich, dass es einen Dialog zum Thema geben soll. Das zeigt aber auch, wie wichtig es ist, genau darüber weiter zu reden.

Worüber haben Sie sich am meisten geärgert?

Am meisten geärgert hat mich, als sich in den letzten Stunden der Konferenz vor allem die reichen Länder, die überwiegend für die Klimakrise verantwortlich sind, weigerten, einen finanziellen Ausgleich für jene zu schaffen, denen die Klimakrise besonders zusetzt.

Was hat sie am meisten gefreut?

Die von Indigenen angeführte Klimademonstration am 6. November mit rund 100.000 Teilnehmer_innen verschiedener Gruppen war spektakulär. Auch die Aktion am letzten Tag war sehr bewegend, als Hunderte Indigene, Bauernvertreter_innen und Umwelt-NGOs beim Verlassen des Konferenzzentrums ein langes rotes Band trugen, das die rote Linie symbolisierte, die die Verhandlungen nicht hätten überschreiten dürfen. Es war sehr inspirierend zu sehen, wie kleinere Länder und die Zivilgesellschaft sich organisiert haben, damit ihre Stimmen gehört werden. Das gibt mir Hoffnung.

Was muss sich bei der nächsten Klimakonferenz ändern?

Alle Vertreter_innen indigener Gruppen und zivilgesellschaftlicher Organisationen müssen vollen Zugang bekommen. Außerdem sollten die Staaten mutigere Entscheidungen treffen. Sie müssen an der schnelleren CO₂-Reduktion arbeiten und ausreichend Geld für die Emissionsreduzierung in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen. Auch brauchen Betroffene der Klimaschäden angemessene Unterstützung – denn der Status quo verletzt die Menschenrechte. Um das zu erreichen, spielt zivilgesellschaftliches Engagement eine große Rolle. ♦

16 Jahre Strafkolonie für nichts

Seit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 sind 115 krimtatarische Aktivist_innen zu teils sehr langen Haftstrafen verurteilt worden. Im September wurden weitere festgenommen. Von der Krim berichtet **Andrzej Rybak**

Krimtataren bei einer Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude in Rostow am Don, September 2020.

Foto: Krymskaja Solidarnost



Sie sind maskiert, bewaffnet und sie kommen im Dutzend. Am 4. September 2021 stürmen zwölf Männer im Dorf Perwo-majskoje auf der Krim das Haus von Nariman Dschelal. Sie sperren seine Frau und vier weinende Kinder in ein Zimmer ein und beginnen, das Haus zu durchsuchen. Sie konfiszieren Dschelals Laptop und Handy, packen den Journalisten und Politiker in ein Auto ohne Kennzeichen und verschwinden spurlos. Dschelal ist stellvertretender Vorsitzender des Medschlis, der wichtigsten politischen Vertretung der Krimtataren.

In der Nacht zuvor waren vier weitere Krimtataren auf ähnliche Weise entführt worden. Weder ihre Familien noch ihre Anwälte erhielten Informationen über ihren Verbleib. Als sich beunruhigte Angehörige in Simferopol, der Hauptstadt der Krim, vor der Zentrale des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB versammelten, wurden 50 von ihnen von einer Sondereinheit der Polizei in einen Bus getrieben und auf die Polizeiwache gebracht. Man warf ihnen Verstöße gegen die Versammlungsregeln während der Pandemie und Widerstand gegen die Polizei vor.

Nur wenige Tage später präsentierte der FSB ein Video mit Geständnissen, die Dschelal belasten sollten. Darin erzählen die Brüder Asis und Asan Achtjomow, sie hätten am 23. August einen Anschlag auf eine Gasleitung im Dorf Perewalnoje ver-

übt. Ukrainische Geheimdienste hätten ihnen eine Bombe übergeben, die in einem Käselaib versteckt gewesen sei. »Ich habe mit meinem Messer eine Kuhle in die Erde gegraben und sie dort deponiert«, sagt Asan Achtjomow in dem Video. »Dann sind wir weggefahren.« Ein paar Stunden später sei die Bombe explodiert. Für ihren Einsatz hätten sie 2.000 Dollar erhalten. Den Kontakt zu den ukrainischen Agenten habe Nariman Dschelal hergestellt.

»Asan Achtjomow hat seine Aussagen unter Folter gemacht«, sagt der krimtatarische Anwalt Ajder Asamatow, der die Verteidigung der Brüder übernommen hat. »Er saß stundenlang mit verbundenen Augen in einem Keller, wurde dort geschlagen und mit Stromschlägen traktiert. Die Folterer drohten, ihn in einen Wald zu bringen und ihn dort zu erschießen.« Aus Angst um sein Leben habe Asan Achtjomow alles gestanden, was die Folterer von ihm verlangten. Asamatow durfte seinen Mandanten erst nach fünf Tagen sprechen. »Er war geistig und körperlich völlig erschöpft, weil er die ganze Zeit kaum schlafen konnte«, sagt der Anwalt. Vor Gericht werde Asan Achtjomow die erzwungenen Aussagen widerrufen.

Im Morgengrauen verschleppt

Das Handlungsmuster der russischen Sicherheitsbehörden ist immer gleich: »Die Leute werden nachts oder im Mor-

»Russland wird vom Geheimdienst FSB regiert.«

Emil Kurbedinow, Anwalt

genrauen verschleppt und dürfen ihre Rechtsbeistände ein, zwei Tage nicht sehen«, sagt Emil Kurbedinow, krimtatarischer Strafverteidiger und Menschenrechtsanwalt in Simferopol. »In dieser Zeit pressen ihnen Verhörspezialist_innen des FSB die Geständnisse ab.« So sei es auch bei den Achtjomows gewesen. Kurbedinow hält die Festnahme von Nariman Dschelal für einen Racheakt des FSB. Der Politiker nahm am 23. August in der ukrainischen Hauptstadt Kiew an der konstituierenden Sitzung der sogenannten Krim-Plattform teil, eines internationalen Koordinationskreises, der sich dafür einsetzen soll, dass die Krim irgendwann wieder zur Ukraine gehört. Für Russland und den FSB sei dies Vaterlandsverrat. »Russland wird nicht von Politiker_innen regiert, sondern vom FSB«, sagt Kurbedinow. »Rache, Einschüchterung und Folter sind die einzigen Methoden, die sie kennen.«

Seit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 sind 115 krimtatarische Aktivist_innen von der Geheimpolizei festgenommen und zu teils sehr langen





Anwalt Emil Kurbedinow vor seiner Kanzlei in Simferopol. Foto: Andrzej Rybak

Haftstrafen verurteilt worden. Den meisten von ihnen warf die Staatsanwaltschaft Zugehörigkeit zur islamischen Bewegung Hizb ut-Tahrir vor, die in der Ukraine legal ist, aber in Russland seit 2003 als Terrororganisation gilt und verboten wurde.

»Verurteilungen von Krimtatar_innen wegen angeblicher Zugehörigkeit zu Hizb ut-Tahrir sind aus mehreren Gründen rechtswidrig«, sagt Peter Franck, Russland-Experte von Amnesty International in Berlin. »Die Anwendung russischer Gesetze auf Handlungen, die auf der Krim begangen worden sein sollen, verstößt gegen humanitäres Völkerrecht, denn die Annexion der Krim und ihre Eingliederung in die Russische Föderation waren völkerrechtswidrig.« Darüber hinaus verstoße die Überstellung von Personen von der Krim nach Russland mit anschließenden Verfahren vor russischen Militärgerichten gegen die vierte Genfer Konvention, ein internationales Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten.

Bei den Verurteilten hatte die Polizei weder Waffen noch Sprengstoff oder Munition gefunden, sie hatten keine Pläne für Terroranschläge und riefen nicht zu gewaltsamen Handlungen auf. Es gab auch keine Beweise für einen Versuch, die verfassungsmäßige Ordnung der

Russischen Föderation zu stürzen und die Macht zu ergreifen. Dennoch wurden sie als Terrorist_innen verurteilt.

»Die Prozesse sind oft eine Farce, und die angeblichen Beweise werden vom FSB fabriziert«, sagt Kurbedinow. »Ein privates Gespräch über religiöse oder politische Themen, zum Beispiel über die Auslegung des Korans, reicht schon aus, um als Extremist und Mitglied von Hizb ut-Tahrir zu 18 oder 19 Jahren Haft verurteilt zu werden.« Auch Amnesty International hält die Verfahren gegen Krimtatar_innen für unfair: Verurteilungen erfolgen auf der Grundlage nicht glaubhafter Beweise; oft stützen sie sich auf Aussagen anonymen Zeug_innen und auf manipulierte oder heimlich mitgeschnittene Gespräche. Human Rights Watch kritisiert die Prozesse als »grundlos und willkürlich«, es fehle der Straftatbestand.

Gefälschte Beweise

Die verfolgten Tatar_innen haben eines gemeinsam: Sie alle kritisieren lautstark die russische Besatzung und halten zu ihrer gewählten Vertretung, dem Medschlis. Die krimtatarische Selbstverwaltung will den Anschluss der Halbinsel an Russland nicht anerkennen. Die Medschlis-Führung setzte sich nach der Annexion in die Ukraine ab, wo sie 2015 Blockaden der Lebensmittel- und Stromversorgung der Halbinsel organisierte. Moskau erklärte darauf den Medschlis zu einer extremistischen Organisation. Einigen seiner Ver-

»Es gibt Folter, es gibt Entführungen.« Mumine Salijewa, Menschenrechtsaktivistin

treter_innen ist die Einreise nach Russland untersagt.

Emil Kurbedinow hat seit der ersten Verhaftungswelle im Jahr 2016 viel zu tun. Immer wieder streitet er mit Geheimdiensten und Gerichten, die die Menschenrechte seiner Mandant_innen missachten – wie das Recht auf einen Rechtsbeistand. Immer wieder prangert er die Folter an, über die inhaftierte Tatar_innen berichten. Er engagiert sich gegen menschenunwürdige Haftbedingungen und für das Recht der Häftlinge, ihre Familien zu sehen. Vor Gericht kämpft er gegen gefälschte Beweise und zweifelhafte Zeug_innen. Gehör findet er nur selten. »Jede Verhandlung läuft fast automatisch nach einem bestimmten Muster ab – sie gilt nicht der Wahrheitsfindung, sondern der Verurteilung«, sagt der Verteidiger.

Kurbedinow versucht, das alles zu dokumentieren und öffentlich zu machen. Zusammen mit anderen Anwalt_innen, Menschenrechtler_innen und Journalist_innen hat er dafür die Online-Plattform Krymskaja Solidarnost gegründet. »Russland hat seit 2014 alle unabhängigen Medien von der Krim verbannt«, sagt Kurbedinow. »Wir müssen diese Rolle selbst übernehmen: Wir filmen Razzien, beobachten Gerichtsverhandlungen und veröffentlichen alles.« Oft werden Journalist_innen, die über die Repressionen berichten, strafrechtlich verfolgt – die Dienste werfen ihnen vor, »ethnischen Hass« zu schüren. Derzeit sitzen zehn tatarische Journalist_innen wegen ihrer Berichterstattung in Untersuchungshaft.

»Die Russen wollen uns Angst machen«, klagt Mumine Salijewa, tatarische Menschenrechtsaktivistin in Bachtchys-saraj. »Es gibt Folter, es gibt Entführungen. Die Razzien traumatisieren auch die Kinder.« Die Ökonomin, die in einer traditionellen Familie aufgewachsen ist, hat das alles selbst erlebt. Vor vier Jahren wurde ihr Mann Seyran Salijew verhaftet und verurteilt. »Er wollte die Repressionen der Russen nicht hinnehmen und mobilisierte die Öffentlichkeit gegen deren Willkür.«

Salijew arbeitete als Touristenführer und war stolz auf die tatarische Geschichte der Krim. Im Morgengrauen des 11. Oktobers 2017 wurde er festgenommen, der Mitgliedschaft in der »Bachtchys-saraj-

Zelle« von Hizb ut-Tahrir beschuldigt und zusammen mit anderen Angeklagten vor Gericht gestellt. »Anonyme Zeugen beschuldigten unsere Männer, der Hizb ut-Tahrir anzugehören«, sagt Salijewa. Am 16. September 2020 – nach 78 Verhandlungstagen – verurteilte ein Militärgericht sieben Angeklagte zu Haftstrafen zwischen 13 und 19 Jahren, Salijew erhielt 16 Jahre Strafkolonie.

Seine Frau kann sich genau an den Tag erinnern. Zur Urteilsverkündung im russischen Rostow am Don kamen 600 Krimtatar_innen, Angehörige, Nachbar_innen und Freund_innen von der Krim. Sie trugen T-Shirts mit Porträts der Angeklagten und Aufschriften wie »Krimtataren sind keine Terroristen«. Sie bildeten eine 100 Meter lange Menschenkette am Zaun des Gerichts. »Die russische Strafverfolgung wendet Antiterrorgesetze an, um Menschenrechtsverteidiger_innen einzuschüchtern«, sagt Salijewa.

Die 34-Jährige wohnt mit vier minderjährigen Kindern in einem Vorort von Bachtschyssaraj, wo viele Krimtatar_innen leben. Seit der Verhaftung ihres Mannes engagiert sie sich in der tatarischen Gemeinschaft, um den Familien der politischen Gefangenen zu helfen. Sie besucht die Ehefrauen der Verhafteten, spricht ihnen Mut zu. »Sie sind nicht allein«, versichert Salijewa ihnen. »Wir werden diese Zeit zusammen durchstehen.«

Manchmal organisiert sie auch Fahrten zu den Gerichtsprozessen in Rostow am Don. Die Strecke ist 700 Kilometer lang, die Fahrt dauert gut zwölf Stunden. Manchmal hält die russische Polizei die Tatar_innen an und prüft stundenlang ihre Dokumente. »Wir haben uns an die Schikanen bereits gewöhnt«, sagt Salijewa, die sich traditionell kleidet und ihre Haare immer mit einem Tuch bedeckt.

Sehr schlechte Haftbedingungen

Was die Frauen besonders schmerzt, sind die strengen Kontaktbeschränkungen.

»Besuche im Gefängnis werden nur selten gestattet, zuletzt wurde die Pandemie als Grund genannt«, sagt Salijewa, die ihren Mann seit einem Jahr nicht mehr gesehen hat. »Selbst auf Telefongespräche müssen wir manchmal ein halbes Jahr lang warten, obwohl den Häftlingen laut Gesetz zwei Anrufe im Monat zustehen.« Die Haftbedingungen seien insgesamt sehr schlecht: »Unsere Männer werden von der ersten Stunde an schikaniert«, sagt sie. »Wegen angeblicher Aufmüpfigkeit werden sie immer wieder in den Strafblock gesteckt.« Der Strafblock steht für Haft unter verschärften Bedingungen. Salijewa kümmert sich zusammen mit

anderen um die 200 Kinder der Verhafteten. »Sie sollen wissen, dass ihre Väter keine Verbrecher sind«, sagt sie. Sie organisiert Wochenendausflüge, Ferienlager, Musik- und Kunstwerkstätten und Sprachkurse. Um die Arbeit besser zu koordinieren, betreibt sie die Website Krymskojedetstwo (Krim-Kindheit), unterstützt von Dutzenden Freiwilligen. Viele Menschen helfen mit Spenden, stellen kostenlos Ausflugsbusse oder Zimmer in Ferienhotels zu Verfügung. »Mir ist es wichtig, dass unsere Kinder zu ehrlichen Menschen heranwachsen«, sagt die Aktivistin. »Die Arbeit hilft mir aber auch, die Trennung von meinem Ehemann zu überstehen.«

Die russischen Repressionen zwingen immer mehr krimtatarische Frauen, eine neue Rolle zu übernehmen. »Wir müssen heute Schulter an Schulter mit unseren Männern stehen, um uns zu verteidigen«, sagt Lutfie Zudiyeva aus Dschankoj. Sie engagiert sich seit 2016 für das Online-Portal Krymskaya Solidarnost, berichtet regelmäßig und organisiert Gesprächsrunden, um die Tatar_innen über ihre Rechte aufzuklären. Vor zwei Jahren wurde sie vom FSB aufgegriffen und zu Verhören nach Simferopol gebracht.

»Das war ein Versuch, mich einzuschüchtern«, sagt die 38-Jährige. »Die Angst darf aber niemals über die Menschlichkeit siegen.« ♦



Seyran Salijewa vor Gericht in Rostow am Don, September 2020. Foto: Krymskaja Solidarnost



Mumine Salijewa in Bachtschyssaraj.

Foto: Andrzej Rybak

Antirassismus auf die Ohren

Immer mehr Podcastformate bringen Hörer_innen dazu, sich mit Diskriminierung und Rassismus auseinanderzusetzen – und das teilweise auf sehr persönliche Weise. Wir stellen vier vor. **Von Andreas Koob**

Podcasts sind populär. Und sie können einen wichtigen Beitrag zu gesellschaftlichen Debatten leisten. Das gilt etwa für Formate, die sich mit Rassismus auseinandersetzen. In aufwendigen Reportagen und intensiven Studiogesprächen erhalten Hörer_innen darin Einblicke in alltägliche Lebenswelten und rassistische Strukturen, die sie sonst vielleicht nie bekommen hätten. Solange Menschen mit Rassismuserfahrungen im Journalismus deutlich unterrepräsentiert sind, kommen ihre Perspektiven in der Berichterstattung zu kurz. In den vergangenen Jahren haben sich eine Reihe hörenswerter Podcasts zum Thema etabliert, die das ändern wollen.

Tupodcast

Seit Oktober 2019 podcastet die Anti-Rassismus-Trainerin und Autorin Tupoka Ogette monatlich: Unter dem Motto »Gespräche unter Schwestern« führt sie intensive Studiogespräche mit Schwarzen Frauen. »Im Vordergrund stehen für mich die Lebensgeschichten dieser tollen Frauen«, sagt Ogette. »Mit dem Podcast will ich die Gespräche zugänglich machen, die mir selbst Kraft und Heilung geben.«

Unter ihren prominenten Gästen waren die Politikerin Aminata Touré, die Filmregisseurin und Fernsehmoderatorin Mo Asumang und die Schriftstellerin Sharon Dodua Otoo. Im Dialog mit ihren Gesprächspartnerinnen thematisiert Ogette rassistische Machtverhältnisse in Kultur, Politik und Medien.

Dabei geht sie von biografischen Momenten aus. Es entstehen lebendige

Diskussionen, in denen Schwarze Frauen ihre Diskriminierungserfahrungen teilen. Die Rassismusexpertin macht in einfühlsamen Gesprächen deutlich, was es heißt, mehrfach diskriminiert zu werden. Ogette betreibt den Podcast in Eigenregie und finanziert die Arbeit durch Sponsoring und Spenden von Hörer_innen.

Rice and Shine

Die beiden Journalistinnen Vanessa Vu und Minh Thu Tran betreiben seit 2018 den Podcast »Rice and Shine«. Für ihre monatlich erscheinenden Folgen wählen sie unterschiedliche Formate wie Studio-talks, Interviews und teils sehr aufwendig recherchierte und produzierte Reportagen.

Aus einer deutsch-vietnamesischen Perspektive widmen sie sich einer enormen Bandbreite an Themen aus Kultur und Gesellschaft, verhandeln aber zugleich auch Persönliches und Psychologisches. »Wir waren eines der ersten Formate überhaupt, das selbstbestimmt aus unserer eigenen Community und über unsere eigenen Themen berichtet hat«, sagt Tran.

Der Podcast behandelt Erfahrungen von Rassismus, die Vietdeutsche und andere als asiatisch wahrgenommene Menschen in Deutschland machen. Dazu zählen geschlechtsspezifische exotisierende Klischees und stereotype Zuschreibungen wie Fleiß und Intelligenz: All das dekonstruiert und kritisiert der Podcast.

Einfühlsame Gespräche:

Tupoka Ogette.

Foto: Laura Hoffmann





**Große Bandbreite an Themen:
Vanessa Vu (links) und Minh Thu Tran.**

Foto: Valerie Siba Rousparast

»Wir erleben Rassismus, und deswegen thematisieren wir das in einigen Folgen«, sagt Tran. »Das tun wir aber nicht mit einer weißen Brille und mit drastischen ›Opfergeschichten‹, sondern unser Fokus liegt mehr darauf, wie wir damit umgehen und auf uns und unsere Community aufpassen können.«

Dass der Podcast erfolgreich ist, zeigen zahlreiche Preise. Die Folge »Hamburg 1980: Als der rechte Terror wieder aufflammte« wurde mit dem Europäischen Civis Medienpreis 2021 und dem Goldenen Blogger 2021 ausgezeichnet. Nach mehr als drei Jahren spendenfinanzierter Arbeit führen die beiden Journalistinnen den Podcast inzwischen in Kooperation mit Zeit Online und WDR Cosmo weiter.

190220 – Ein Jahr nach Hanau

In sechs Episoden setzt sich der Podcast »190220 – Ein Jahr nach Hanau« mit dem rassistischen Anschlag vom 19. Februar 2020 auseinander: Die Journalistinnen Sham Jaff und Alena Jabarine sprechen mit Überlebenden und Angehörigen der Opfer sowie mit Expert_innen, die die Hintergründe des Anschlags kommentieren. Zusammen mit ihren Kolleginnen Viola Funk und Şeyda Kurt haben die beiden ein informatives und einfühlsames Podcastformat entwickelt.

Im Zentrum stehen offene Fragen um

die Aufklärung der Tat sowie die politische und gesellschaftliche Verantwortung, was den Umgang und die Folgen des Anschlags betrifft. Intensive Dialoge, in denen Menschen aus Hanau-Kesselstadt zu Wort kommen, machen die Folgen, die am ersten Jahrestag des Anschlags erschienen, zu einem zeitlosen Dokument.

Im Juli 2021 erschien eine weitere Folge – kurz nachdem bekannt wurde, dass 13 in der Tatnacht eingesetzte SEK-Beamte einem rechtsextremen Chat angehört haben sollen. Der Podcast ist eine Produktion von ACB Stories und Spotify Studios. Er wurde 2021 mit dem Grimme Online Award in der Kategorie Information ausgezeichnet. Die Folgen sind über Spotify abrufbar.

Aufklären und Einmischen

Die Initiative NSU Watch produziert seit 2018 mindestens einmal im Monat den Podcast »Aufklären und Einmischen«. In Form von Hintergrundgesprächen berichten Betroffene und Expert_innen von rassistischen und rechtsextremen Vorfällen und Strukturen.

In den seit 2020 produzierten »Vor Ort«-Folgen geschieht dies besonders plastisch, jeweils zugeschnitten auf eine bestimmte Region oder ein Ereignis. NSU Watch kooperiert mit dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

(VBRG e.V.). »Wir wollen die Angehörigen von Ermordeten, die Überlebenden und die Betroffenen von rechtem Terror mit ihren Stimmen in den Vordergrund rücken«, sagt NSU Watch-Redakteurin Caro Keller. Auch Überlebende des Anschlags von Halle sprechen über ihre Einschätzungen und Forderungen.

Das Format lebt von einer sensiblen und analytischen Auseinandersetzung mit menschenfeindlicher Gewalt und Ideologie und profitiert von der unermüdlischen Rechercharbeit der Initiative: NSU Watch protokollierte alle Verhandlungstage im NSU-Prozess und dokumentierte die Arbeit der verschiedenen Untersuchungsausschüsse. »Wir wollten und wollen das Wissen zum NSU-Komplex und rechtem Terror so vielen Menschen wie möglich zugänglich machen – auch damit sie etwas tun gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt«, sagt Keller.

Das Webangebot von NSU Watch wurde 2020 mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet. Es sei eine Dokumentationsleistung, für die, wie die Jury betonte, in dieser Kontinuität und Tiefe sonst in den Medien kein Platz sei. ♦

Zu hören sind die Podcasts auf Spotify und anderen Online-Plattformen.

Was Individualität und Identität verbindet

Amnesty International erhielt den Friedensnobelpreis im Jahr 1977. Ein Jahr, das nach Ansicht von **Philipp Sarasin** einen gesellschaftspolitischen Epochenwechsel markiert. Wie das eine mit dem anderen zusammenhängt, erklärt der Schweizer Historiker im Gespräch.



Interview: Anton Landgraf

Sie beschreiben in Ihrem neuen Buch das Jahr 1977 als eine Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs. Welche Rolle spielt dabei eine Organisation wie Amnesty International?

Die Geschichte von Amnesty ist Teil einer Entwicklung, in der der Einzelne in den Vordergrund rückt. Das betraf seit Ende der 1970er Jahre alle Teile der Gesellschaft. Es konnte auch eine Punkerin sein, die sagte: Ich gehöre nicht zu dieser

Mehrheitsgesellschaft, ich lebe außerhalb der Gesellschaft, wie die US-Sängerin Patti Smith es einmal ausdrückte. Das sind die Entwicklungen, die ich in dieser Zeit verorte. Diese Singularisierung hat sich fortgesetzt, sie ist präsenter denn je.

Amnesty war gewissermaßen ein Vorbote der Individualisierung?

Ja, oder zumindest ein Ausdruck davon. Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an Amnesty 1977 wurde das in der Laudatio explizit herausgehoben: Es sei eine Friedensarbeit für den Einzelnen, durch den Einzelnen, die Amnesty auszeichne. Es ist eben nicht eine große Organisation, die handelt, sondern es sind

Einzelne, die für Einzelne handeln. Die Idee, sich für individuelle politische Gefangene einzusetzen, war ein großartiges Engagement. Das passt in die Zeit der zunehmenden Betonung des Einzelnen.

Gibt es ein Problem dabei?

Das Problem bei individuellen Menschenrechten ist, dass kollektive Rechte tendenziell ausgeblendet werden. Und die Singularisierung unterläuft in der Tendenz auch das Politische, das kollektive Handeln und Denken. Das sieht man daran, dass Gewerkschaften und andere kollektive Interessenverbände seit den 1970er Jahren an Einfluss verloren haben. Auf der anderen Seite ist klar,



Philipp Sarasin ist Professor für Neue Allgemeine Geschichte am Historischen Seminar der Universität Zürich. Sein Buch »1977: Eine kurze Geschichte der Gegenwart« ist im Juni 2021 im Suhrkamp-Verlag erschienen.
Foto: Andreas Pein / laif

dass Menschenrechte geschützt werden müssen.

Wieso haben die Menschenrechte damals plötzlich so viel Anerkennung erfahren, nachdem sich lange Zeit nur wenige dafür interessierten?

Die Menschenrechte waren eine Art letzte Utopie für eine Linke, die Ende der 1970er Jahre den Glauben an die Revolution verloren hatte. Der »Deutsche Herbst«, der den Anfang vom Ende der RAF markierte, war zum Beispiel ein solcher Einschnitt. Hinzu kam die Enttäuschung über die Entwicklung in China und der Sowjetunion. Diese Linke glaubte nicht mehr an den Gang »der« Geschichte, gemäß

marxistischer, letztlich hegelianischer Vorstellung. In dieser Zeit wurde das neue Konzept der Menschenrechte plötzlich attraktiv als etwas, worauf sich alle Seiten scheinbar leicht einigen können. Mit Menschenrechten schließt man niemand aus, sondern per definitionem alle ein.

Sie sprechen in Ihrem Buch von »postideologischen Helfern«. Doch gab es Idealismus auch davor schon. Was ist daran neu?

Idealismus ist nichts Neues, aber der postideologische humanistisch motivierte Helfer ist neu. Und postideologisch meint auch ehemalige Linke, die sich abwenden von ihren Parteien oder von der Revolutionshoffnung und quasi sagen: Das Einzige, was noch bleibt, ist, für den Menschen da zu sein. Ich spreche dabei von einer doppelten Figur. Einerseits gibt es die Figur des Helfers, der sich nun dediziert auf den Einzelnen bezieht. Auf der anderen Seite steht die Vorstellung des traumatisierten Opfers. Der Einzelne, der verletzt ist und dessen Verletzung das ist, worauf man sich bezieht. Die revolutionäre Linke hat nicht über die Verletzung von Einzelnen nachgedacht. Das war kein Thema. Das war keine Kategorie, auf die man sich bezog. In Revolutionen wird gehobelt, da fallen Späne. Das ist etwas ganz anderes.

Die Individualisierung provozierte eine Gegenreaktion, die Sie unter dem Stichwort Identitätspolitik beschreiben.

Dabei geht es um das Wiederfinden von Gemeinschaften. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die damals erfolgreich einen radikalen Marktliberalismus propagierte, sagte, so etwas wie Gesellschaft (society) gebe es nicht, Gemeinschaft (community) aber sehr wohl. Wenn heute beispielsweise schwarze lesbische Aktivistinnen in Boston diesen Begriff verwenden, dann meinen sie eine spezifische Gemeinschaft und deren gemeinsame Identität. Die Rechten reden hingegen von ethnischer Identität. Und das Ethnische – oder sagen wir es doch, wie es ist: das Völkische – ist eine Reaktion auf die Singularisierung.

Auf der politischen Ebene geht damit ein Angriff auf die Demokratie einher. Das sieht man in den USA, in Polen, in Ungarn oder in Indien sehr deutlich. Dort gibt es im Moment eine dramatische Entwicklung: einen autoritären Ethnonationalismus, der von der Demokratie abrückt. Auch in Deutschland sagen nur noch 70 Prozent der Menschen, dass die Demokratie die beste Staatsform sei. Das ist nicht mehr so viel. Ich habe mich nach der Ver-

»Es ist nicht eine Organisation, sondern es sind Einzelne, die für Einzelne handeln.«

öffentlichung des Buchs gefragt: Bin ich nicht zu pessimistisch? Aber mittlerweile habe ich das Gefühl, nein, das war ich nicht. Man muss ja nur mitverfolgen, was in den USA geschieht, um festzustellen, wie dramatisch diese Entwicklung ist.

Die Individualisierung hat emanzipatorische Rechte gestärkt, aber gleichzeitig die Abgrenzung in der Gesellschaft gefördert. Finden die Menschen angesichts fundamentaler Krisen wie der Klimakrise wieder zusammen?

Vielleicht, ja. Wir brauchen solche Gemeinsamkeiten, sonst drohen der Ethnonationalismus und der Rückzug in Kleinstidentitäten. Durch die unglaubliche Integration von Milliarden Menschen über digitale Strukturen wie Facebook oder WhatsApp wurde diese Entwicklung noch verstärkt. Heute leben wir in einer paradoxen Situation: Einerseits gibt es diese hochintegrierte digitalisierte Welt, andererseits erleben wir das Auseinanderbrechen in einzelne kleine »Bubbles«. Und damit das nicht passiert, muss man eine neue Art von Gemeinsamkeit denken können. Wie die zu denken ist? Vielleicht sind es am Schluss doch die Menschenrechte.

Sie beschreiben 1977 als ein Jahr des gesellschaftlichen Aufbruchs, der einen sehr hohen Preis hatte. War dieser Preis zu hoch?

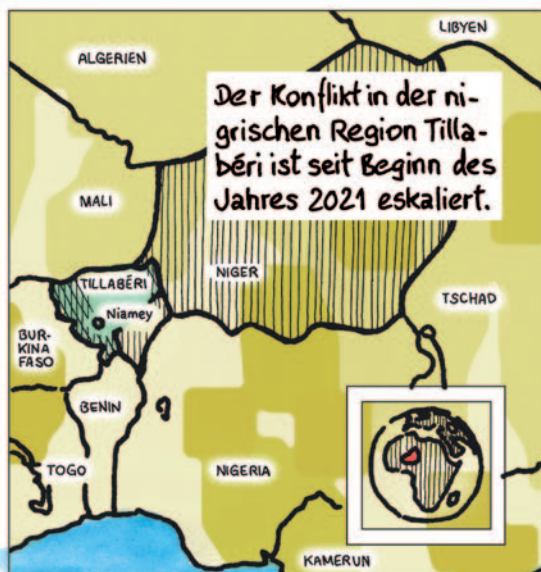
Es gibt einen deutlichen Zugewinn an Diversität, an Sichtbarkeit und an Inklusion. Die Rechte der Einzelnen wurden unheimlich gestärkt. Das würde ich auf jeden Fall verteidigen. Und gleichzeitig existiert die Gefahr, dass das gemeinsame Politische verschwindet. Um nur ein banales Beispiel zu nennen: Je niedriger der Organisationsgrad in Gewerkschaften ist, desto mehr gehen die Löhne zurück. Das Solidarische, das Gemeinsame erodiert. Das Auseinanderdriften der Einkommen und Vermögen ist gigantisch. Gleichzeitig entzieht sich eine Klasse von Reichen de facto dem Rechts- und Steuerstaat. Enthüllungen wie die Pandora Papers über Steueroasen zeigen, dass in globaler Dimension eine neue feudale Klasse entsteht. Das ist ein sehr hoher Preis, würde ich sagen. ♦

Kinder schützen!

Von Oliver Grajewski

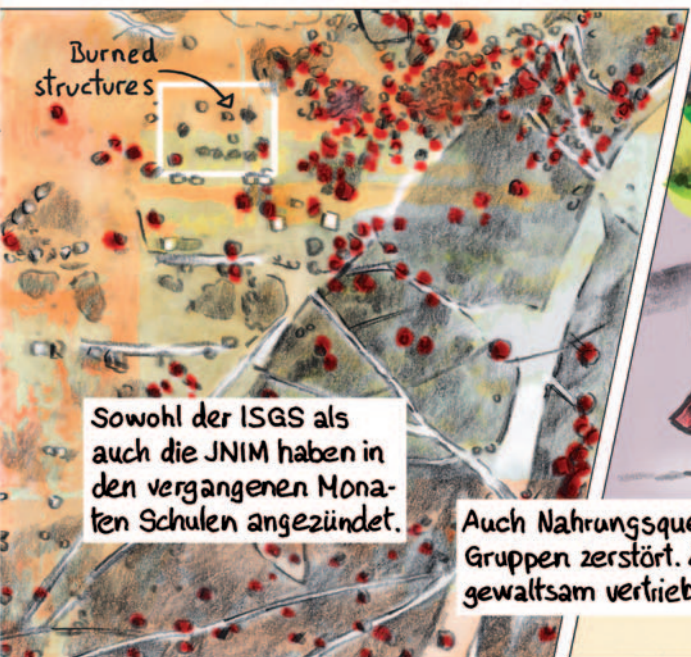


Mitten im Sahel, an Nigers Grenzen zu Mali und Burkina Faso, werden Kinder häufig Opfer von tödlichen Angriffen, Gewalt und Rekrutierungen durch bewaffnete Gruppen.





Und sie haben Kinder rekrutiert, sie an Waffen ausgebildet und als Spione, Kundschafter und Späher eingesetzt.



Burned structures

Sowohl der ISGS als auch die JNIM haben in den vergangenen Monaten Schulen angezündet.



Auch Nahrungsquellen werden von den bewaffneten Gruppen zerstört. Zehntausende Menschen wurden gewaltsam vertrieben, ganze Dörfer aufgegeben.



Amnesty International fordert die nigrische Regierung auf, Kinder vor weiteren Übergriffen zu schützen.

Den ganzen Bericht lesen Sie auf amnesty.de/tillaberi



DENKERIN FRAGEN: SABINE HARK

Eine Gemeinschaft definiert sich gemeinhin darüber, dass ausgewählte Menschen dazugehören. Sie drehen diese Idee um und schreiben von der Gemeinschaft der Ungewählten.

Warum?

Mein Ausgangspunkt war die Annahme, dass wir nur in Gemeinschaft mit anderen existieren können. Gemeinschaft im weitesten Sinne brauchen wir, um überleben zu können und ein gutes Leben zu führen. Doch das Recht, in Gemeinschaft zu leben, wird nicht allen zugestanden – so kam ich auf die Figur der Ungewählten. Die Idee dahinter ist, dass niemand ausgesucht worden ist und niemand ausgesucht werden darf. Es gibt kein Recht, das darüber entscheidet, wer existieren darf.

Demnach sind also alle Menschen ungewählt?

Genau. Bei der Gemeinschaft der Ungewählten geht es gerade nicht um eine be-

stimmte Gemeinschaft mit einer bestimmten Identität, Eigenschaft oder Herkunft. Vielmehr geht es um die Eigenschaft, dass wir schlicht und ergreifend da sind.

Gemeinschaft ist auch ein zentraler Bestandteil der Menschenrechte. Wie können sie dabei helfen, Pluralität tatsächlich zu schützen?

Dafür müsste die Kluft zwischen Menschen- und Bürgerrechten kleiner werden. Das ist ein Gedanke, den schon Hannah Arendt formuliert hat: das Recht, Rechte zu haben, ist an die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat geknüpft. Die Menschenrechte gelten vermeintlich für alle, aber sie sind eben nur ein bedingt garantierter Rechtekorpus, insofern sie nicht überall in nationalstaatliches Recht überführt worden sind.

Was könnte das Verbindende in einer Gemeinschaft sein, die niemanden ausschließt?

Es sollte darum gehen, eine Idee von Gemeinschaftlichkeit zu entwickeln, bei der nicht vorausgesetzt ist, dass wir eine Gemeinschaft bilden, weil wir alle Deutsch oder alle weiß sind. Wir sollten eher von einer Verantwortungsgemeinschaft sprechen: die nicht auf einer geteilten Identität, sondern einer geteilten Verantwortung füreinander basiert. Die Gemeinschaft sollte sich darauf gründen, dass uns eine Verantwortung füreinander und für den Planeten gemeinsam ist.

Interview: Lea De Gregorio

Sabine Hark ist Soziologin und Professorin für Gender Studies an der TU Berlin.

Ihr Buch »Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation« erschien 2021 im Suhrkamp-Verlag.



Foto: privat

DAS STECKT DRIN: ROSEN

Valentinstag, Frauentag, Muttertag – Rosen gehen eigentlich immer. **Rund 1,4 Milliarden Schnittrosen** wurden im Jahr 2020 nach Deutschland importiert. Rund die Hälfte der in die EU importierten Rosen stammt aus Kenia, gefolgt von Äthiopien mit 20 und Ecuador mit 17 Prozent.

Für eine Rose, die in Europa ankommt, wurde im Einkauf oftmals nicht mehr als 10 bis 15 Cent bezahlt. Hier wird sie dann für das Vielfache verkauft. Das große Gefälle zwischen Einkaufs- und Ladenpreis liegt an den **problematischen Arbeitsbedingungen auf den Rosenplantagen**, gerade in Ostafrika. Die Bezahlung der Arbeiter_innen ist oftmals nicht existenzsichernd. Hinzu kommen gesundheitliche Belastungen durch den starken **Einsatz von Pestiziden und Nitraten**. Und der enorme **Wasserverbrauch** für die Aufzucht der Blumen ist eine Bedrohung für Umwelt und Bevölkerung vor Ort. Weil sich Auflagen und Sozialstandards in Kenia etwas verbessert haben, sind einige der zumeist europäischen Rosenfirmen bereits nach Äthiopien abgewandert.



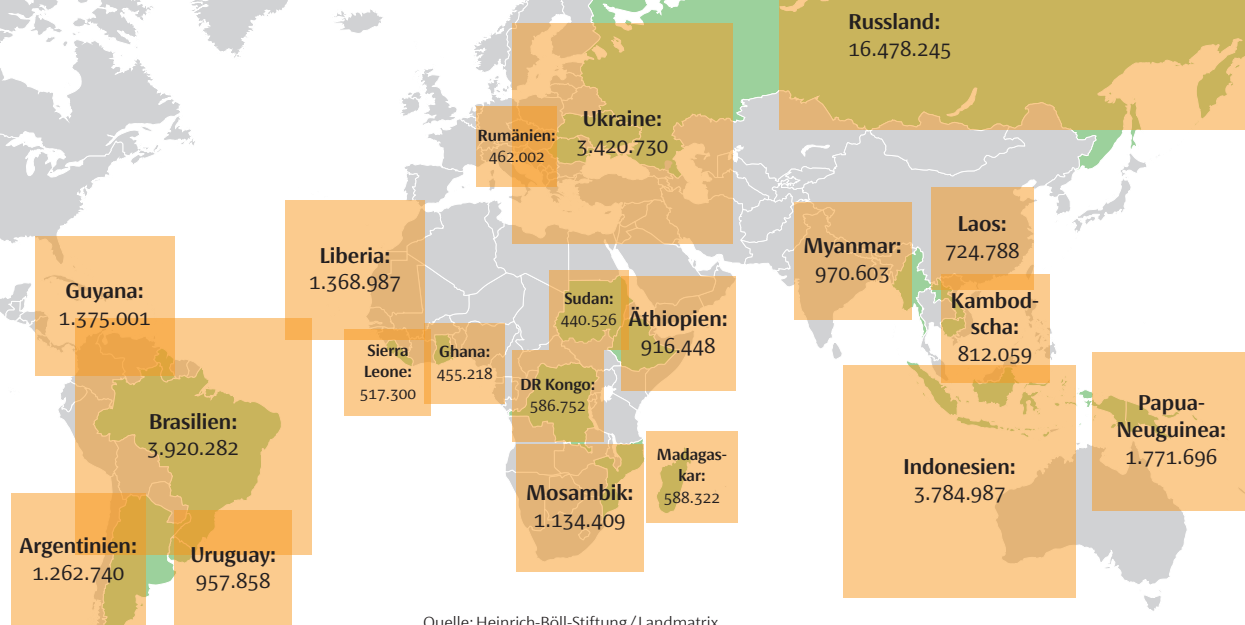
In Äthiopien sind die Löhne für die Arbeiter_innen noch geringer. Die Gesellschaft für bedrohte Völker beklagt zudem **Menschenrechtsverletzungen** infolge der Rosenproduktion.

Die einheimischen Kleinbäuer_innen würden von ihrem Land **vertrieben**, Proteste **blutig niedergeschlagen**, Kritiker_innen des Landgrabbing **verhaftet oder verschleppt**.

Was tun? Fair Trade-Rosen kaufen. Sie verbessern die Lebenssituation der Plantagenarbeiter_innen durch feste Arbeitsverträge, soziale und gesundheitliche Absicherung und höhere Umweltstandards. Mittlerweile stammt immerhin jede dritte in Deutschland erhältliche Rose aus fairem Handel.

MALEN NACH ZAHLEN: LANDGRABBING

Internationale Investoren kaufen großflächig Land auf. Stark betroffen sind Osteuropa und Asien sowie Lateinamerika. In diesen Regionen verdrängen Agrargroßbetriebe zunehmend die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Hunger und Armut sind die Folge. Die Grafik zeigt die 20 Länder mit den meisten transnationalen Landverkäufen seit 2000, Angaben in Hektar.



Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung/Landmatrix

MENSCHENRECHT MISSACHTET: MÄDCHEN AM SCHULBESUCH GEHINDERT



Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: »Jeder hat das Recht auf Bildung.«

Dieses Menschenrecht wird von den Taliban in Afghanistan missachtet. Die neuen Machthaber hindern Mädchen im ganzen Land mit Drohungen und Gewalt daran, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen. Das zeigt eine Amnesty-Veröffentlichung, für die Schüler_innen, Lehrer_innen und Schulverwaltungen in Afghanistan befragt wurden.

Während Jungen landesweit am 17. September in die weiterführenden Schulen zurückkehren konnten, bestanden die Taliban darauf, dass erst ein »Lernumfeld« geschaffen werden müsse, bevor Mädchen zurückkehren dürften.

»Gegenwärtig wird Mädchen in Afghanistan der Besuch von Sekundarschulen faktisch verwehrt. Im gesamten Land werden die Rechte und das Streben einer ganzen Generation von Mädchen missachtet und unterdrückt«, sagte Agnès Callamard, Internationale Generalsekretärin von Amnesty International.

»Das Recht auf Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht, zu dessen Einhaltung die Taliban als die De-facto-Behörden des Landes verpflichtet sind. Die derzeit von den Taliban verfolgte Politik ist diskriminierend, ungerecht und verstößt gegen das Völkerrecht. Die Taliban sollten sofort alle weiterführenden Schulen wieder für Mädchen öffnen, alle Schikanen, Drohungen und Angriffe gegen Lehrer_innen und Schüler_innen einstellen und die militärische Nutzung von Schulen in Afghanistan beenden.«

ZHANG ZHAN FREILASSEN!

Die chinesische Bürgerjournalistin Zhang Zhan veröffentlichte in den Online-Netzwerken unzensurierte, unabhängige Informationen über den Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Wuhan. Dafür wurde sie zu vier Jahren Haft verurteilt. Seither protestiert sie mit einem eingeschränkten Hungerstreik und befindet sich in Lebensgefahr. Fordere den chinesischen Präsidenten auf, Zhang Zhan unverzüglich und bedingungslos freizulassen.

KLICKEN FÜR AMNESTY

WWW.AMNESTY.DE/ZHANG-ZHAN



Ein unabänderlicher Status

Beim Begriff *Kastensystem* denken viele sofort an Indien. Aber auch in anderen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer Abstammung diskriminiert. **Von Monica Vincent**

Die Ermordung von George Floyd im Jahr 2020 hat die weite Verbreitung von systemischem Rassismus deutlich gemacht. Diskriminierung aus Gründen rassistischer Zuschreibung, ethnischer und nationaler Herkunft oder aufgrund der Hautfarbe müssen gleichermaßen erkannt und bekämpft werden. Amnesty International nimmt aber auch die Diskriminierung aufgrund der Abstammung in den Blick. Was genau verbirgt sich hinter diesem speziellen und sperrigen Begriff?

Was ist Diskriminierung aufgrund der Abstammung?

Bei der Diskriminierung aufgrund der Abstammung werden bestimmte Personengruppen wegen ihres durch Geburt ererbten Status, ihrer Abstammung oder Vorfahren ausgegrenzt. Der ererbte Status ist im sozialen System verankert und kann nicht geändert werden – auch nicht durch Bildung, Beruf, ökonomischen Aufstieg oder Heirat. Diskriminierung aufgrund der Abstammung ist mit der Vorstellung von Reinheit und Unreinheit verbunden, sie brandmarkt Gruppen derselben Abstammung als von Natur aus »schmutzig« oder »unrein«. Weltweit werden auf Abstammung basierende Gemeinschaften schlechter oder ungleich behandelt, stigmatisiert, unterdrückt und geächtet.

Was hat es mit dem Kastensystem auf sich?

Der Kastenstatus wird bei der Geburt ererbt und besteht bis zum Tod. Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörig-

keit betrifft alle Lebensbereiche und beeinträchtigt die Chancen der betroffenen Menschen. Der Kastenstatus kann über den Beruf entscheiden, daher verwendet Amnesty auch den Begriff »Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Abstammung«. Wer sogenannten niedrigen Kasten angehört, wird als »unberührbar« bezeichnet. Dies bedeutet auch eine berufliche Isolation, ein Verbot der Heirat außerhalb der Gruppe und weitere Vorschriften, die für »Unberührbare« gelten.

Sogenannte niedere Kasten sind sozial ausgegrenzt. Ihre Räume sind von der übrigen Gemeinschaft getrennt: dies reicht von Wohnungen bis hin zu Begräbnisstätten. Mitglieder dieser Kasten dürfen nur bestimmte Arbeiten verrichten, sie können aus diesem System nicht ausbrechen, dürfen keine Mitglieder anderer Kasten heiraten, keine Güter oder Dienstleistungen mit ihnen teilen oder mit ihnen an einem Tisch essen.

Wie viele Menschen sind von Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit betroffen?

Schätzungen zufolge sind weltweit mehr als 250 Millionen Menschen betroffen. Die meisten Kastengemeinschaften sind in Südasien zu finden, Kastendiskriminierung ist auch in Afrika, im Nahen Osten, in der Pazifikregion und in Diasporagemeinschaften weltweit verbreitet. Außerhalb des südasiatischen Kontexts gibt es nur wenig Forschung über Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit.

Ist das Kastensystem vor allem ein hinduistisches Phänomen?

Kastendiskriminierung in Südasien ist mit dem Hinduismus verbunden. Die hinduistische Mythologie unterteilt die Hindu-Gesellschaft in vier Gruppen:

Brahmanen, Kshatriyas, Vaishyas und Shudras. Die Ausgestoßenen oder »Unberührbaren« stehen außer- und unterhalb dieser hierarchischen Ordnung. Die Ausgestoßenen sind unter verschiedenen Namen bekannt, in Südasien bezeichnen sie sich als Dalits. Die Kastenzugehörigkeit reicht in Südasien aber über die religiösen Zugehörigkeiten hinaus: Das System hat Eingang in alle Religionen gefunden und findet auch unter Sikhs, Muslim_innen und Christ_innen Anwendung.

Und jenseits von Südasien?

In Afrika gibt es verschiedene Arten von Diskriminierung aufgrund der Abstammung, wie aus einem UN-Bericht hervorgeht: Neben der Diskriminierung aufgrund von Kastenzugehörigkeit existiert vor allem die Diskriminierung tatsäch-

Der Kastenstatus wird bei der Geburt ererbt und besteht bis zum Tod.

licher oder vermeintlicher Sklav_innen. Diese Formen finden sich in Ländern wie Burkina Faso, Burundi, Kamerun, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Somalia.

Diskriminierung aufgrund der Abstammung ist ein weltweites Phänomen, das mit sozialer Ausgrenzung, institutionalisierter Unterdrückung, Gleichgültigkeit der Behörden und Gewalt einhergeht. Kastendiskriminierung existiert trotz verfassungsrechtlicher Garantien und wirkt sich negativ auf die Autonomie und

Eine Dalit beim
Wäschewaschen
in Birgunj, Nepal,
September 2019.
Foto: G.M.B. Akash/
Panos Pictures



Handlungsfähigkeit von Gemeinschaften aus, die durch ihre Abstammung definiert werden. Gruppen bestimmter Abstammung weisen außerdem höhere Inhaftierungsraten auf. In vielen verschiedenen Kontexten ist die Strafverfolgungsmaschinerie mit rassistischen oder kastenbezogenen Vorurteilen behaftet.

Warum haben Mitglieder von Gruppen bestimmter Abstammung keine Bildungschancen?

Aufgrund ihres sozialen Status mangelt es Gruppen bestimmter Abstammung oft an Chancen und Ressourcen. Sie sind vielmehr mit struktureller Diskriminierung und Misshandlung konfrontiert. So werden in Indien Dalit-Kinder gezwungen, in den Schulen manuelle Arbeiten wie Toilettenreinigung und Müllsammeln zu verrichten. In Japan ist die Quote der Schulabbrecher_innen unter den Buraku, einer aufgrund ihrer Abstammung marginalisierten Gemeinschaft, zwei- bis dreimal so hoch wie der nationale Durchschnitt. Im Senegal werden Kinder aus sogenannten niederen Kasten daran gehindert, mit Mitschüler_innen aus dominan-

ten Kasten zusammensitzen. Frauen und Mädchen aus Gruppen bestimmter Abstammung haben einen niedrigen Bildungsstand und werden daran gehindert, eine Ausbildung zu absolvieren.

Werden Frauen und Mädchen besonders diskriminiert?

Frauen und Mädchen, die einer Gruppe bestimmter Abstammung angehören, tragen die Hauptlast der Diskriminierung, da sie zusätzlich sexualisierte Belästigung und Gewalt erfahren. Das Zusammentreffen von Geschlecht, Klasse und Kaste macht Frauen und Mädchen zur Zielscheibe von Gewalt, einschließlich Vergewaltigung und Mord. Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen dieser Gruppen wird normalisiert und als Mittel eingesetzt, um abweichende Meinungen zu unterdrücken oder eine Botschaft an die gesamte Gemeinschaft zu senden und ihr die »Lektion« zu erteilen, nicht für ihre Rechte einzutreten.

Wird im internationalen Rahmen gegen Diskriminierung von Gruppen bestimmter Abstammung vorgegangen?

Seit der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus von Durban im Jahr 2001 stehen die Rechte von Gruppen bestimmter Abstammung auf der internationalen Tagesordnung. Im Jahr 2002 bekräftigte der UN-Ausschuss für die Beseitigung rassistischer Diskriminierung, dass die Diskriminierung aufgrund der Abstammung das Kastensystem und ähnliche Systeme des erbten Status einschließt.

Welches Ziel verfolgt Amnesty bezüglich der Diskriminierung von Gruppen bestimmter Abstammung?

Das Engagement von Amnesty für Gleichheit, Vielfalt und Inklusion gilt allen Menschen, selbstverständlich auch Gruppen, die aufgrund ihrer Abstammung und Kastenzugehörigkeit diskriminiert werden. ♦

Monica Vincent arbeitet für Amnesty International zur Diskriminierung aufgrund von Arbeit und Abstammung. Sie lebt in Colombo, Sri Lanka.

AUSBEUTUNG
IN SÜDKOREA

Raue Realität

Die Netflix-Serie »Squid Game« erfährt international enorme Resonanz. Sie spiegelt die Situation von Beschäftigten und Gewerkschafter_innen in Südkorea wider – wenn auch überzeichnet. **Von Felix Lill**

Um Leben und Tod spielen:
Szene aus der Serie »Squid Game«.
Fotos: Noh Juhan / Netflix



Für sein Leben hätte sich der Gewerkschaftsführer Han Sang-gyun noch vieles vorstellen können. Dass es die Blaupause für einen Blockbuster werden würde, war ihm nicht durch den Kopf gegangen. »Ich finde die Geschichte grausam«, sagt er. Aber er sagt auch: »Ich bin dankbar, dass die Hauptperson eine Würdigung der gefeuerten Arbeiter_innen von Ssangyong darstellt.« In diesem Zusammenhang, sagt er, passe die Grausamkeit, wenn auch in überzogener Form, ins Bild.

Als sich der 59-jährige Han Sang-gyun zum ersten Mal die Netflix-Serie »Squid Game« ansah, konnte er seine Augen nicht vom Bildschirm abwenden. »Diese direkte Beschreibung der herzlosen Realität in Südkorea. Es ist eine Gesellschaft, in der die Sieger_innen alles bekommen.« Und wo die Verlierer_innen – so die Logik der Geschichte – um Leben und Tod zocken müssen, um vielleicht eine neue Chance zu erhalten. »Aber der bedingungslose Kampf der Unterdrückten«, sagt Han Sang-gyun, »der ähnelt unserer Sache im wahren Leben.«

Die Kapitalismusedystopie, in der viele den Gewerkschafter Han wiedererkennen, bricht seit Wochen Rekorde. Obwohl sie erst ab Mitte September ausgestrahlt wurde, war sie schon im Oktober in mehr als 60 Ländern die beliebteste Show. Mehr als 142 Millionen Haushalte haben die Serie laut Netflix bisher gesehen. Der Finanzdienstleister Bloomberg schätzte den Wert der Marke auf rund 900 Millionen US-Dollar. Und vor Kurzem wurde angekündigt, dass es bald eine zweite Staffel geben soll.

Die Handlung ist schnell erzählt: Seong Gi-hun, einst Chauffeur beim imaginären Automobilkonzern Dragon Motors, ist nun arbeitslos und bei Kredithaien verschuldet. Eines Abends wird der geschiedene Vater dazu überredet, an Spielen teilzunehmen, die ihm Schuldenfreiheit garantieren, wenn er sich gegen alle anderen Spieler_innen durchsetzt. In seiner Hoffnungslosigkeit nimmt Seong die Herausforderung an. Genau wie 455 weitere Personen.

Unter ihnen befinden sich viele, die typische Kandidat_innen sind für ein Abrutschen in die Armut: Da ist der ausgebeutete Arbeitsmigrant aus Südostasien, dem die Lohnzahlung verweigert wurde, oder die aus Nordkorea Geflüchtete, die im südkoreanischen Kapitalismus nicht zurechtkommt. Auch Senioren in Altersarmut, geschiedene Frauen mit großen Aufgaben und Verbindlichkeiten sowie prekär beschäftigte junge Erwachsene ha-

ben zahllose Vorbilder in der Realität Südkoreas.

In der Serie »Squid Game« treten solche Charaktere gegeneinander in Spielen an, die man in dem ostasiatischen Land aus der Kindheit kennt. Aber hier werden die Verlierer_innen nicht bloß ausgelacht, sondern erschossen, Runde für Runde. Seong Gi-hun hangelt sich von Aufgabe zu Aufgabe und ähnelt dabei auffallend Han Sang-gyun – der als Gewerkschafter beim Automobilkonzern Ssangyong für Furore sorgte.

In der Realität werden die sozialen Verlierer_innen zwar nicht erschossen. Doch kommt es in Südkorea auch nach dreieinhalb Jahrzehnten Demokratie durchaus vor, dass Menschen ins Gefängnis kommen, wenn sie Proteste anzetteln oder sich gewerkschaftlich engagieren. So wurde Han Sang-gyun zu zwei Jahren Haft verurteilt, nachdem er als Vorsitzender der innerbetrieblichen Gewerkschaft bei Ssangyong Proteste gegen Massenentlassungen initiiert hatte und es daraufhin zu einer Ausschreitung gekommen war.

Ssangyong, das zuvor von der bald in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Shanghai Automotive Industry Corporation übernommen worden war, hatte 2.600 Personen gekündigt. Proteste der Belegschaft schlug die Polizei nieder. Weil während der Proteste ein Helikopter und ein Kran beschädigt worden waren, wurden die Beschäftigten dazu verurteilt, 2,5 Milliarden Won (rund 1,85 Millionen Euro) zu bezahlen. »Wir können das Geld nicht aufbringen«, sagt Han Sang-gyun.

Haft und hohe Strafen

Proteste gegen Massenentlassungen und die verheerenden Folgen finden auch in »Squid Game« Erwähnung. Sie sind im echten Südkorea ein Extrem-, aber kein Einzelfall. Allein zwischen 2015 und 2016 dokumentierte Südkoreas Allgemeiner Gewerkschaftsbund KCTU 56 Fälle von Gewerkschafter_innen, die für »Vergehen gegen die öffentliche Ordnung« in Haft kamen und hohe Strafen zahlen mussten.

Präsident Moon Jae-in, der sich vor seiner politischen Karriere als Menschenrechtsanwalt einen Namen machte und Südkorea gerechter machen wollte, hat in den vergangenen Jahren wenig dafür getan, dass sich die prekäre Lage von Gewerkschafter_innen und Arbeiter_innen bessert. Ein Grund hierfür könnte der große politische Einfluss der koreanischen Konzerne von Samsung über Hyundai bis LG sein, die wenig Interesse an stärkeren Arbeitnehmerrechten haben. Für den Drehbuchautor und Regisseur von »Squid Game«, Hwang Dong-hyuk,

»Ich finde die Geschichte grausam.« Han Sang-gyun, Gewerkschafter

sind die systemische Ausbeutung und Unterdrückung die Kehrseite des weltweiten Erfolgs der Konzerne: »Die Gewinner unserer Gesellschaft stehen symbolisch auf den Körpern der Verlierer«, sagt er.

Inwieweit die Serie das heutige Südkorea realistisch abbildet, ist umstritten. Die linksliberale Tageszeitung Hankyoreh lobte die Produktion in mehreren Artikeln. Nicht nur auf den oft grausamen Umgang mit den Schwächeren der Gesellschaft werde aufmerksam gemacht, sondern auch auf das wachsende Problem der Privatverschuldung. »Südkoreas selbstständige Kleinunternehmer müssen ihr eigenes »Squid Game« spielen«, titelte die Zeitung Anfang Oktober. Durch die Pandemie sieht sich laut einer Umfrage fast die Hälfte aller Kleinunternehmer_innen von der Pleite bedroht.

Eunsun Yang von Amnesty International Korea dagegen erkennt in der Erfolgsgeschichte an den Bildschirmen vor allem eine Geschichte. »Die Serie beschreibt nur einige Teile unserer Gesellschaft sehr dramatisch und extrem, und zwar als Film, nicht als Dokumentation«, sagt Yang und betont, dass dies ihre private Meinung sei. »Ich bin auch der Ansicht, dass es noch immer Diskriminierung gibt, und wir haben einen weiten Weg vor uns.« Allerdings arbeite man derzeit an einem Anti-Diskriminierungsgesetz, das einige der Gerechtigkeitsprobleme beheben soll. Ob das Gesetz jemals vom Parlament verabschiedet wird, ist unklar.

Wenn dagegen Han Sang-gyun die Serie sieht, überwiegen für ihn die Parallelen zum wahren Südkorea. »Sogar im Überlebenskampf gibt der Protagonist nicht auf, sich um die Liebe und Empathie anderer Menschen zu bemühen. Das hat mich sehr bewegt.« In ihren Streiks gegen die umstrittenen Entlassungen forderten die Arbeiter_innen rund um Han Arbeitgeber_innen immer wieder auf: »Lasst uns zusammenarbeiten!«. Der Slogan wurde in Südkorea als Geste der Solidarität berühmt – und nun in einer weltweit erfolgreichen Serie verarbeitet. ♦

Squid Game, Netflix 2021, Staffel 1, Drehbuch und Regie: Hwang Dong-hyuk

EINE VON ÜBER EINER MILLION

Für ihr Studium ging die Uigurin **Hayrigul Niyaz** nach Istanbul. Das reichte den chinesischen Sicherheitsbehörden als Grund, sie festzunehmen. Seit mehr als vier Jahren ist sie verschwunden. *Von Felix Lee*

Sie trug eine modische Brille, hatte dezent Lippenstift aufgetragen und blickte in die Kamera. Sie gab sich betont professionell und wirkte betriebsam in der Art, wie sie ihre Papiere ordnete. Es war eines der letzten Bilder von Hayrigul Niyaz in den Online-Netzwerken, bevor sie verschwand.

Die heute 36-jährige Uigurin hatte mehrere Jahre an der Marmara-Universität in Istanbul studiert. Diese Auslandserfahrung wollte sie nutzen, als sie 2016 nach China zurückkehrte und in Urumqi, der Provinzhauptstadt der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang, ein Reisebüro eröffnete.

Der Aufenthalt in der Türkei war für die chinesischen Behörden offenbar Grund genug, sie festzunehmen: Ein Jahr später, im Frühjahr 2017, tauchten Polizisten auf und nahmen Hayrigul Niyaz mit. Seitdem ist sie verschwunden. Ihr Bruder Memeteli, der als Geflüchteter in Deutschland lebt, vermutet, dass sie in einem Gefängnis oder Internierungslager festgehalten wird. Auch der Rest der Familie hat keinen Kontakt zu ihr und weiß nichts über ihren Verbleib.

So wie Hayrigul Niyaz und ihrer Familie ergeht es derzeit vielen Uigur_innen. Der UN-Menschenrechtsausschuss geht davon aus, dass die chinesischen Behörden in den vergangenen vier Jahren Hunderttausende Menschen zeitweise in Internierungs- und Umerziehungslagern festgehalten haben. Offizielle Zahlen gibt die chinesische Führung nicht bekannt. Ein Sicherheitschef einer mittelgroßen Stadt in Xinjiang bestätigte aber, allein in seinem Bezirk seien zeitweise »ungefähr 120.000« Menschen interniert worden. Der in den USA lebende deutsche China-Forscher Adrian Zenz nimmt an, dass sich sogar bis zu eine Million Uigur_innen in den vergangenen Jahren für kurze oder längere Zeit in Umerziehungslagern befanden. Zenz wertete unter anderem Berichte der Staatsmedien und Angaben von Behörden in Xinjiang aus. Amnesty International spricht seit 2017 ebenfalls von einer Million verfolgter Uigur_innen.

Die kommunistische Führung in Peking wirft offiziell nur einigen uigurischen Gruppen Separatismus und Terrorismus vor. Doch längst stehen alle rund zehn Millionen Uigur_innen in der Provinz Xinjiang unter Generalverdacht. Gründe für Festnahmen können religiöse Ansichten sein, Fragen nach dem Verbleib vermisster Angehöriger oder die Unkenntnis der chinesischen Nationalhymne.

Umerziehungslager unterliegen nicht dem geltenden Recht. Richterliche Urteile sind für eine Inhaftierung nicht notwendig,



Foto: privat

die Festnahmen gehen allein auf Befehle von KP-Funktionären zurück. Chinas Führung hatte die Lager 2015 offiziell für abgeschafft erklärt. In Xinjiang heißt es nun aber: Ideologische Veränderungen seien nötig, um gegen Separatismus und islamischen Extremismus vorgehen zu können.

Hayrigul Niyaz wurde in der Stadt Toksu am Rande der Wüste Taklamakan geboren und ist dort auch aufgewachsen. Anders als etwa in der Provinzhauptstadt Urumqi bilden die Uigur_innen dort noch die Mehrheit der Bevölkerung. Das ist der Regierung in Peking ein Dorn im Auge, weshalb sie den Zuzug von Han-Chines_innen in die Region fördert.

Die Ungerechtigkeiten, die diese Politik erzeugt, sind offensichtlich. »Wir sind typische Uiguren, Religion ist Teil unserer Identität, aber wir sind keine ultrareligiösen Menschen«, sagt Hayriguls Bruder Memeteli. Der Führung in Peking gehe es nicht um Religion, sagt er, sondern darum, die uigurische Identität auszulöschen. ♦



60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

Im Jubiläumsjahr richtet Amnesty International den Blick besonders auf Menschen in Gefahr und auf Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich für andere einsetzen.

Mehr dazu: [amnesty.de/60jahre](https://www.amnesty.de/60jahre) und [amnesty.de/hayrigul-niyaz](https://www.amnesty.de/hayrigul-niyaz)

AMNESTY VERLÄSST HONGKONG

Amnesty International hat Ende Oktober das Büro der Organisation in Hongkong geschlossen. Nach 40 Jahren Arbeit vor Ort werden die Aktivitäten in andere Amnesty-Büros im asiatisch-pazifischen Raum verlagert. Seit der Einführung des »Nationalen Sicherheitsgesetzes« im Juni 2020 hat sich die Repression in Hongkong deutlich verstärkt. Das Gesetz er-

laubt es den Behörden, gegen alle Aktivitäten vorzugehen, die nach ihrer Auffassung die nationale Sicherheit Chinas bedrohen. Dazu gehören Vorwürfe wie »Umsturz der Staatsmacht«, »terroristische Aktivitäten« oder »Absprachen mit ausländischen oder externen Kräften zur Gefährdung der nationalen Sicherheit«. Seit Inkrafttreten des Gesetzes haben sich

mindestens 35 zivilgesellschaftliche Organisationen aufgelöst. »Die Stadt zu verlassen, die wir seit Jahrzehnten unser Zuhause nennen, ist niederschmetternd. Aber wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben«, sagte Generalsekretärin Agnès Callamard.

(»Hongkong: Das Ende der Autonomie?« Amnesty Journal 04/2020)

MODI LENKT BEI REFORMEN EIN

Der indische Premierminister Narendra Modi hat im November angekündigt, die umstrittene Agrarreform zurückzunehmen. Er forderte die Demonstrierenden auf, ihren Protest zu beenden. Tausende Bäuerinnen und Bauern hatten seit einem Jahr gegen die geplante Reform demonstriert und mit ihren Traktoren wichtige Straßen im Norden Indiens blockiert. Während der Proteste kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Mehrere Demonstrant_innen starben. Amnesty International hatte die indische Regierung aufgefordert, ihr repressives Vorgehen gegen die Demonstrierenden zu beenden. Die Reform sah eine Deregulierung der Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse vor. Nach Angaben der Regierung sollte die Agrarwirtschaft effizienter gestaltet werden. Kritiker_innen sahen darin eine Einladung an Großkonzerne, sich im Agrarsektor zu bedienen, und befürchteten eine Existenzgefährdung für Kleinbäuerinnen und

Kleinbauern. Die Demonstrierenden jubelten zwar, zeigten sich von der Ankündigung Modis jedoch unbeeindruckt. Diese sei taktisch motiviert, weil in den

Bundesstaaten Punjab und Uttar Pradesh Wahlen anstünden.

(»Aufstand vom Land«, Amnesty Journal 04/2021)



Erfolgreicher Protest gegen die Agrarreform: Indische Bauern in Neu-Delhi, 2021.

Foto: Mohsin Javed / Pacific Press Agency / imago images

OSMAN KAVALA WEITER IN HAFT

Ein Strafgericht in Istanbul hat Ende November die Untersuchungshaft von Osman Kavala verlängert. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Unternehmer vor, im Jahr 2013 gegen die Regierung gerichtete Proteste im Istanbuler Gezi-Park finanziert zu haben. Außerdem sei er im Jahr 2016 an der Planung eines Putschversuchs beteiligt gewesen. Der 64-Jährige weist die Vorwürfe zurück. Kavala befindet sich seit mehr als vier Jahren ohne Verurteilung in Haft. Er war unter dem

Vorwurf der Finanzierung der Gezi-Proteste festgenommen worden, ein Gericht sprach ihn aber im Februar 2020 von diesem Vorwurf frei. Nach seiner Freilassung wurde er erneut festgenommen, diesmal wegen des Putschversuchs von 2016, auch Spionagevorwürfe kamen hinzu. Ein Berufungsgericht hob im Januar 2021 den ersten Freispruch auf. Die nächste Anhörung im Verfahren soll am 17. Januar stattfinden. Weil Kavala nicht freikommt, leitete der Europarat ein Vertragsverlet-

zungsverfahren gegen die Türkei ein. »Nach vier Jahren hinter Gittern, ohne strafrechtliche Verurteilung, mit absurden Anklagen ohne jede Beweisgrundlage, ist die Freilassung Kavalas überfällig«, sagte Nils Muižnieks, Europa-Direktor von Amnesty International.

(»Der Präsident lässt säubern«, Amnesty Journal 03/2020)

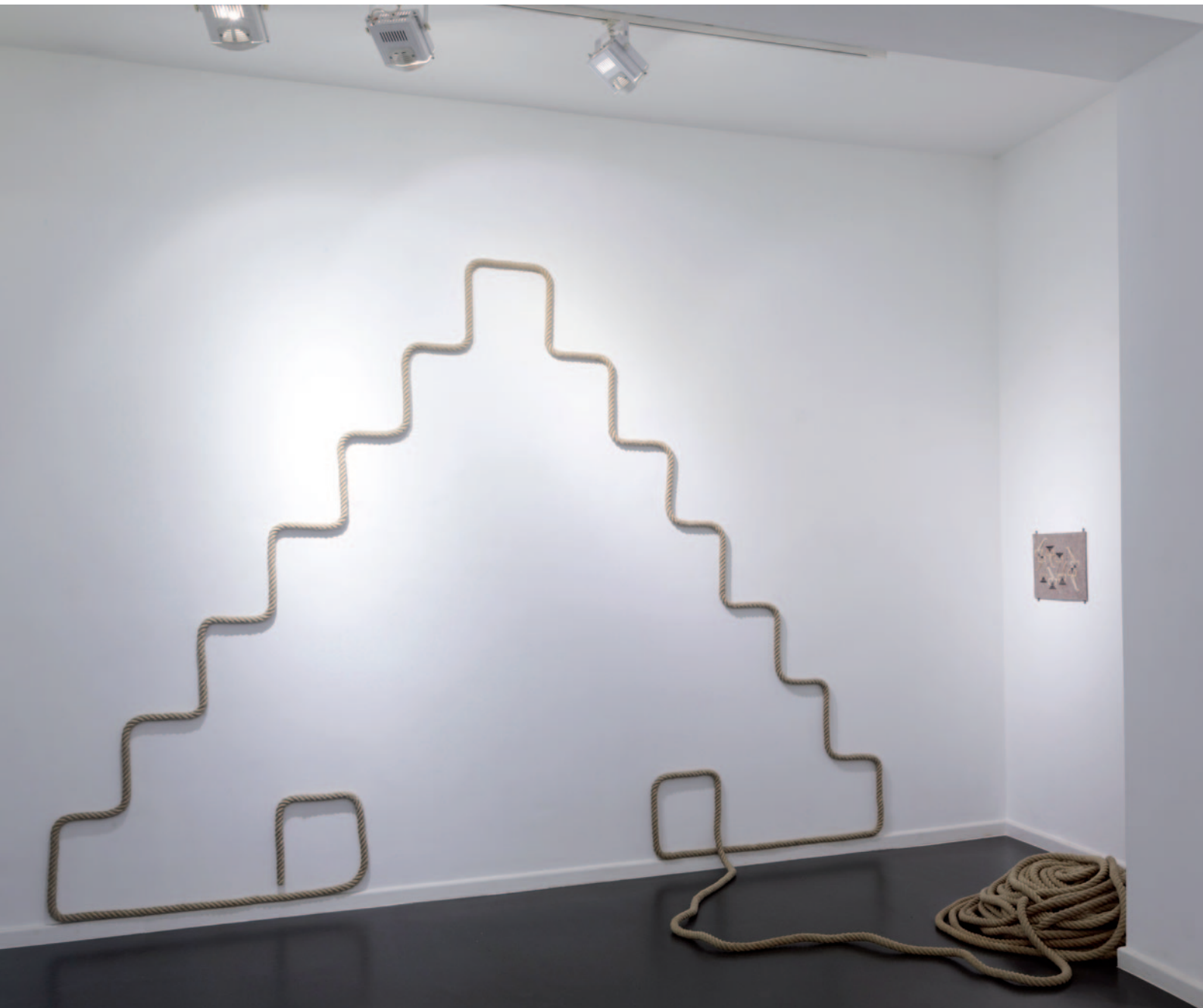
KULTUR
KUNST GEGEN
UMWELTZERSTÖRUNG



»Sonnenuntergang am Abraumdam«.
Away und Filz, 2019.

Webfehler im System

Die Berliner Künstlerin **Marcela Moraga** thematisiert in ihren Arbeiten die Ausbeutung von Rohstoffen in Südamerika und den Kampf Indigener gegen die Zerstörung ihres Lebensraums. *Von Nina Apin*





»Postflaschen«. Installation für das Projekt Gemeindemuseum Renaico. 2016.

»Die geometrischen Stoffmuster erinnerten mich an Atari-Spiele.« Marcela Moraga

anderzusetzen: Wasserknappheit und Erosion, Umweltgifte, die Luft und Boden verseuchen, Dorfgemeinschaften und Indigene, die dem Tagebau weichen müssen.

»Überall in Südamerika ist es so: Ein Lebensraum nach dem anderen wird dem Profit geopfert«, sagt Moraga. Mit ihrer leisen, klaren Stimme berichtet sie vom Lithiumabbau in der Salzwüste Uyuni in Bolivien. »Jetzt sind die Chinesen dort eingestiegen, und es gibt kaum Umwelt- oder Sozialstandards, an die sie sich halten müssen.« Nicht nur für die berühmten rosa Flamingos werde das eine Katastrophe, glaubt die Künstlerin.

Für ihre Ausstellung »Der Berg als Kettfaden«, die sie gerade in einer Berliner Galerie gezeigt hat, überwebte Moraga die Aguayos mit Grubenloren aus Wollfilz und sticte konzentrische Linien von Tagebaugebieten, die sich wie Narben über das Gewebe ausbreiten. Das Traditionell-Folkloristische garniert Moraga mit unmissverständlichen Botschaften: So zeigt das Wandbild »Minenarbeiter, Maschinen und Wasser« Tagebauarbeiter, Bagger und tote Fische in beunruhigender Symmetrie. Für ihre Textilarbeiten hat Moraga sich selbst das Sticken beige-

Hinter Marcela Moragas Rücken tanzen die Bagger. Die 46-jährige Künstlerin sitzt auf einem schwarzen Lederdrehstuhl in ihrem Berliner Atelier; hinter ihr wirbeln stilisierte Bagger aus Wollfäden mit erhobenen Greifarmen auf braungrauem Filz. Im Raum verteilt hängen weitere ihrer Arbeiten, lässig mit Klebeband an die Wand gepinnt: Fotos, Skizzen, ein buntgestreiftes Stück Stoff mit Aguayo-Muster.

Die traditionellen Andentextilien haben es Moraga besonders angetan. »Erst war es eine rein visuelle Faszination: Ich mochte die leuchtenden Farben, die geometrischen Muster erinnerten mich an frühe Atari-Computerspiele«, erzählt sie. »In Santiago de Chile kann man Aguayos überall als Souvenirs kaufen.« Bei einem ihrer Heimatbesuche deckte sich die gebürtige Chilenin ein. Zurück in Berlin befasste sie sich näher mit der symbolischen Bedeutung der Tücher, die in Peru, Bolivien, Chile und Argentinien getragen werden – als Kleidungsstücke, Transportbeutel oder zu rituellen Anlässen.

»Die Aguayos sind für mich Bücher geworden«, sagt Moraga. »Darin steckt eine ganze Welt aus Mythen und Ritualen.« Sie hat die Erzählungen der klassischen Webmuster um eine zeitgenössische Geschichte ergänzt: die des Bergbaus. »In den 1980er Jahren wurde die Bergbauindustrie in Südamerika groß. In der gesamten Andenregion bauen einheimische Firmen und multinationale Konzerne seither Kupfer, Gold und Silber ab«, erklärt sie und zeigt am Monitor eine

Karte der Region. Chile verfügt über die weltweit größten Kupfervorkommen, die Rohstoffindustrie ist für 60 Prozent der Exporterlöse verantwortlich.

Für Moraga, die mit ihren Eltern und zwei Schwestern im Großraum Santiago aufwuchs, gehörten die riesigen Abraumbagger zu ihrer Kindheit: Der Vater arbeitete als technischer Zeichner für eine Bergbaufirma. »Bei uns zu Hause hingen überall Maschinenfotos. Als ich meinen Vater zu einer Messe begleitete, war ich beeindruckt von diesen Monstern.« Später, während ihres Kunststudiums in Santiago, begann sie, sich mit den Schattenseiten der Rohstoffausbeutung ausein-

»Minenarbeiter, Maschinen und Wasser«. Aguayo und Filz, 2017.



Marcela Moraga wurde 1975 im chilenischen San Fernando geboren. 2003 schloss sie ihr Studium der Bildenden Künste an der Universidad de Chile in Santiago ab. 2005 ging sie mit einem DAAD-Stipendium nach Deutschland. Heute lebt sie mit ihrer Familie in Berlin. Thematisch kreisen Moragas Werke um Umwelt- und Naturschutz. Ihre Arbeiten, die international gezeigt werden, umfassen Aktionen/Performances, Film, Fotografie, Zeichnungen und Textilarbeiten.

Foto: Sarah Eick



bracht und mit computergenerierter Stickerei experimentiert. Für einen geplanten großformatigen Wandteppich hat sie Kontakt mit einem Textilmuseum in den Niederlanden aufgenommen, das alte Techniken pflegt.

Niemand fragt, wie die Mineralien für E-Autobatterien gewonnen werden

Obwohl die Chilenin, die 2005 mit einem Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) nach Hamburg kam und sich 2010 in Berlin niederließ, nun schon so lange in Deutschland lebt und mit einem Deutschen verheiratet ist, fühlt sie sich ihrer Heimat weiter verbunden. Viele ihrer – stilistisch höchst unterschiedlichen – Werke kreisen um die Verbindungen zwischen Lateinamerika und Europa. So unternahm sie eine Reise nach Patagonien, die sie als Tagebuch in der Tradition kolonialistischer »Entdecker« aufbereitete: »Neither spices nor species« hieß das Werk, das sie in Berlin im Pinguinkostüm präsentierte – natürlich am Humboldthain.

2016 verbrachte sie mit Unterstützung eines chilenischen Kunstförderprogramms drei Monate in einem Dorf im Mapuche-Territorium im Süden des Landes. Ihr künstlerischer Auftrag: die Gemeindemitglieder in ihrer demokratischen Teilhabe zu unterstützen. Moraga stieß im Netz auf

ein kleines Umweltkollektiv namens »Salvemos el río Renaico« (Retten wir den Fluss Renaico), das gegen die örtliche Papierindustrie kämpft. »Diese jungen Leute beeindruckten mich«, erzählt Moraga. »Sie haben kaum Rückhalt in der Bevölkerung, man schimpft sie Anarchisten. Doch sie geben immer weiter Workshops, um aufzuklären über die giftigen Abwässer und die Fichten- und Eukalyptus-Plantagen, die den Wasserspiegel so gesenkt haben, dass die Menschen, die früher im Fluss fischten, auf Trinkwasserlieferungen angewiesen sind.«

Moraga hatte ihr Thema gefunden. Sie zog in ein kleines Haus im Dorf und führte zusammen mit den Aktivist_innen Aktionen durch: Schulkinder performten eine Menschenwelle für den Fluss, Frauen hängten eingesammelte PET-Flaschen mit guten Wünschen von der Brücke. Für ein geplantes Gemeindemuseum wurden lokale Mythen und Anekdoten zum Fluss gesammelt, der für die Bewohner_innen einst von spiritueller Bedeutung war. Ein Raum aber fand sich bis heute nicht: »Die lokalen Politiker mögen uns nicht. Wenigstens hat man uns nicht bedroht – wir waren wohl zu harmlos.« Moraga lacht, in bitterer Anspielung auf getötete Aktivist_innen in der von Konflikten zwischen Regierung und indigenen Gruppen geprägten Region.

Zurück in Berlin zeigte sie ihren mit der Umweltgruppe gedrehten Dokumentarfilm bei einer Ausstellung über Demokratie in Südamerika. »Hier in Deutschland hat kaum jemand eine Vorstellung davon, wie abwesend der Staat dort ist«, sagt sie. »In Chile ist die gesamte Wasserversorgung in privater Hand, auf dem Land gibt es kaum Bildung oder Gesundheitsversorgung. Wenn am Renaico jemand krank wird, veranstaltet das Dorf eine Tombola, um die Operation zu bezahlen.« Den Deutschen seien solche Probleme zwar bekannt, sagt sie und schaut hinüber in die hell erleuchteten Fenster gegenüber ihrem Atelier, wo sich unter anderem die Büros der nachhaltigen Suchmaschine Ecosia befinden. Aber den meisten sei der Zusammenhang mit ihrem eigenen Konsum nicht bewusst. »Es fällt mir auf, dass niemand fragt, wie all die Mineralien für E-Autobatterien gewonnen werden.«

Den Jahreswechsel wird Moraga mit ihrer Familie bei ihren Eltern in Chile verbringen. Vor ein paar Jahren sind sie aufs Land gezogen – noch näher an die Riesemaschinen aus Moragas Kindheit. Ihre Aguayos würden sicher gut in das neue Haus passen. ♦

Seismografin des verlorenen Schatzes

Die französische Wissenschaftlerin **Bénédicte Savoy** fordert die Rückgabe geraubter kolonialer Kulturgüter – und eine transnationale Forschungszusammenarbeit mit den Herkunftsländern.
Von Till Schmidt



**Bénédicte Savoy setzt sich für
das dekolonisierte Museum ein.**
Foto: Peter Rigaud / laif

Ob die Bronzen aus dem Königspalast Benins, das Prachtboot von der Pazifikinsel Luf oder der Schiffschnabel Tange aus Kamerun – bis heute zeigen sich in Deutschland koloniale Kontinuitäten nicht nur in Form von Alltagsrassismus, Straßennamen oder Denkmälern. Ein weiterer zentraler Schauplatz sind Museen, in denen sich bislang ungezählte Kunst- und Kulturgüter befinden, die während der Kolonialzeit erbeutet wurden. Seit einigen Jahren wird der Umgang mit diesem Erbe nun auch in Deutschland intensiv diskutiert.

Eine der führenden Stimmen in dieser Debatte ist die französische Kunsthistorikerin und Germanistin Bénédicte Savoy. Sie beschäftigte sich bereits in ihrer Dissertation mit Kunstraub aus der Perspektive der Beraubten – allerdings indem sie den Blick deutscher Intellektueller wie Goethe, Schiller oder von Humboldt auf die zwischen 1794 und 1811 von Frankreich geraubten Kunstwerke und Bücher analysierte. Nachdem auch damals Restitutionsforderungen erhoben wurden, fanden zahlreiche Objekte aus dem Louvre und französischen Depots ihren Weg zurück in deutsche Museen und trugen dazu bei, dass sich die Deutschen des eigenen, nationalen Kulturerbes bewusst wurden.

Die Professorin für Kunstgeschichte an der Technischen Universität Berlin und am Collège de France in Paris interessiert vor allem »die Kulturgeschichte der Kunst« und die »Verschränkung von Kunst und Politik«, wie sie selbst sagt. Dazu gehört auch die Frage, wie Kunstkritik in Kriegzeiten argumentierte und welche Emotionen und Affekte Kunst in Gesellschaften auslöste, »in denen Kunst gesammelt, besessen oder sogar zerstört« wurde.

Seit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ihr und dem senegalesischen Wirtschaftswissenschaftler Felwine Sarr 2018 den Auftrag erteilte, einen Bericht über mögliche Restitutionsforderungen afrikanischer Kulturgüter aus französischen Museen zu verfassen, beschäftigt sich Savoy intensiv mit der Sammlungsgeschichte europäischer Museen und arbeitet dabei mit Kolleg_innen aus den von kolonialem Kunstraub betroffenen Ländern zusammen. Denn seit der gemeinsamen Arbeit mit Sarr an dem Bericht »Zurückgeben« ist ihr klar, dass man derartige Projekte »nur mindestens zu zweit, im Tandem anfangen soll und kann«.

Das gilt auch für ihr neuestes Forschungsprojekt »Umgekehrte Sammlungsgeschichte«. Savoy und ihr Team wollen herausfinden, woher kameruni-

sche Objekte stammen, die sich in deutschen Museen befinden und wozu sie in den vergangenen hundert Jahren benutzt wurden. Gleichzeitig erarbeitet ein Team um Albert Gouaffo, Professor an der Universität Dschang in Kamerun, eine »Karte der Leerstellen«. Das kamerunische Team erforscht, welche Erinnerungen an die Objekte vor Ort noch existieren, welche Formen von Widerstand es gegen ihren Transfer ins Kaiserreich gab und ob ihre Rückgabe erfordert wurde.

Dass Restitutionsforderungen für in der Kolonialzeit nach Europa verbrachte Kunst alles andere als neu sind, verdeutlichte Savoy in ihrem Buch »Afrikas Kampf um seine Kunst«. Darin wies sie nach, dass bereits kurz nach der Unabhängigkeit vieler afrikanischer Staaten afrikanische Intellektuelle, Politiker_innen und Museumsmitarbeitende eine Dynamik in Gang brachten, die ihren Widerhall in Europa fand. Auch in Deutschland suchten Engagierte nach Wegen, um Kulturgüter zurückzugeben, etwa umfangreiche Benin-Sammlungen aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Diese Versuche scheiterten jedoch an der Verweigerungshaltung der Entscheidungsträger_innen, die behaupteten, die Objekte seien legal erworben worden und der Nationalismus der unabhängig gewordenen Länder stelle ein Hindernis für eine Rückgabe dar. Für Savoy ist diese Restitutionsdebatte, die ihren Höhepunkt um 1980 erlebte, die »Geschichte einer postkolonialen Niederlage«.

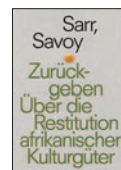
Weltgeschichte im Spiegel von Besitz

Der von ihr mit herausgegebene Bildatlas »Beute« enthält mehr als 80 Beiträge, die das Schicksal einzelner Objekte analysieren, die erworben, entwendet und zum Teil auch restituiert wurden. Er erzählt Weltgeschichte im Spiegel wechselhafter Eigentumsverhältnisse in Verbindung mit Besitz-, Macht- und Überlegenheitsansprüchen, die häufig, aber nicht ausschließlich in kolonialen Kontexten erhoben wurden. »Beute« legt den Schwerpunkt auf koloniale Zusammenhänge und nimmt vor allem Frankreich, Großbritannien und Deutschland in den Blick. Aber auch andere Restitutionsdebatten werden aufgegriffen: So zum Beispiel die über den Obelisken von Axum, der 1937 aus Äthiopien nach Italien verbracht wurde, die wechselhafte Geschichte der bronzenen Pferde und des Löwen von San Marco, die sich seit 1815 wieder an der Fassade des Markuspalastes in Venedig befinden oder der zulasten von Jüdinnen und Juden begangene Kunstraub im Paris unter nationalsozialistischer Herrschaft.

»Mich interessiert die Verschränkung von Kunst und Politik.« Bénédicte Savoy

Für Savoy ist es selbstverständlich, viel zu publizieren, sich in Interviews und Vorträgen öffentlich zu äußern, sich in gesellschaftliche Debatten einzumischen. Sie hält dies für dringend geboten »angesichts der starken Verbreitung von Fake News und rhetorischer Wolken etwa um das Berliner Humboldtforum«. Dessen Beirat hatte sie 2017 aus Protest gegen die mangelnde Aufklärung der Herkunft der Objekte und die unzureichende Verzahnung von Sammlung und Wissenschaft verlassen. Durch die Arbeit mit Archivmaterial tragen Savoy und ihre Kolleg_innen dazu bei, »die historische Faktenlage freizulegen«, die nach Ansicht der 49-jährigen in den großen Institutionen »willeentlich oder unwillentlich bislang weitgehend unsichtbar geblieben ist«.

Berlin ist derzeit zentrale Wirkungsstätte der Kunsthistorikerin, denn an der Museumslandschaft der Hauptstadt könnten die Traumata des Zweiten Weltkrieges sowie der deutschen Teilung abgelesen werden, meint Savoy. Auch sei die sowjetische Beutekunst, die nach 1945 nach Moskau gelangte, ein sehr spannendes, bislang wenig beachtetes Thema. Zwar sei Berlin »wahnsinnig rückständig«, weil die Museen es immer noch nicht geschafft hätten, Datenbanken zur Herkunft ihrer Bestände online zu stellen, doch gebe es in der Stadt auch ein stark ausgeprägtes Bewusstsein dafür, »dass man Geschichte mitgestalten soll«. Ein Bewusstsein, das auch Bénédicte Savoy prägt. ♦



Zurückgeben. Mit Felwine Sarr. Über die Restitution afrikanischer Kulturgüter. Aus dem Französischen von Daniel Fastner. Matthes & Seitz, Berlin 2019, 224 Seiten, 18 Euro



Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage. C.H. Beck, München 2021, 256 Seiten, 24 Euro



Beute. Mit Merten Lagatz und Philippa Sissis. Ein Bildatlas zu Kunstraub und Kulturerbe. Matthes & Seitz, Berlin 2021, 389 Seiten, 38 Euro

Bilder, die von einer Last befreien

Die vielfach ausgezeichnete Fotografin **Nazik Armenakyan** widmet einen Großteil ihrer Arbeit den Frauen in Armenien. Viele werden von ihren Partnern mit HIV infiziert – und von der patriarchalen Gesellschaft des Landes ausgeschlossen. *Von Tigran Petrosyan*

Im März 2021 registrierte das Nationale Zentrum für ansteckende Krankheiten in Armenien 4.217 Fälle von HIV-Infektionen, davon 1.292 bei Frauen. In den meisten Fällen waren sie von ihren Ehemännern infiziert worden. Viele armenische Männer sind Arbeitsmigranten, die ihr Geld vor allem in der Russischen Föderation verdienen. Ihre Zahl wird auf bis zu 250.000 jährlich geschätzt. Vor allem kleine Städte und Dörfer, in denen Frauen, Kinder und Alte mehrere Monate im Jahr unter sich sind, leben von den Überweisungen der Ehemänner, Väter oder Kinder aus dem Ausland. Allerdings kommt mit dem Geld oftmals auch eine HIV-Infektion: Die Gastarbeiter stecken sich während ihres Arbeitsaufenthalts im Ausland an und infizieren dann in der Heimat ihre Partnerinnen.

Die Fotografin Nazik Armenakyan trifft seit mehreren Jahren Frauen, die von ihren Männern mit HIV infiziert worden sind. Sie lässt sich ihre Geschichten erzählen und fotografiert sie. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in ihre fortlaufende Serie »Rot – Schwarz – Weiß« ein. Die Dokumentarfotografin will durch ihre Aufnahmen Frauen in Armenien stärken und Tabuthemen in der patriarchalischen Gesellschaft aufbrechen. HIV ist eines davon.

Gottesmutter

Armenakyan traf Frauen, die schon während der Schwangerschaft erkrankt waren, jedoch nichts davon wussten. Sie brachten ihre Kinder zur Welt, stillten sie und erfuhren erst nach zwei oder drei Jahren durch ärztliche Untersuchungen von ihrer HIV-Infektion und dass sie ihre Kinder angesteckt hatten. »Unwissenheit verbindet sich mit Traditionen der christlich-patriarchalischen Gesellschaft.« Über 92 Prozent der Menschen in der Südkaukasusrepublik gehören offiziell der Armenisch-Apostolischen Kirche an; das Christentum ist ein wesentlicher Teil der Identität des Landes. Die Armenier_innen sind stolz darauf, dass ihr Land als weltweit erstes bereits im Jahr 301 das Christentum als Staatsreligion einführte. Auf diese Tradition baut Armenakyan ihre Inszenierung auf, wenn sie Frauen nach dem Vorbild der Gottesmutter darstellt. So fotografierte sie Mutter und Kind bedeckt mit weißen Laken. Der Junge berührt mit dem Mund die Brust seiner Mutter, wie auf den Darstellungen von Jesus und Maria.



Nazik Armenakyan, 44 Jahre, arbeitet seit 2002 als Fotografin für Nachrichtenagenturen, Magazine und Zeitungen, darunter The New York Times, lens blog, The Guardian, Reuters und ArmeniaNow.com. Sie ist für ihr Werk vielfach ausgezeichnet worden und war unter anderem Stipendiatin der Magnum Foundation. Mit einer Porträtreihe von Überlebenden des armenischen Genozids gewann sie 2009 den Grand Prix des Karl Bulla International Photo Contest. In ihren Langzeitprojekten hat Armenakyan sich auch mit der Lebenssituation von homo-, trans- und intersexuellen Menschen in Armenien beschäftigt. Nazik Armenakyan ist Mitbegründerin des nicht-kommerziellen 4 Plus Documentary Photography Center, das Frauen in Armenien mit Hilfe der Fotografie stärken will.

Die Bilder sind zu sehen unter: www.4plus.org/red-black-white



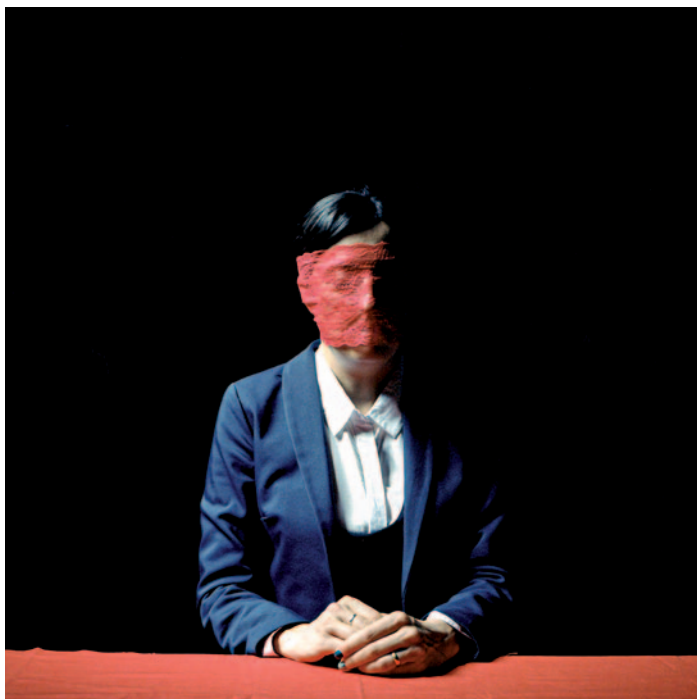
Unsichtbar

»Nach der Hochzeit verbringt die Frau mehr Zeit am Küchentisch als im Bett«, sagt Armenakyan. Das Motiv der Frau am Tisch ist zentral in ihren Bildern. Die Fotografin verhüllt die Gesichter der Porträtierten. »Dies macht klar, dass die Menschen in unserer Gesellschaft keine Ahnung von der Krankheit haben und wie Menschen mit einer HIV-Infektion überhaupt aussehen.« Die Betroffenen selbst hielten ihre Krankheit geheim. Es gebe Fälle, in denen Dorfbewohner_innen es aus Angst vor Ansteckung vermieden, in das Haus einer Erkrankten zu gehen und ihr die Hand zu geben. Sie gingen nicht einmal zu ihrer Beerdigung. Deshalb fotografiert Armenakyan die Frauen in einem Fotostudio. Sie will die Frauen nicht bloßstellen. Doch die Hände der Frauen auf dem Tisch sind sichtbar, weil »HIV-positive Menschen echte Menschen sind und um uns herum leben«.



Rote Äpfel

»Mein Mann schlägt mich, nimmt Drogen und ist ständig betrunken.« Diese Aussage höre sie häufiger, sagt Armenakyan. Armenien hat nur knapp drei Millionen Einwohner_innen, doch jährlich werden etwa 2.000 Frauen Opfer familiärer Gewalt. Eine Frau hat ihrem Mann zu dienen. Jungfrau zu sein, ist für die Familie des Ehemanns vor allem in ländlichen Gebieten Bedingung für eine Heirat. Nach der Hochzeitsnacht bringen die Verwandten der Braut auf großen Tablettts rote Äpfel zum Haus des Ehemannes – als Zeichen dafür, dass die Braut Jungfrau war. Die Jungfräulichkeit wird sichtbar, HIV nicht. Es gebe viele Selbstmordversuche von Frauen. »Die Tradition ist so stark, dass diese Sitten bis heute fort dauern, aber ich möchte diese Verhaltensweisen infrage stellen«, sagt die Fotografin. »Das Schamgefühl ist die Ursache allen Unglücks.«



Wandel

Am Tisch sitzt eine Frau, deren Gesicht im Gegensatz zu dem der anderen Frauen nur leicht bedeckt ist – als habe diese Frau nicht so viel zu verbergen. Ihre Nägel sind lackiert, an ihren Fingern glänzen Ringe. Sie trägt Hemd und Anzug, nicht die armenische Frauentracht. »Sie ist eine kluge Frau, eine starke Frau«, sagt Armenakyan. Dies sei keine Frau, die in Scham und Angst lebe. Sie sei bereit für Veränderungen und bereit, etwas dafür zu tun. Rot, schwarz und weiß sind die dominierenden Farben dieser Werkreihe. Rot sei die Farbe des Blutes, Schwarz symbolisiere das Drama, und Weiß stehe für das neue Leben mit HIV, erklärt die Fotografin. »Damit will ich deutlich machen, dass es möglich ist, auch mit HIV glücklich zu leben.« Viele der Frauen hätten nach den Aufnahmen das Gefühl gehabt, von einer Last befreit zu sein, erzählt die Fotografin. Als sie die ersten Bilder und Geschichten online stellte, meldeten sich weitere Frauen bei ihr, um sich auch fotografieren zu lassen. Armenakyan setzt die Reihe fort und hofft, ihre Fotos öffentlich ausstellen zu können. Zudem plant sie ein neues Projekt: »Ich will auch Männer fotografieren, die eher als Sündenbock denn als Opfer gelten.« ♦

Ein Tropfen Glück

Arabesk wird in der Türkei ebenso wie in Israel gehört. Was den Fans in beiden Ländern nicht bewusst sein dürfte: Die Künstler_innen der orientalisch anmutenden Popmusik beeinflussen sich gegenseitig – über politische und kulturelle Differenzen hinweg.
Von Ulrich Gutmair

Endlich durfte Orhan Gencebay im türkischen Fernsehen singen. Fans in der ganzen Türkei waren 1979 begeistert, eine neue Ära hatte begonnen. Zwar waren seine Schallplatten in der Türkei seit den frühen 1970er Jahren sehr erfolgreich. Aber den Beamten der staatlichen Zensurbehörden und den Verantwortlichen in Radio und Fernsehen war die Musik des hervorragend ausgebildeten Spielers der Langhalslaute Bağlama bis dahin suspekt gewesen. Er wurde der Arabesk-Szene zugeordnet. Dieser Genre-Mix aus arabischer Musik, türkischer Folklore und westlichem Pop, der vor allem in den Armenvierteln der großen Städte gehört wurde, war offiziell verpönt.

1984 veröffentlichte Gencebay das Album »Dil Yarası«, das millionenfach verkauft wurde. Auch die vielen Händler_innen im zentralen Busbahnhof von Tel Aviv im armen Süden der Stadt, wo viele jüdische Einwander_innen aus arabischen Ländern lebten, hatten die Kassette von Gencebay im Angebot. Ähnlich wie die Arabesk Gencebays wurde die Musik der Misrachim, wie die orientalischen Jüdinnen und Juden von der Mehrheitsgesellschaft genannt werden, im israelischen Rundfunk nicht gespielt. Man hörte sie auf Hochzeiten, Familienfesten und in Tanzclubs. Gencebays Lied »Dil Yarası« wurde bald darauf von einer israelischen Interpretin adaptiert. Die junge, aus einer marokkanischen Familie stammende Sängerin Zehava Ben nahm das Stück mit einem neuen hebräischen Text auf und nannte es »Tipat Mazal« (Ein Tropfen Glück).

In Anlehnung daran gab die polnische Plattensammlerin und Kuratorin Kornelia Binicewicz ihrem im Internet dokumentierten Projekt, das sich mit dem

Musiktransfer zwischen der Türkei und Israel befasst, den Titel »A Drop of Luck«. Die Anthropologin zeigt, wie die Musik Orte und Gesellschaften miteinander verbindet, deren Regierungen seit Jahrzehnten ein überwiegend krisenhaftes Verhältnis zueinander haben. Vor diesem Hintergrund ist Binicewicz' mit Mitteln aus dem israelischen Kulturerbe gesponserteres Projekt zugleich ein Versuch der kulturellen Diplomatie: Es will Gemeinsamkeiten aufzeigen, wo sonst Trennendes im Vordergrund steht.

Binicewicz, die seit 2015 in Istanbul lebt, präsentiert auf ihrer Website ladiesonrecords.com die Ergebnisse ihrer langjährigen Tätigkeit als Sammlerin und Forscherin auf Englisch, Türkisch und Hebräisch. Auch ein Podcast zum Thema und eine Kompilation mit Adaptionen von türkischen und israelischen Sängerinnen kann man dort hören.

Distanz zu den arabischen Traditionen

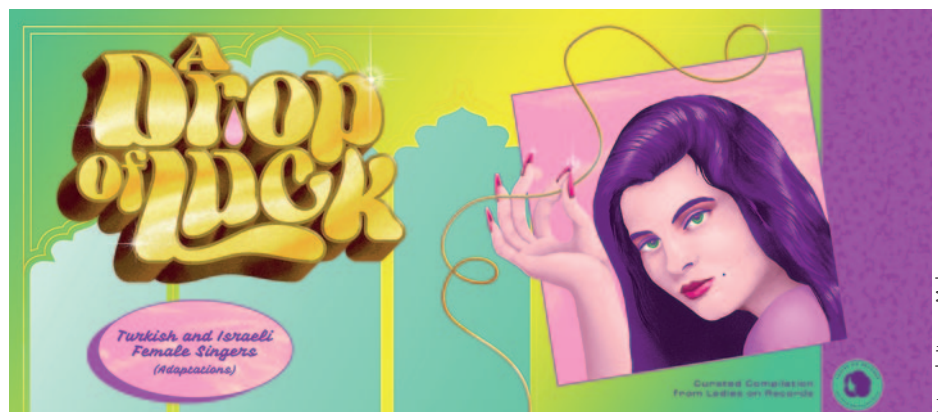
Der Austausch der beiden Musikkulturen ging in beide Richtungen: 1987 etwa wurde Ofra Hazas »Im Nin'alu« zu einem weltweiten Hit. Der Liedtext basiert auf einem liturgischen Gedicht jemenitischer Juden. Ein Jahr später veröffentlichte Zer-

rin Özer eine türkische Version des Stücks unter dem Titel »Hani Yeminin?«, zu dem nun auch junge Türk_innen tanzten.

Den Hörer_innen der Adaptionen war oft weder bewusst, woher die Lieder stammten, noch dass Arabesk und die Musik der Misrachim ein ähnliches Schicksal teilten: Es war die Musik von Bevölkerungsgruppen, die lange Zeit aus der offiziellen Kultur ausgeschlossen waren.

Binicewicz weist darauf hin, dass es weitere verblüffende Ähnlichkeiten zwischen türkischer und israelischer Popmusik gibt. Sie wird hier wie dort vor allem in Nachtclubs, Tavernen und Casinos gespielt, wo man isst, Musik hört und Bauchtänzerinnen zuschaut. Ähnlich ist auch die Intention, die seit den 1960er Jahren hinter dieser populären Musik steht: »Seit der Gründung beider Staaten war Musik ein Werkzeug, um eine Idee der Nation zu schaffen, zu verteidigen und das Land zu einen.«

In beiden Ländern versuchte man, gemäß der Vorstellungen der Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk und David Ben-Gurion, eine jeweils neue nationale Musik zu propagieren: Musik sollte den Geist des Landes ausdrücken und seinen Charakter formen. Beide Länder verstanden sich als



Die Anthropologin Kornelia Binicewicz beschäftigt sich mit dem Musiktransfer zwischen der Türkei und Israel.

Foto: Esra Özdoğan



Diese Musik wird in Nachtclubs, Tavernen und Casinos gespielt.

an westlichen Mustern orientierte. Sie sollte die biblische Geschichte verkörpern und damit den Anspruch des modernen israelischen Staats auf das Land untermauern.

Seit 1948 wanderten aber auch Hunderttausende Jüdinnen und Juden aus arabischen Ländern wie dem Irak, Jemen, Tunesien oder Marokko ein. Sie sprachen und sangen Arabisch, während der neue Staat auf der Idee einer hebräischen Kultur basierte. Die arabische Sprache und Musik wurden im jungen Israel jedoch an den Rand gedrängt. Jüdinnen und Juden aus arabischen Ländern hörten die von ihnen geliebten Lieder nur in den Radioprogrammen der Nachbarländer und sahen ihre Stars im ägyptischen Fernsehen. Viele in Marokko, Tunesien oder anderswo berühmte jüdische Sänger_innen traten in Israel nicht mehr auf.

In den 1970er Jahren wurde in den Clubs im Süden von Tel Aviv, in Jaffa, Jerusalem oder Bat Jam zu griechischer und türkischer Musik getanzt, die als mediterrane, levantinische und damit legitime Musik galt. Bald begann eine neue Generation von Interpret_innen aus Israel erst griechische, türkische und bald auch hebräische Lieder aufzunehmen.

Die politische Komponente einer Kultur von unten, die Kornelia Binicewicz in der Arabesk und der Musik der arabischen Jüdinnen und Juden entdeckte, fand ihr Echo auch in den politischen Entwicklungen beider Länder: Die von den linken europäischen Eliten in Israel an den Rand gedrängten Jüdinnen und Juden aus arabischen Ländern verhalfen 1977 Menachem Begin rechter Regierung zum Wahlsieg. Der Sound der Arabesk wiederum traf in den 1980er Jahren bei der türkischen Zensur auf mildere Ohren. Die Behörden waren nun darauf bedacht, die türkischen Traditionen nicht durch allzu moderne, westliche Einflüsse zu verwässern.

Es steht zu hoffen, dass Kornelia Binicewicz' Arbeit wie die von ihr gesammelte Musik auf offene Ohren stößt und in einer weiterhin angespannten Lage zwischen beiden Ländern zu mehr Verständnis beiträgt. ♦

www.ladiesonrecords.com/a-drop-of-luck

dem Westen zugewandte oder gar zugehörige moderne Staaten. Beide versuchten, sich von den arabischen Traditionen der Nachbarländer zu distanzieren.

Die von den türkischen Kulturpolitikern und Behörden geförderte Musik war tendenziell eher westlich orientiert und stand den eigenen Traditionen skeptisch gegenüber, weil deren arabischer und persischer Einfluss unüberhörbar war. Zur als westlich identifizierten und in der Türkei befürworteten Popmusik gehörten indes auch Lieder von israelischen Sänger_innen wie Yaffa Yarkoni, Ilanit oder Aris San. Sie wurden mit türkischen Texten von Stars wie Gönül Turgut, Nilüfer, Ayten Alpman oder Şenay interpretiert.

Doch die Reichweite von Radio Ankara und seinem offiziellen Musikprogramm war lange beschränkt, während das syrische Radio vielerorts in der Türkei emp-

fangen werden konnte. Durch diesen Einfluss entwickelte sich in den Armenvierteln der expandierenden Metropole Istanbul, wo viele vom Land zugezogene Menschen lebten, das Genre Arabesk.

In diesen informellen Vierteln, den »Gecekondular«, vermischten sich Traditionen der türkischen Folklore mit den arabischen Klängen aus dem Radio zu einer Musik der Massen. Sie wurde auf dem billigen und leicht zu vertreibenden Medium der Kassette verbreitet und brachte bald ihre eigenen Stars hervor. In Israel war es ähnlich. Dort verunglimpften die meist aus europäischen Ländern stammenden Eliten den Sound der orientalischen Jüd_innen als »Musik aus dem Busbahnhof« oder als »Kassettenmusik«. Denn auch dort war seit der Staatsgründung an einer neuen nationalen Musik gearbeitet worden, die sich

Zwei Blicke zurück

Eine Dokumentation auf Netflix und eine wissenschaftliche Publikation beschäftigen sich mit den Menschenrechtsverletzungen in der deutschen Siedlung Colonia Dignidad in Chile. Ihre Herangehensweise könnte unterschiedlicher nicht sein. **Von Ute Löhning**



Zwei große Veröffentlichungen über die Geschichte der Colonia Dignidad sind im Oktober erschienen – eine Netflix-Dokuserie und eine wissenschaftliche Arbeit. Beide greifen auf umfangreiches historisches Material zurück. Beide versuchen, die Geschichte jener auslandsdeutschen Siedlung in Chile zu erklären, in der Gehirnwäsche, Zwangsarbeit und sexualisierte Gewalt zum Alltag gehörten und wo politische Gefangene während der Pinochet-Diktatur gefoltert und ermordet wurden. Und doch unterscheidet sich nicht nur das

Medium, sondern auch die Perspektive deutlich.

In Chile hielt sich die Dokumentation »Colonia Dignidad. Eine deutsche Sekte in Chile« drei Wochen lang in den Top Ten von Netflix. In sechs Folgen wird die Geschichte der sogenannten »Kolonie der Würde« chronologisch erzählt: Von den Anfängen im Westdeutschland der 1950er Jahre über die Gründung der deutschen Siedlung in Chile im Jahr 1961 und die Kooperation mit der chilenischen Diktatur von 1973 bis 1990 bis zur Verhaftung des Sektenchefs Paul Schäfer in Argentinien 2005 und seinem Tod 2010.

Die Regisseur_innen Annette Baumeister und Wilfried Huismann kombinierten spannende Interviews mit wichti-

gen Protagonist_innen und exklusiven Originalaufnahmen: Zur Verfügung standen ihnen 400 Stunden Filme und Videos, 100 Stunden Audios, rund 9.000 Fotos, aufgenommen von Angehörigen der Colonia Dignidad selbst – als Propagandamaterial, das ein positives Bild der Kolonie zeichnen sollte. Vielfach verwendet im deutschen und chilenischen Fernsehen, habe dieses Material unser aller Bild von der Colonia Dignidad geprägt, erklären die Regisseur_innen. Es gab wohl weitere Aufnahmen. Doch die sollen wegen ihres kompromittierenden Inhalts auf dem Siedlungsgelände verbrannt worden sein, sagt Rechtsanwalt Winfried Hempel, der selbst in der Colonia Dignidad aufgewachsen ist.



Mit Aufführungen wie dieser pflegte die Colonia Dignidad ihr idyllisches Image.

Foto: Looksfilm / Netflix

Bei Betroffenen und Zeitzeug_innen ruft die Serie ein geteiltes Echo hervor. Ihrer Ansicht nach sollte das Material an die Ermittlungsbehörden übergeben werden, um das Schicksal der in der Colonia Dignidad verschwundenen oder ermordeten Gefangenen aufzuklären. Stattdessen übergaben einzelne Angehörige der Kolonie die Originalaufnahmen an den chilenischen Filmemacher Cristián Leighton. »Niemand weiß, welche Absprachen dabei getroffen wurden oder ob Geld geflossen ist«, kritisiert Hempel. Leighton, der Ideengeber der Dokumentation, kam 2016 mit der deutschen Produktionsfirma Looksfilm ins Geschäft, die wiederum Netflix und den WDR als Hauptfinanziers gewann, um das Material aufzubereiten

und mehrere Dokumentarfilm-Staffeln zu produzieren. Die Originalaufnahmen befänden sich nun im Filminstitut Cine-teca in Santiago, sagt die Produzentin Birgit Rasch von Looksfilm. Ab März 2022 werde das digitalisierte und verschlagwortete Material über eine Internetplattform öffentlich zur Verfügung gestellt.

Keine abgeschlossene Geschichte

In Chile führte die Ausstrahlung der Netflix-Serie zu Rücktrittsforderungen an Hernán Larraín, den amtierenden Minister für Justiz und Menschenrechte, weil er die Kolonie vor, während und selbst nach der Diktatur stützte. Die Dokumentation zeigt Aufnahmen, in denen Larraín in den 1990er Jahren als Senator der Region die Kolonie besuchte. Während chilenische Familien Anzeigen gegen Sektenchef Schäfer erstatteten, der ihre Kinder sexuell missbrauchte, stellte er sich damals schützend vor die Colonia Dignidad.

Der Anwalt der betroffenen chilenischen Kinder und Familien, Hernán Fernández, begrüßt, dass die Serie das Thema Colonia Dignidad wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt hat. Er kritisiert jedoch, dass sie eine »Galerie der Täter« zeige. Diese seien überproportional vertreten. Einige der – inzwischen erwachsenen – chilenischen Missbrauchsoffer kritisieren, die Serie stelle die Geschichte mit der Verhaftung Paul Schäfers 2005 als abgeschlossen dar. Dabei wird die Siedlung heute unter dem Namen Villa Baviera weiterbetrieben – und die gegenwärtige Führung weigert sich hartnäckig, Entschädigungszahlungen von mehr als einer Million Euro zu leisten, die den chilenischen Missbrauchsoffern seit 2013 rechtskräftig zustehen.

Zudem stützt die Netflix-Serie das Narrativ des Einzeltäters: Paul Schäfer wird entweder als Gott oder als Teufel dargestellt. Regisseur Wilfried Huismann verteidigt dies als »eher dramaturgische Entscheidung«. Schäfer habe die Geschichte getrieben und auch »dem Film Dynamik gegeben«. Das verzerrt jedoch die Realität, denn es gab mehrere Schlüsselpersonen. Zentral war etwa auch der ehemalige Arzt der Sekte, Hartmut Hopp. Er wurde in Chile wegen Beihilfe zu sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung Minderjähriger zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, floh jedoch 2011 nach Deutschland und lebt bis heute straflos in Krefeld.

Der Umgang des Auswärtigen Amtes und der deutschen Justiz mit dem Fall Colonia Dignidad steht hingegen im Zentrum der Dissertation von Jan Stehle, die

Autor Jan Stehle klagte den Zugang zu Archivmaterial des Auswärtigen Amtes ein.

im Oktober veröffentlicht wurde. Mehr als zehn Jahre lang durchkämmte der Politologe und Ökonom zahlreiche Archive, klagte den Zugang zu Archivmaterial des Auswärtigen Amtes ein, stellte in akribischer Kleinarbeit juristische Unterlagen zusammen und wertete eine Vielzahl persönlicher Berichte und Gespräche aus. Sein mehr als 600 Seiten starkes, gut strukturiertes Buch setzt aus vielen Puzzlestücken ein umfassendes Bild der Kolonie zusammen, dokumentiert das dramatische Versagen der deutschen Behörden und fordert konsequente Aufarbeitung.

Der Autor dokumentiert die Geschichte und Struktur der »pseudoreligiösen kriminellen Gemeinschaft« Colonia Dignidad samt ihrer Vorgänger- und Nachfolgeorganisationen von 1961 bis 2020 und führt deren interne und externe Verbrechen auf. Vor allem aber widmet er sich der »juristischen und parlamentarischen Aufarbeitung« der Verbrechen in Chile und Deutschland. Was die deutsche Justiz betrifft, ist sein Fazit ernüchternd: Sie verfolgte die Verbrechen in keinem einzigen Fall konsequent, alle Ermittlungsverfahren wurden ohne Anklageerhebung eingestellt. Als einzigen Lichtblick beschreibt der Autor, dass sowohl in Deutschland als auch in Chile allmählich eine politische Auseinandersetzung mit den Versäumnissen der Vergangenheit beginnt und dass sich verschiedene Opfergruppen organisiert haben. Jan Stehles Buch bietet einen sehr guten Überblick über die Ereignisse, eine enorme Datenbasis und einen Ausgangspunkt für weitere Recherchen. ♦

Colonia Dignidad. Eine deutsche Sekte in Chile, Netflix 2021, 6 Folgen, Regie: Annette Baumeister und Wilfried Huismann

Jan Stehle: Der Fall Colonia Dignidad. Zum Umgang bundesdeutscher Außenpolitik und Justiz mit Menschenrechtsverletzungen 1961–2020.



Transcript Verlag, Bielefeld, 644 Seiten, 29 Euro

Download
gratis
unter:



Die Kehrseite des Konsums

Der Journalist Jan Stremmel schildert in »Drecksarbeit«, unter welchen Umständen Dinge unseres Alltags in anderen Ländern hergestellt werden. **Von Wera Reusch**

Arbeiter_innen sammeln auf den Kapverden Sand für die Bauindustrie.

Foto: Veronique de Viguier / Reportage by Getty Images

Die Gurken, die Unterhosen, die Grillkohle, die Rosen. Wo kommen sie her, und unter welchen Bedingungen werden sie produziert? Jan Stremmel wollte es genau wissen und reiste an den Anfang der jeweiligen Lieferkette, nach Spanien, Indien, Paraguay und Kenia. Am Ort der Produktion angekommen, beließ es der Reporter nicht bei Rundgängen und Interviews, sondern packte einen Tag lang mit an. Dabei krachte er durch das Plastikdach eines Gewächshauses, verätzte sich in einer Färberei die Füße, zog sich in einem Meiler schmerzende Lendenwirbel zu und zerstückte sich in einer Farm die Hände.

»Drecksarbeit« versammelt zehn Reportagen Stremmels, die im Laufe von fünf Jahren in zahlreichen Ländern weltweit entstanden sind. Für seine »Geschichten aus dem Maschinenraum unseres bequemen Lebens« wählte der Journalist alltägliche Produkte, anhand derer sich der Zusammenhang zwischen Konsum hier und sozialen sowie ökologischen Folgen andernorts besonders deutlich zeigt: »Ein T-Shirt tragen wir heute im Schnitt kaum öfter als die Plastiktüte,

in der wir es aus dem Laden mitgenommen haben«, stellt der Autor fest und schildert die Kehrseite der Baumwollproduktion: In Kasachstan sitzen Fischer auf dem Trockenen, weil der Aralsee wegen des enormen Wasserbedarfs der Baumwollpflanzen nicht mehr existiert, und in Indien haben die Chemikalien der Textilindustrie Flüsse und Grundwasser vergiftet.

Die massenhafte Nachfrage und die niedrigen Preise bei uns führen unweigerlich zu unmenschlichen Arbeitsbedingungen, gesundheitlichen Schäden und ökologischen Katastrophen in den Produktionsländern, so lautet die wiederkehrende Erkenntnis, die Stremmel auch bei Besuchen in China, Indonesien und Kolumbien gewann, wo er Handyfabriken, Palmölplantagen und Kaffeefelder aufsuchte. Erhellend ist nicht zuletzt seine Reportage von den Kapverden: Dort schloss sich der Journalist einer Frau an, die illegal in mühseliger Handarbeit feinen Sand aus einem Flussbett gewann. Der begehrte Rohstoff wird für Beton benötigt, der unter anderem in Touristenhotels verbaut wird.

Die Stärke des 1985 geborenen Journalisten liegt darin, komplexe globale Zusammenhänge in einer sehr zugäng-

lichen und anschaulichen Form darzustellen, indem er sachliche Hintergrundinformationen in persönliche Erlebnisse einbettet. Seine aus der Ich-Perspektive erzählten Reportagen zielen auf ein junges Publikum, das er mit der Beschreibung seiner Arbeitseinsätze unmittelbar am Prozess des Erkenntnisgewinns teilhaben lässt. Zwar entgeht er nicht immer dem Problem der Eitelkeit, das bei dieser Art von Reportagen unweigerlich droht, doch macht es ihn andererseits sympathisch und glaubwürdig, dass er sich den harten Arbeitsbedingungen zumindest für ein paar Stunden ausgesetzt hat.

Stremmels Verdienst ist vor allem, dass er sein Augenmerk auf den »sozialen Fußabdruck« unseres Konsums richtet, der in der Klimadebatte zuweilen in den Hintergrund gerät. Seine Geschichten machen eindringlich klar, wie eng die sozialen, ökologischen und klimatischen Folgeschäden unseres Wirtschaftssystems miteinander verknüpft sind und welche Verantwortung wir für sie tragen. ♦



Jan Stremmel: Drecksarbeit. Geschichten aus dem Maschinenraum unseres bequemen Lebens. Kneesebeck Verlag, München 2021, 192 Seiten, 22 Euro

BÜCHER

Antikoloniale Debatten

»Der meistgehasste Philosoph Frankreichs freut sich, seinen größten Revolutionär zu treffen.« Mit diesen Worten begrüßte Jean-Paul Sartre Frantz Fanon, als sich die beiden im August 1961 erstmals begegneten. Fanon wünschte sich für sein antikoloniales Manifest »Die Verdammten dieser Erde« ein Vorwort von Sartre. Daher wurde ein Treffen in Rom vereinbart, an dem auch Simone de Beauvoir und Claude Lanzmann teilnahmen.

Das gemeinsame Wochenende mit seinen Debatten bildet den Ausgangspunkt einer Graphic Novel, die Leben und Werk Fanons in den Mittelpunkt rückt. Die Bilder der Rahmenhandlung zeigen die vier Intellektuellen im Restaurant, im Hotel oder beim Spaziergang, entscheidend sind jedoch die Sprechblasen, in denen lebhaft über Kolonialismus und Befreiung diskutiert wird, und die Rückblenden, in denen der »größte Revolutionär« sein Leben schildert. Geboren 1925 auf der Karibikinsel Martinique, nahm Fanon als Freiwilliger in der französischen Armee am Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland teil, studierte später in Frankreich Medizin und Philosophie und arbeitete als Psychiater. Nicht zuletzt der Kontakt zu Folteropfern in einer Klinik in Algerien bestärkte ihn in seiner Überzeugung, dass die Kolonien Orte sind, »an denen man unter freiem Himmel eingesperrt ist«: »Unsere Revolution wird uns von dieser Pathologie namens Kolonisierung befreien.«

Die Graphic Novel des Schriftstellers Frédéric Cieriez und des Illustrators Romain Lamy ist etwas spröde. Doch für alle, die sich mit dem politischen und intellektuellen Klima zu Beginn der 1960er Jahre beschäftigen wollen, ist »Frantz Fanon« eine hervorragende Einführung und eine Einladung, seine Schriften zu lesen. »Fanon wollte Sartre kennenlernen«, bilanziert Simone de Beauvoir das intellektuelle Gipfeltreffen. »Ich glaube Sartre hat Fanon kennengelernt.«



Frédéric Cieriez, Romain Lamy: Frantz Fanon. Aus dem Französischen von Michael Adrian. Hamburger Edition, Hamburg 2021, 232 Seiten, 25 Euro

Thula gegen Goliath

»Als auf einmal Säure vom Himmel regnete und die Flüsse sich grün färbten, hätten wir wissen müssen, dass unser Land bald tot sein würde.« Mit dieser düsteren Einsicht beginnt »Wie schön wir waren«, der neue Roman von Imbolo Mbue. Er spielt in einem afrikanischen Dorf, das vom Untergang bedroht ist, seit ein US-Unternehmen namens Pexton dort Öl fördert. Die lokale Bevölkerung verfolgt 40 Jahre lang alle nur denkbaren Strategien, um den Konzern von ihrem Land zu vertreiben: Bittgänge und Proteste, Gerichtsverfahren und Sabotageaktionen. Doch egal, ob das Dorf auf Schläue, Diplomatie oder Gewalt setzt – am Ende bezahlt es immer einen hohen Preis.

Die kamerunisch-amerikanische Schriftstellerin hat ihre Geschichte in einem namenlosen afrikanischen Land angesiedelt, dessen korrupter Diktator mit dem Ölkonzern paktiert, was den Roman wie eine Parabel auf Neokolonialismus und Autokratie wirken lässt. Geschildert wird der Kampf des Dorfes aus der Perspektive mehrerer Generationen. Die Kinder, die im Laufe der Erzählung erwachsen werden, spielen dabei eine zentrale Rolle, insbesondere Thula. Das rebellische Mädchen verwendet das Geld, mit dem Pexton das Dorf besänftigen will, um in den USA zu studieren und sich das Wissen anzueignen, das ihrer Ansicht nach nötig ist, um den Konzernen zu besiegen.

Mbue vermeidet eine schwarz-weiße David-gegen-Goliath-Geschichte. Sie fächert die Situation vielmehr komplex auf, beschreibt die widerstrebenden Interessen im Dorf, die Generationenkonflikte und patriarchalen Muster, die Korruption, die Repression und nicht zuletzt die ambivalente Rolle, die eine internationale Solidaritätsorganisation spielt.

Wie Chimamanda Ngozi Adichie, Yaa Gyasi und Taiye Selasi nutzt Imbolo Mbue ihre Kenntnis Afrikas und des Westens, um auf hohem literarischem Niveau Kritik an allen Seiten zu üben.



Imbolo Mbue: Wie schön wir waren. Roman. Aus dem Englischen von Maria Hummitzsch. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2021, 443 Seiten, 23 Euro

Leben ohne Chip

Fünfehn Meter hohe Stahlbetonpfeiler, bestehend aus fünf Schichten Stahl, oben auf ein dichtes Metallgeflecht aus Elektrozaun und Stacheldrahtspulen sowie Lasergewehren – brachial riegelt die »Great American Wall« im Jahr 2032 die USA vom südlichen Teil des Kontinents ab. Von Kalifornien über Arizona, von New Mexico bis Texas erstreckt sich der Schutzwall, der »die Vereinigten Staaten von Amerika, die großartigste Nation in der Geschichte der Großartigkeit« vor der »Plage durch die Immigranten« schützen soll. Auch wird allen US-Amerikaner_innen ein Chip implantiert, der es der Regierung ermöglicht, jede Person zu identifizieren. Wer sich unregistriert in den USA aufhält, wird inhaftiert.

Die Autorinnen Paola Mendoza und Abby Sher zeichnen eine Dystopie, die angesichts der Ära Trump, der Klimakrise, aber auch der Situation Geflüchteter in Europa und an den europäischen Außengrenzen erschreckend real wirkt. Die Geschichte der 16-jährigen Vali, die in diesem aufwühlenden Jugendroman geschildert wird, scheint nicht weit hergeholt, sondern konsequent zu Ende gedacht. Valis aus Kolumbien geflohene Familie hat sich ein Leben in Vermont aufgebaut. Doch angesichts der stetig wachsenden Bedrohung und der immer näherkommenden »Säuberungen« machen sich Vali, ihre Mutter und ihr kleiner Bruder auf den Weg nach Kalifornien, dem einzigen Bundesstaat, der sich der menschenverachtenden Migrationspolitik des US-Präsidenten widersetzt. Als die Mutter, deren gefälschter ID-Chip nicht mehr funktioniert, von einer Deportationseinheit festgenommen wird, sind Vali und ihr Bruder zunächst auf sich allein gestellt. Ihre Flucht von der Ostküste nach Kalifornien ist gefährlich, ihre Erlebnisse sind erschütternd und traumatisierend; doch der Überlebenswille und die Stärke, die Vali entwickelt, beeindrucken.



Paola Mendoza, Abby Sher: Sanctuary. Flucht in die Freiheit. Aus dem Englischen von Stefanie Frida Lemke. Carlsen Verlag, Hamburg 2021, 352 Seiten, 15 Euro, ab 14 Jahren

Kino als Ort der Freiheit

Ein Meisterwerk aus Afghanistan: »Kabul Kinderheim« von Shahrbanoo Sadat erzählt von einer Jugend zwischen Mudschaheddin und Sowjetunion. **Von Jürgen Kiontke**

Ein Film, der passt wie kein anderer: »Kabul Kinderheim« heißt das Werk von Shahrbanoo Sadat, das jetzt den Weg in die deutschen Kinos findet. Es erzählt, wie ein guter Weg für Afghanistans Jugend aussehen könnte, würde das Land nicht ein ums andere Mal in Bürgerkrieg und Diktatur versinken.

Die Geschichte spielt im Jahr 1989: Das Bildungssystem steht unter dem Einfluss der Sowjetunion, deren Auflösungserscheinungen sich auch in Afghanistan zeigen. Die Mudschaheddin stehen vor den Toren Kabuls, bereit, die Macht zu übernehmen und dem Land die Zivilisation auszutreiben. Qodrat ist 15 Jahre alt und lebt von kleinen Geschäften auf der Straße. So kauft er zum Beispiel billig Kinokarten, um sie kurz vor einer ausverkauften Vorstellung meistbietend zu verhökern. Denn wie viele andere liebt auch er das indische Bollywood-Kino: Die Säle sind voll, wenn die aufrechten Jungs die Bösen vermöbeln. Und wenn es knallt, träumt sich Qodrat in die Titelrolle. Ja,

auch er wird mit den Schurken kurzen Prozess machen! Das Kino ist ein Möglichkeitsort des Guten, der Freiheit, der individuellen Stärke.

Auch ganz real hagelt es Backpfeifen, allerdings von Gleichaltrigen auf der Straße. Qodrat wird geschnappt und in ein Kinderheim für Jungen gebracht, wo der Direktor – zum Glück – ein striktes Regiment führt und die Jungs, die sich untereinander fast umbringen, morgens mit der Trompete aus dem Bett pustet. In der Schule gibt es einiges zu lernen – von der unverschleierte Lehrerin aus der Sowjetunion. Sogar ein Ausflug zum Lenin-Mausoleum nach Moskau steht auf dem Programm. Es sind Szenen der Unbeschwertheit, die den drohenden Krieg jedoch nur für kurze Zeit in den Hintergrund drängen. Denn immer wieder gibt es Meldungen über vorrückende Mudschaheddin, die dem normalen Leben ein Ende setzen werden.

»Kabul Kinderheim« basiert auf realen Erlebnissen eines Freundes von

Shahrbanoo Sadat und bewegt sich kunstvoll auf der Grenze zwischen Fiktion und Dokumentation. Bereits 2016 drehte die Regisseurin »Wolf and Sheep«. Der dritte und vierte Film ihrer Afghanistan-Reihe sind bereits in Arbeit. Sie sei erst mit 20 Jahren das erste Mal in einem richtigen Filmtheater gewesen, erzählt Sadat: »Das Kino kam erst spät in mein Leben.« Die 1990 in Teheran geborene Regisseurin lebte bis zum erneuten Einmarsch der Taliban im Sommer 2021 in Kabul und studierte dort Film. Erst vor einigen Wochen ist sie nach Hamburg geflohen.

»Kabul Kinderheim« ist ein toller Film über das Erwachsenwerden und darüber, welche entscheidende Rolle Bildung spielt: Sind die Lehrkräfte engagiert, schaffen sie es auch in einem sehr armen Land, Jugendliche zu begeistern und von der Straße zu holen, so die frohe Botschaft. Kunstvoll verbindet die Regisseurin Szenen, in denen die Schüler schauspielern, mit Bollywood-Sequenzen. Sadat arbeitet mit einfachen Mitteln und hat ein ausgeprägtes Gespür für Popkultur. Selbst, als der Krieg in die Schule einbricht, gewinnt die Fantasie ihrer Protagonisten noch die Oberhand. Ein interessantes, politisches und wunderschönes Kino. ♦



»Kabul Kinderheim«. AFG u.a. 2019. Regie: Shahrbanoo Sadat. Darsteller: Qodratollah Qadiri, Sediqa Rasuli. In den Kinos



Qodrat flieht in seinen Träumen aus der afghanischen Realität in ein Heldenleben à la Bollywood.

Foto: Virginie Surdej

FILM & MUSIK

Auf den Fluchtrouten

Sie ist zu einiger Berühmtheit gelangt, die Elektroschrottmüllhalde in Ghanas Hauptstadt Accra, nicht zuletzt durch den Dokumentarfilm »Welcome to Sodom« aus dem Jahr 2018. Tonnenweise werden in Agbogbloshie alte Computer und Handys aus Europa abgeladen und unter widrigsten Arbeitsbedingungen von Kindern und Erwachsenen ausgeschlachtet.

Regisseur York-Fabian Raabe hat die Müllhalde nun als Filmset für seinen Spielfilm »Borga« gewählt, der mit dem Tänzer Eugene Boateng und der Schauspielerin Christiane Paul prominent besetzt ist. Erzählt wird die Geschichte der Brüder Kojo (Boateng) und Kofi (Jude Arnold Kurankyi), die auf der Müllhalde im Betrieb ihres Vaters arbeiten. Als Juniorchef bevorzugt der Vater Kofi, während auf Kojo ein Leben als Handlanger wartet. Er begibt sich deshalb auf die Migrationsroute nach Europa, um ein »Borga« zu werden, einer, der es im Ausland zu Geld gebracht hat.

Die Reise ist von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen geprägt, aber Kojo schlägt sich bis Deutschland durch. Mithilfe der Sozialarbeiterin Lina (Paul) und gemeinsam mit dem Schrotthändler Bo (Ibrahima Sanogo) wird er zu einem gefragten Geschäftsmann im Handel mit ausgemusterten Geräten. Auf seinen Reisen transportiert Kojo, der mittlerweile in den teuersten Hotels wohnt, allerdings auch Kokain, und mehr als einmal drohen Chaos und Brutalität, bis Kojos Leben eine unerwartete Wendung nimmt.

Raabe will das Thema Migration aus einer schwarzen Perspektive erzählen und erklären, welche Motivation Menschen haben, nach Europa zu gehen, aus welchen Verhältnissen sie stammen und welcher Druck auf ihnen lastet. Das Skript für sein Spielfilmdebüt hat er gemeinsam mit Hauptdarsteller Eugene Boateng über Jahre entwickelt. Herausgekommen ist ein intensiver Film, der einen scharfen Blick auf die Lebensverhältnisse in den verdeckten Ökonomien der Gegenwart wirft.



»Borga«. Regie: York-Fabian Raabe, Darsteller: Eugene Boateng, Christiane Paul. In den Kinos

Gegensätze versöhnen

Yousef Kekhia ist ein musikalischer Tiefstapler. Ganz friedlich, unaufgeregt, ja harmlos kommt sie daher, die Musik auf »Polylog«, aber unter der Oberfläche, da brodelnd es. Denn sowohl musikalisch als auch inhaltlich verarbeitet der in Syrien aufgewachsene und in Deutschland lebende Musiker sein Leben zwischen zwei ziemlich weit auseinanderliegenden Kulturen. Unter mal arabisch, aber niemals arabesk anmutenden Melodiebögen und simplen, flächigen Ambient-Harmonien brechen sich immer wieder elektronische Rhythmen Bahn, die auf das sagenumwobene, wenn auch seit Corona weitgehend lahmliegende Nachtleben in Kekhias neuer Heimat Berlin verweisen. Doch die Musik, in der diese beiden Pole scheinbar schwerelos zueinander finden, bildet vor allem die perfekte Hintergrundfolie für Kekhias Texte. Vor gut zwei Jahren, auf seinem Debüt »Monologue« waren die bestimmenden Themen noch seine langjährige Flucht, die 2013 in Aleppo begann, eine Krebserkrankung, Depressionen, Verzweiflung und Heimatlosigkeit. »Polylog« steht dagegen ganz im hoffnungsvolleren Heute. Kekhia erinnert sich zwar noch an das verlorene Land, das er brennend zurückgelassen hat, aber er sinniert auch über sein neues Leben, den Kontakt zu anderen Kulturen – und nicht zuletzt über die für ihn erstaunliche Entdeckung, dass ein Mann zum Feministen wachsen kann.

Dass er seine Texte in seiner Muttersprache singt, ist schade für alle, die des Arabischen nicht mächtig sind. Kekhias Verse sind voller Poesie, nicht nur in dem dunklen »Al Rabta«. »Ich würde meine Kunst betrügen, schriebe ich in Farben«, singt Kekhia dort, kurz darauf lässt er Wolken so lange über den Himmel ziehen, bis sie die Dunkelheit in den Seelen wegwischen können. Aber man muss nicht unbedingt verstehen, was Yousef Kekhia singt, wenn man nur hört, wie er singt. Diese Musik allein hat genug Kraft, die glückliche Versöhnung der Gegensätze spürbar zu machen.



Yousef Kekhia: »Polylog« (Kommerz Records/Zebralution)

Gender und Musik im Fluss

Sie wollen wissen, was gerade los ist im Pop? Wie er zerfasert in unüberschaubar viele Genres? Wie mittlerweile nicht mehr nur im Underground, sondern auch in den Charts die Gender-Grenzen zerfließen, mit Identitäten gespielt und das globale Dorf Wirklichkeit wird? Sie haben aber keine Zeit, sich auf Spotify ein paar Wochen lang Musik anzuhören? Dann empfehlen wir Arca und ihr neues Werk. Ja, man muss das ein Werk nennen, denn die 32-Jährige, die als Produzentin für Popstars wie Björk, Kanye West oder Frank Ocean berühmt wurde, hat ein Triptychon aus gleich drei Alben eingespielt. Auf »KICK ii«, »KICK iii« und »KICK iiiii« wird ausgelotet, was musikalisch heutzutage alles möglich ist – oder übermorgen vielleicht erst möglich sein wird.

32 Stücke und gut anderthalb Stunden lang verschmilzt die aus Venezuela stammende Musikerin, die als Alejandro Gherisi geboren wurde und sich seit 2018 als non-binäre Transfrau identifiziert, avantgardistische Ideen mit allen erdenklichen Klängen, die dank aktueller Technik möglich sind. So kann sich eine kalte Roboterballade in Sekunden in einen schwitzen Dancefloor-Feger verwandeln, während im nächsten Moment Ethno-Kitsch anklingt und Arca singend von Transformationen erzählt. Ob es dabei um Geschlechtsumwandlung geht, um die menschliche Anverwandlung an Maschinen oder gesellschaftliche Veränderungen, bleibt offen. Alles ist fließend wie diese Musik: Ein Stück wie »Tiro« klingt ein paar Takte noch halbwegs konventionell, aber dann zerfällt der hüftschwingende Latino-Pop doch noch in vertrackte Beats, schräge Samples und komplexe elektronische Klangkunst. »Araña« dagegen ist von Anfang an ein sich sträubendes, bockiges Stück Musik aus gegenläufigen Rhythmen und sich bekriegenden Sounds. Diese drei Alben scheinen vorwiderstrebenden Einfällen schier zu plätzen, sind aber ein schillerndes und faszinierendes Abbild unserer moderneren Welt.



Arca: »KICK ii«/ »KICK iii«/ »KICK iiiii« (XL Recordings/Beggars)

SCHREIBEN SIE EINEN BRIEF

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Herkunft oder aus rassistischen Gründen inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. AMNESTY INTERNATIONAL veröffentlicht an dieser Stelle regelmäßig Geschichten von Betroffenen, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.



Foto: privat

PHILIPPINEN LEILA DE LIMA

Die philippinische Senatorin Leila de Lima ist seit dem 24. Februar 2017 aufgrund politisch motivierter Anklagen inhaftiert. Die ehemalige Vorsitzende der Menschenrechtskommission ist eine lautstarke Kritikerin des sogenannten »Kriegs gegen Drogen« der Regierung unter Präsident Rodrigo Duterte. Die Behörden begehen unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung unzählige Menschenrechtsverletzungen. So werden zahlreiche außergerichtliche Hinrichtungen vollstreckt, welche Leila de Lima untersuchen wollte. Dazu kam es jedoch nicht, da

sie festgenommen wurde und ihr Drogen delikte vorgeworfen wurden, für die keine Beweise vorliegen. Amnesty betrachtet Leila de Lima als gewaltlose politische Gefangene.

Von ihrer Zelle aus äußert sich Leila de Lima weiterhin handschriftlich zu aktuellen politischen Themen auf den Philippinen. Sie wollte virtuell an Senatssitzungen teilnehmen, was ihr jedoch untersagt wurde.

Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2022 höflich formulierte Briefe an den Justizminister der Philippinen und fordern Sie ihn auf, Leila de Lima unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Bitten Sie ihn auch, sicherzustellen, dass sie bis zu ihrer Freilassung uneingeschränkt Besuch empfangen kann und die benötigten Arbeitsmittel erhält, um ihre Tätigkeit als Senatorin auszuüben.

Schreiben Sie in gutem Filipino, Englisch oder auf Deutsch an:

Menardo Guevarra
Department of Justice,
Padre Faura Street, Ermita,
Manila 10020, PHILIPPINEN
E-Mail: communications@doj.gov.ph
(Anrede: Dear Secretary of Justice Guevarra /
Sehr geehrter Herr Justizminister)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Philippinen
Frau Lillibeth Pono, Gesandte
(Geschäftsträgerin a. i.)
Luisenstraße 16, 10117 Berlin
Fax: 030-8732551
E-Mail: info@philippine-embassy.de
(Standardbrief: 0,80 €)

RUSSLAND VYACHESLAV VALERYEVICH EGOROV

Der russische Umweltschützer Vyacheslav Egorov wurde am 14. Oktober 2021 zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten in einer Strafkolonie verurteilt, nur weil er sein Recht auf friedliche Versammlung wahrgenommen hat. Er hatte sich 2018 in der Nähe der Stadt Kolomna (100 Kilometer südlich von Moskau) gegen eine geplante Mülldeponie eingesetzt und friedliche Massenproteste organisiert, mit denen er allerdings gegen das restriktive Versammlungsgesetz verstieß.

Vyacheslav Egorov wurde nach Paragraph 212.1 des russischen Strafgesetzbuches schuldig befunden. Dieser Paragraph wird von den Behörden benutzt, um die Versammlungsfreiheit stark einzuschränken. Wiederholte Verstöße können mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet werden. Vyacheslav Egorov wurde im Zusammenhang mit seinem friedlichen Aktivismus

VENEZUELA JAVIER TARAZONA, RAFAEL TARAZONA UND OMAR DE DIOS GARCÍA

Javier Tarazona, Leiter der venezolanischen NGO FundaREDES, wird vom Geheimdienst SEBIN willkürlich in Haft gehalten. Zwei weitere Mitglieder der NGO, Rafael Tarazona und Omar de Dios García, die zusammen mit ihm festgenommen wurden, kamen am 26. Oktober unter Auflagen frei. Die drei Menschenrechtsverteidiger waren am 2. Juli 2021 willkürlich festgenommen worden, nachdem sie versucht hatten, Schikanen durch Sicherheitskräfte bei der Generalstaatsanwaltschaft in der Stadt Coro anzuzeigen. Sie wurden wegen Aufstachelung zu Hass, Verrat und Terrorismus angeklagt. Trotz zahlreicher Anträge wurde den Rechtsbeiständen ihrer Wahl die Zulassung vor Gericht verweigert.

Briefentwürfe auf Englisch und Deutsch finden Sie unter www.amnesty.de/briefe.

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an: info@amnesty.de

bereits mehrfach festgenommen und unter Hausarrest gestellt. Er hat Rechtsmittel gegen seine Verurteilung eingelegt, die jedoch noch anhängig sind.

Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2022 höflich formulierte Briefe an den Generalstaatsanwalt und fordern Sie ihn auf, Vyacheslav Egorov freizulassen und sicherzustellen, dass seine Rechte bis zu seiner Freilassung respektiert werden. Bitten Sie ihn auch, dafür zu sorgen, dass die russischen Behörden den Paragraphen 212.1 aufheben oder zumindest seine Anwendung einstellen.

Schreiben Sie in gutem Russisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Prosecutor General
Igor Viktorovich Krasnov
Ul. Bolshaya Dmitrovka, 15A
Moscow, GSP-3; 125993
RUSSISCHE FÖDERATION
Twitter: @Genproc
(Anrede: Dear Prosecutor General / Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

FundaREDES ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich für Menschenrechte in den venezolanischen Bundesstaaten Táchira, Apure, Zulia, Falcón, Bolívar und Amazonas einsetzt. Die NGO dokumentiert und berichtet über Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch nichtstaatliche Akteure in diesen Regionen Venezuelas. In jüngster Zeit hat sie vor allem Fälle von Gewalt im Bundesstaat Apure im Süden des Landes dokumentiert, wo mutmaßlich ein Konflikt mit nicht demobilisierten Mitgliedern der kolumbianischen bewaffneten Gruppe FARC ausgebrochen ist.

Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2022 Twiternachrichten und höflich formulierte Briefe an den Präsidenten Venezuelas und fordern Sie ihn auf, Javier Tarazona unverzüglich und bedingungslos freizulassen und die strafrechtlichen Ermittlungen gegen alle drei betroffenen Menschenrechtsverteidiger einzustellen.

AMNESTY INTERNATIONAL

Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0,
Fax: 030-420248-488
E-Mail: info@amnesty.de,
www.amnesty.de

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Russischen Föderation
S. E. Herrn Sergei Nechaev
Unter den Linden 63–65, 10117 Berlin
Fax: 030-2299397
E-Mail: info@russische-botschaft.de
(Standardbrief: 0,80 €)



Foto: privat

Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Nicolás Maduro
Palacio de Miraflores
Av. Norte 10, Caracas 1012,
Distrito Capital, VENEZUELA
(Anrede: Dear Nicolás Maduro / Sehr geehrter Herr Maduro)

Da die Postdienste in Venezuela seit Jahren nicht mehr in Betrieb sind, ist es ratsam, Ihren Brief über internationale Versanddienste wie DHL, FEDEX usw. zu versenden oder den Präsidenten über Twitter anzuschreiben: @NicolasMaduro

Benutzen Sie auf Twitter den Hashtag #LiberenActivistasDDHH und markieren Sie Amnesty International Venezuela (@amnistia).

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela
S. E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira
Schillstraße 10, 10785 Berlin
Fax: 030-83224020
E-Mail: embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de
(Standardbrief: 0,80 €)



João Malavindele beobachtet und dokumentiert Polizeigewalt.

Foto: Parastu Sherafatian

»Die angolansische Polizei tritt sehr aggressiv auf«

Polizeikräfte in Angola haben bei der Durchsetzung von Corona-Ausgangsbeschränkungen zwischen Mai und Juli 2020 mindestens sieben Menschen getötet. **João Malavindele** hat an einem Bericht mitgearbeitet, der die Fälle dokumentiert.

Interview: Parastu Sherafatian

Wie reagiert die Bevölkerung Angolas auf die Corona-Maßnahmen der Regierung?

Anfangs gab es viel Unverständnis und Unkenntnis, was den Umgang mit der Pandemie angeht. Als die Regierung den nationalen Notstand ausrief, schränkte sie damit das Recht ein, sich frei zu bewegen. Die Polizei und die Sicherheitskräfte, die diese Maßnahmen umsetzen sollten, stießen auf Widerstand in der Bevölkerung. Schließlich ist ein Großteil darauf angewiesen, das Haus zu verlassen, um zum Beispiel auf dem Markt zu arbeiten.

Und wie reagiert die Polizei auf diesen Widerstand?

Die angolansische Polizei tritt sehr aggressiv auf und weiß oft nicht, wie sie mit der Bevölkerung in einen Dialog treten soll. Statt das Gespräch zu suchen, begegnet sie den Menschen mit Gewalt. Dabei gab es auch Tötungen. Angolas Innenminister sagte, die Polizei sei nicht dazu da, um »Schokolade zu verschenken«. Das war praktisch ein Freifahrtschein für die Polizei, Gewalt einzusetzen und zu töten.

Wer waren die Opfer?

Bei den meisten Todesfällen, die wir dokumentiert haben, handelt es sich um junge Menschen aus ärmeren Gegenden.

Warum gerade die?

Das liegt womöglich daran, dass junge Menschen im Umgang mit der Polizei weniger vorsichtig sind und die Situation nicht korrekt einschätzen können.

Ihre Organisation OMUNGA hat gemeinsam mit Amnesty einen Bericht über Polizeigewalt veröffentlicht. Wie sind Sie dabei vorgegangen?

Amnesty und OMUNGA haben seit 2020 Fälle von exzessiver Gewalt mit aufgedeckt und in verschiedenen Städten verfolgt. Leider konnten wir nicht alle erfassen. Das ist vor allem aufgrund der Pandemie eine große Herausforderung. Meistens erfahren wir von den Vorfällen aus den Medien. Da wir auch selbst Teil der Community sind, kennen wir häufig die Augenzeug_innen und können so die Angehörigen kontaktieren.

Was passiert nach der Kontaktaufnahme?

Oft sind die Angehörigen zunächst bereit, auszusagen, entscheiden sich dann aber dagegen, weil sie bedroht oder eingeschüchtert werden. In den meisten Fällen war die Polizei schon bei ihnen und hat ihnen diktiert, was sie sagen sollen. Manchmal gibt die Polizei an, bereits alle Schuldigen festgenommen zu haben, was dann aber nicht stimmt. Deshalb ist eine Hauptforderung von uns, die Polizei zu reformieren. Trotz aller Versprechen, die Fälle aufzuklären, gibt es immer noch keinen offiziellen Untersuchungsbericht. Wir werden diese Forderung weiterhin erheben, denn die Angehörigen verdienen Gerechtigkeit. Bei OMUNGA kämpfen wir schließlich für ein gerechteres Angola – auch wenn die Pandemie vieles schwerer macht.

Wie sind Sie zu Ihrer Arbeit bei OMUNGA gekommen?

Ich arbeitete zunächst für eine lokale Organisation namens Círculo Rastafari de Benguela. Im Jahr 2008 wurde ich vom damaligen Koordinator und Gründer von OMUNGA eingeladen, Teil des Projekts zu werden. Der Kampf für Gerechtigkeit und Menschenrechte war schon immer Teil meines Lebens. ♦

João Malavindele, 38 Jahre ist geschäftsführender Direktor von OMUNGA. Gemeinsam mit Amnesty International hat seine NGO einen Bericht über Polizeigewalt veröffentlicht. Er findet sich unter: [amnesty.de/angola-toetungen-polizei](https://www.amnesty.de/angola-toetungen-polizei)

FORTSCHRITT VON GESTERN UND HEUTE

Von Markus N. Beeko

Der Soziologe Harald Welzer erinnert sich an die Mondlandung: »Ich war zehn und dabei.« Dagegen war ich 1969 erst zwei Jahre alt und somit nicht wirklich dabei. Aber auch für mich gilt, was Welzer über die Prägung seiner Jugend durch die technische Fortschrittsorientierung sagt: »Was (...) entworfen wurde, war nichts weniger als ein Versprechen auf die Gestaltbarkeit einer Welt, die besser sein würde als die, die man gerade hatte. Und Zukunft war (...) ein Versprechen, das sich unablässig einlöste. In den Autoquartetts gab es Maseratis und Ferraris, die 280 km/h erreichten, in den Flugzeugquartetts Düsenjets, die mehrfache Schallgeschwindigkeit flogen.« Unsere Fantasie wurde damals »technisch aufgerüstet«, die »expansive Kultur der Moderne« – inklusive Raubbau an den natürlichen Ressourcen – wurde »Teil unserer mentalen Innenausstattung«.

Auch wenn sich Errungenschaften der Moderne für viele als segensreich erwiesen haben, so sind die Sackgassen, in die wir im unbändigen »Fortschrittsglauben« gerast sind, doch allgegenwärtig: Artensterben, Klimakrise, Ungleichheit und eine Digitalisierung, die sich Mensch und Gesetz zunehmend entzieht.

Grundlegende Veränderungen und ein konsequenteres Vorgehen, was die Klimakrise und die Generationengerechtigkeit betrifft, sind überfällig. Wir schau-

en auf eine Welt, in der Deutschland gefragt ist. Wer nach innen blickt, sieht Handlungsbedarf bei gesellschaftlichen Problemen wie soziale Ungleichheit, Rassismus oder extremistische Gewalt.

Für Amnesty ist klar: Es braucht bei all dem die Menschenrechte als handlungsleitenden Kompass, damit sie Teil einer »neuen Zukunft« sind. Unter dem Titel »Zukunft. Menschen. Rechte« haben Amnesty-Expert_innen der Bundesregierung die wichtigsten menschenrechtlichen Projekte auf 40 Seiten ins Pflichtenheft geschrieben.

Als die Protagonist_innen der Ampelkoalition wie Filmfiguren eines Blockbusters aufmarschierten, um den Koalitionsvertrag vorzustellen, musste man sich die Augen reiben: Ihr Papier trägt tatsächlich den Titel »Mehr Fortschritt wagen«. Dabei scheint im Jahr 2021 kaum etwas mehr von gestern zu sein als der traditionelle »Fortschritt«.

Doch der Vertrag enthält Neues und Begrüßenswertes: Es findet sich darin vieles, was Menschenrechtsorganisationen und Zivilgesellschaft als entscheidend ansehen – weil es selbstverständliche menschenrechtliche Verpflichtungen sind. Dazu gehört, die Digitalisierung menschenrechtskonform zu gestalten und die Klimatransformation gerecht umzusetzen. Dazu gehören die Bekämpfung rassistischer Gewalt, das Streichen des Transsexuellengesetzes und die sexuelle Selbstbestimmung. Dazu gehören

Foto: Bernd Hartung/Amnesty



auch ein Rüstungsexportgesetz, eine unabhängige Polizeibeauftragte, Anti-Rassismustrainings und die Kennzeichnung der Bundespolizei. Dazu gehören weiter die Eingrenzung von Staatstrojanern, das Verbot von biometrischer Überwachung, von Social Scorings sowie der Exportstopp von Überwachungssoftware an »repressive Regime«. Gleichzeitig bleibt einiges vage, anderes fehlt.

Immerhin, es ist ein Vertrag mit Punkten, die Amnesty als Versprechen ansieht. Diese Versprechen können und werden wir einfordern. Uns ist klar, wie wichtig unsere kritische Begleitung sein wird, wenn es an die Umsetzung geht. Wir werden die Bundesregierung beim Wort nehmen. Wir werden weiter einfordern, dass nachgelegt wird, wo Wichtiges fehlt oder etwas zu kurz greift. In einer Welt im Wandel muss sich Regierungshandeln daran messen lassen, ob es die Zukunft so gestaltet, dass möglichst viele Menschen in Deutschland und der Welt ihre Menschenrechte wahrnehmen können. Woran denn auch sonst? ♦

Markus N. Beeko ist Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion.

IMPRESSUM

Amnesty International Deutschland e.V.

Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0
E-Mail: info@amnesty.de
Internet: www.amnesty.de

Redaktionsanschrift: Amnesty International, Redaktion Amnesty Journal
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
E-Mail: journal@amnesty.de
Adressänderungen bitte an: info@amnesty.de

Redaktion: Maik Söhler (V.i.S.d.P.), Lea De Gregorio, Anton Landgraf, Tobias Oellig, Pascal Schließler, Uta von Schrenk, Lena Wiggers

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Birgit Albrecht, Nina Apin, Ingrid Bausch-Gall, Markus N. Beeko, Elias Dehnen, Oliver Grajewski, Ulrich Gutmaier, Jürgen

Kiontke, Andreas Koob, Julia Lauter, Felix Lee, Felix Lill, Patrick Loewenstein, Ute Löhning, Ralf Oberndörfer, Frank Odenthal, Uwe Oestermeier, Tigran Petrosyan, Wera Reusch, Lena Rohrbach, Andrzej Rybak, Till Schmidt, Parastu Sherafatian, Keno Verseeck, Monica Vincent, Thomas Winkler, Marlene Zöhrer

Layout und Bildredaktion:
Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

Druck und Verlag: Hofmann Druck, Nürnberg

Spendenkonto: Amnesty International Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFS WDE 33XXX
(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)
ISSN: 2199-4587

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift der deutschen Sektion von Amnesty International und erscheint sechs Mal im Jahr.

Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel und Fotos liegen bei den Autoren, Fotografen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Hinweis: Wegen akuten Papiermangels war für diese Ausgabe kein FSC-zertifiziertes Papier erhältlich. Die kommenden Ausgaben des Amnesty Journals werden wieder FSC-zertifiziert sein.



MENSCHEN-
RECHTE
SCHÜTZEN
–
NICHT
PATENTE!

PATENT- FREIGABE JETZT!

Während in Deutschland und der Europäischen Union ca. 67 Prozent der Bevölkerung zweimal geimpft wurden, liegt dieser Anteil in Ländern mit niedrigem Einkommen bei lediglich 3 Prozent. Die ungleiche Verteilung von Covid-19-Impfstoffen verletzt das Menschenrecht auf Gesundheit und kostet Menschenleben – Tag für Tag.

Die Patentfreigabe ist ein unverzichtbarer Schritt für:

- den Ausbau von globalen Produktionskapazitäten
- die schnellere Herstellung von mehr Impfdosen und deren gerechte Verteilung
- Impfschutz für möglichst viele Menschen weltweit und eine effektive Bekämpfung der Pandemie

Mehr Argumente zur Patentfreigabe aus menschenrechtlicher Sicht unter

[amnesty.de/impfgerechtigkeit](https://www.amnesty.de/impfgerechtigkeit)

AMNESTY
INTERNATIONAL

